Wirtschaft Die Kosten der Energiewende wachsen Seite 7

Preußische Allgemeine

Nr. 19 · 14. Mai 2021 | **Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt** | Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Streitfall Kinderrechte

Die Bundesregierung plant, den besonderen Schutz der Kinder im Grundgesetz zu verankern. Was nach einer guten Sache klingt, könnte sich zu einem Einfallstor für den Staat in die Belange der Familien entwickeln

Seiten 2 und 3

Roman Martin Mosebachs Geschichte eines ruchlosen Machtmenschen **Seite 10**

Bericht Ein ehemaliger BND-Chef will mit seinem Buch „stören“ **Seite 22**

ILLUSTRATION: SHUTTERSTOCK [M]/STEPHAN CLAUSEN/ MUSEO ARCHEOLOGICO NAZIONALE DI NAPOLI

AUFGEFALLEN

Baerbocks Kompetenzen

Wie viel Erfahrungen benötigt man, um die politisch und ökonomisch bedeutendste Nation Europas führen zu können? Seit Annalena Baerbock zur Kanzlerkandidatin der Grünen ausgerufen wurde, versuchen ihre Unterstützer, diese für die Politikerin heikle Frage herunterzuspielen. Der „Spiegel“ schrieb sogar: „Die Herausforderungen der nächsten Jahre sind so neu, so fundamental anders, dass Erfahrung sogar hinderlich sein könnte.“ Ein Satz, den man sich merken sollte.

Bislang immerhin setzten die Nachkriegsdeutschen bei der Wahl ihrer Regierungschefs auf Erfahrung. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer war vor seinem Amtsantritt viele Jahre Oberbürgermeister von Köln und Präsident des Preußischen Staatsrats gewesen. Nachfolger Ludwig Erhard diente vor seiner Kanzlerschaft als Wirtschaftsminister. Kurt Georg Kiesinger war Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Willy Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin sowie Außenminister. Helmut Schmidt wiederum war vor seiner Kanzlerschaft Verteidigungs- und Finanzminister und Helmut Kohl Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Gerhard Schröder war Ministerpräsident von Niedersachsen und Angela Merkel Bundesministerin für Frauen und Jugend sowie Bundesumweltministerin.

Baerbock hingegen ist seit acht Jahren Abgeordnete und war zuvor Büroleiterin einer Grünen-EU-Parlamentarierin sowie Referentin für Außen- und Sicherheitspolitik der Bundestagsfraktion ihrer Partei. Erfahrungen in einem hohen Staatsamt? Fehlanzeige. *neh*

POLITIK

Das Ende der „asymmetrischen Demobilisierung“

Mit diesem Politikansatz war die Kanzlerin lange erfolgreich. Doch heute funktioniert das bloße Abkupfern der Themen der Konkurrenz nicht mehr

VON WERNER J. PATZELT

Was haben wir für eine kluge Kanzlerin! Wann immer ein Thema im Laufe ihrer Amtszeit unangenehm wurde, räumte sie es einfach ab – und das war’s dann. Gleichgeschlechtliche Ehen? Macht doch, was ihr wollt; mich als Regierungschefin geht das nichts an! Friedliche Nutzung der Kernenergie? Lassen wir am besten, weil sie uns – kurz nach Fukushima – den Wahlkampf in Baden-Württemberg versauen wird.

Was, bitte, soll an diesem Umgang mit hinderlichen Debatten falsch sein? Nicht nur regiert die Kanzlerin seit 16 Jahren, sondern sie ist auch so gut wie immer die beliebteste Politikerin im Lande. Treibt da Merkels Kritiker nicht blanker Neid, wenn nicht gar politische Dummheit? Doch es liegen die Dinge nicht so einfach.

Erstens werden Wahlkämpfe inhaltsarm, wenn gerade jene Streitthemen aus ihnen herausgehalten werden, die viele Leute im Land bewegen. Welch befriedende Kraft hatten doch die Ergebnisse jener Wahlkämpfe, in denen Kanzler ihr politisches Schicksal mit umstrittenen Positionen verbanden – wie 1972 Brandt mit der neuen Ostpolitik oder 1983 Kohl mit der NATO-Nachrüstung! Gehört es nicht gar zu den Leitgedanken von Demokratie, dass Wähler über die politische Richtung eines Landes entscheiden – und nicht nur darüber, welche Spitzenpolitiker fortan Dienstwagen bekommen und ihre Gefolgsleute auf Ministerialposten hieven dürfen? Der einstige SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hatte ja ganz recht, als er das Heraushalten von wichtigen Themen aus dem Wahlkampf einen „Anschlag auf die Demokratie“ nannte.

Auf den Wogen des Zeitgeists

Zweitens klingt „asymmetrische Demobilisierung“ nur nach höherer Weisheit. Ihr Kerngedanke aber ist politischer Kitsch: Es wird im Wahlkampf nicht mobilisiert und polarisiert, sondern man geht mit plausibel klingenden Anliegen des Gegners einfach so entgegenkommend um, dass dieser doch glatt auf besondere Anstrengungen beim Einwerben von Wählerstimmen verzichtet – während die eigenen Leute sich dankbar um die eigene Fahne scharen. Doch am Ende gilt für die Politik wie beim Fußball: „Die Wahrheit is‘ aufm Platz!“ Den aber hat die themenabräumende Union großenteils an ihre Gegner verloren. In den neuen Bundesländern nahmen sich ihn die AfDler, bundesweit die Grünen. Was die CDU-Führung da strategisch anstellte, war also wirklich kein „Bringer“.

Vielmehr war das, was wir da sahen, ein Surfen auf den Wogen des Zeitgeists, das Walten opportunistischen Herdentriebs, auch Feigheit vor den Konkurrenten von links und rechts. Den ersteren redete man nach dem Mund, in Talkshows und programmatisch. Die letzteren hingegen überließ man sich selbst. Doch ihren Rivalen muss sich eine Partei samt ihrer Anführerschaft schon auch stellen, wenn sie nicht zum Gegenstand erst von Verwunderung, dann von Spott und am Ende von Mitleid werden will.

Doch gerade so ist es der CDU ergangen. Immer wieder ist sie den Themen der von einer sympathisierenden Journalistenschaft gepushten Grünen nachgelaufen – und hat nicht wahrhaben wollen, dass beim Versuch einer Neueroberung von politischem Gelände die meisten lieber dem Original als der Kopie trauen. Hingegen hat die Union eigene Positionen, die einflussreichen Publizisten und Intellektuellen nicht mehr gefielen, kampflos der AfD überlassen. Doch es trog die Hoffnung, große Teile der Wählerschaft wären ebenso bereit zum Einknicken vor dem Zeitgeist wie das Establishment von CDU und CSU.

Der nach jedem Strohhalm haschenden Sozialdemokratie mag man mangelnde Standfestigkeit nachsehen. Doch was nützt eine Union, die nicht mehr ihre angestammte Rolle als reformwillige Sachwalterin des Bewährten spielen will, sondern die einer Doppelgängerin von visionären Grünen? Wie fatal, dass kaum einer mehr etwas von Dialektik versteht, also von jener Synthese, die des Widerstreits von These und Antithese bedarf ...

IN DIESER AUSGABE

Politik
Die AfD stimmt digital über ihre Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl ab
Seite 4

Kultur
Die ARD schickt eine TV-Kriminaltechnikerin zur Ermittlung nach Masuren
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Das Königsberger Gebiet erlebt trotz Corona einen Touristenansturm
Seite 13

Lebensstil
Auf Glückswegen zu den Lebensstationen des Sebastian Anton Kneipp
Seite 21

Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 303404 19

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Streitfall Kinderrechte In der kommenden Woche berät der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags über die angestrebte Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz. Anmerkungen zu einer umstrittenen Initiative

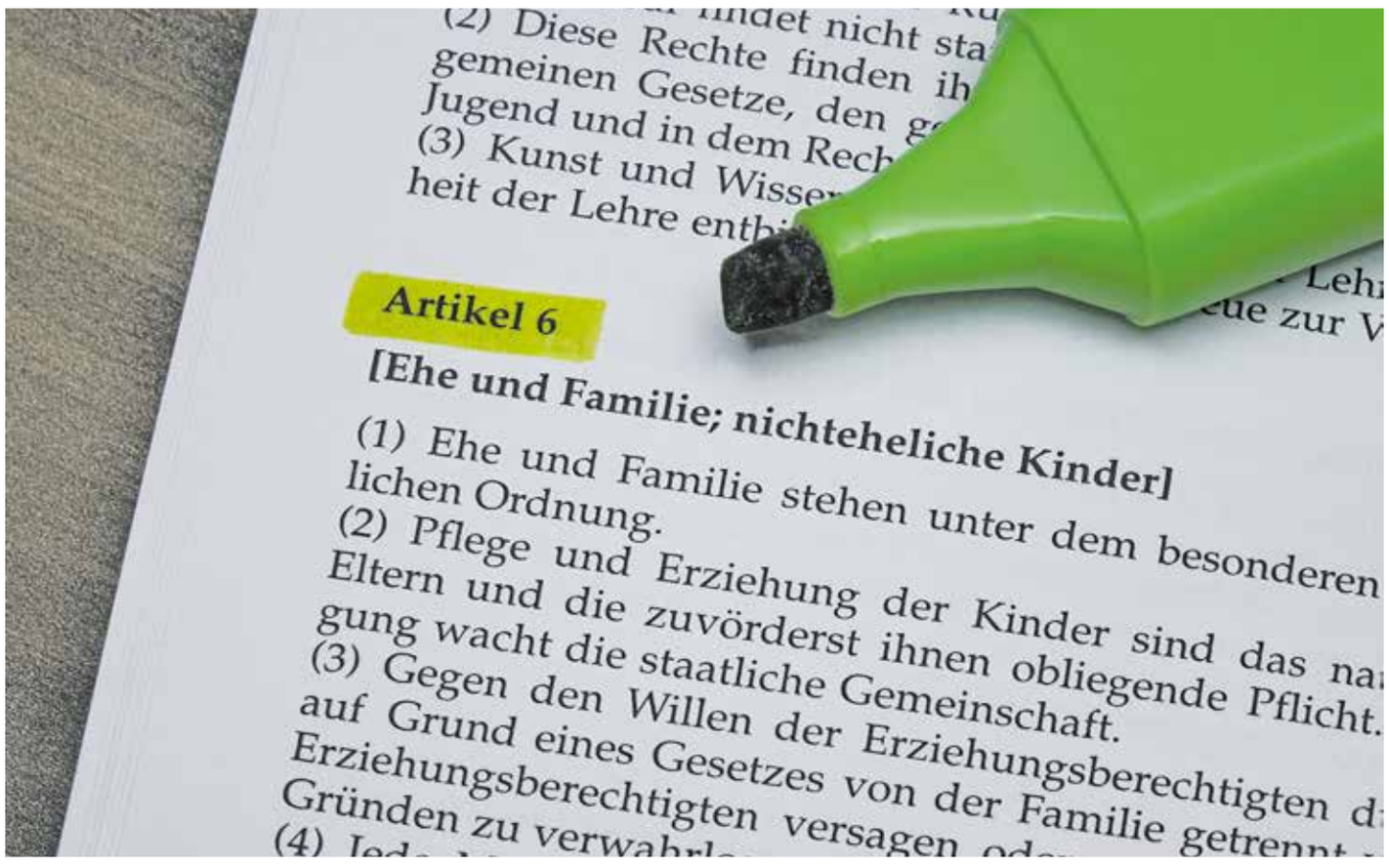
Ein überflüssiges Projekt

Der Weg der „Kinderrechte“ von einer Idee der Vereinten Nationen hin zur geplanten Änderung der deutschen Verfassung

VON JOSEF KRAUS

Die Debatte um eine gesonderte Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz ist so alt wie die Verfassung selbst. Bereits der Parlamentarische Rat hatte sich 1948/49 damit befasst, das Thema aber rasch beiseitegelegt. Etwas Fahrt nahm die Debatte 1990 im Zuge der Vereinigung in der Gemeinsamen Verfassungskommission auf, wurde dort aber nicht weiter verfolgt. Seit 1992 allerdings verschwindet das Thema nicht mehr aus den Debatten.

Am 20. November 1989 nämlich hatten die Vereinten Nationen das Übereinkommen über die Rechte des Kindes („Kinderrechtskonvention“/KRK) verabschiedet. Bis auf die USA haben alle UN-Mitgliedstaaten die Konvention inzwischen ratifiziert, Deutschland 1992. Aus den Berichten des UN-Kinderhilfswerks UNICEF lässt sich jedoch ableiten, dass die UN 1989 beim Thema Kinderrechte vor allem Entwicklungsländer im Sinn hatten.



Der Stein des Anstoßes: Artikel 6 des Grundgesetzes, der die Stellung von Ehe und Familie in der Bundesrepublik Deutschland regelt und künftig ausdrücklich auch die Rechte von Kindern enthalten soll *Foto: imago images/Steinach*

Längst verankerte Rechte

Für Deutschland gilt: Die KRK mit ihren 54 Artikeln ist nach deren Ratifizierung durch den Bundestag vom 5. April 1992 als Gesetz im Rang eines Bundesgesetzes in Kraft. Eine Verpflichtung, die KRK in den Verfassungsrang zu erheben, gab es nicht. Das sei angefügt, weil sich Befürworter einer Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz oft auf die UN-KRK berufen.

Die Debatte flackerte dann immer wieder auf, bis die CDU in ihrem Wahlprogramm von 2017 ankündigte, sie wolle in der nachfolgenden Legislaturperiode die Kinderrechte ins Grundgesetz aufnehmen. Der CDU/CSU/SPD-Koalitionsvertrag enthielt denn auch folgerichtig die Absicht, dies bis Ende 2019 umzusetzen. Doch über das *Wie* konnten sich die Koalitionäre lange nicht einigen. Der CDU/CSU schien es um Symbolpolitik zu gehen, der SPD um massive Eingriffe in das Dreiecksverhältnis Kinder-Eltern-Staat. Der „Geist“, der bei der SPD dahinterstand, war ja schon Jahre zuvor durchgesickert. Im März 2002 hatte der damalige SPD-Generalsekretär Olaf Scholz „eine kulturelle Revolution“ ausgerufen, um „die Lufthoheit über den Kinderbetten zu erobern“. Seine Parteigenossin Renate Schmidt (damals Bundesfamilienministerin) assistierte im Herbst 2002 im Zuge der Debatte um die Einführung eines Schulfaches „Familienkunde“: „Wir müssen lernen, was Liebe ist. Da kann der Staat helfen.“

Weiter der Reihe nach: Das Ziel, die Sache bis Ende 2019 abzuschließen, wurde weit verfehlt. Aber nun, in den letzten Monaten und Wochen der Legislaturperiode, die im Herbst endet, soll die Sache durchgezogen werden. Hektische Betriebsamkeit entfaltet sich. Ein Koalitionsausschuss erarbeitete einen Entwurf, mit dem sich der Bundestag am 15. April in erster Lesung befasste. Im Anschluss an eine 30-minütige Beratung wurde die Vorlage gemeinsam mit einem Gesetzentwurf der FDP zum Thema an den Rechtsausschuss überwiesen.

Die von der Groko vorgeschlagene Grundgesetzänderung soll die Grundrechte von Kindern im Text des Grundgesetzes besser sichtbar machen. So sollen kindesspezifische Aspekte wie das Kindeswohlprinzip und das Anhörungsrecht des Kindes im Verfassungstext betont und dadurch die Rechtsstellung von Kindern und Familien unterstrichen werden. Insbesondere sei es ein Kernanliegen der Grundgesetzänderung, das Elternrecht und die Elternverantwortung nicht zu beschränken.

Wozu das Ganze?

Warum dann dieser Lärm um nichts? Das geltende Grundgesetz gilt für alle (!) in Deutschland Lebenden – unabhängig von Alter, Geschlecht usw. Siehe Artikel 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das heißt: Aller Menschen aller Altersgruppen! Zudem gilt laut Artikel 103 GG (1): „Vor Gericht hat jedermann Anspruch auf rechtliches Gehör.“ Auch ein Heranwachsender, selbst wenn dessen Rechte treuhänderisch von seinen Eltern wahrgenommen werden.

Niemals gab es auch nur Zweifel daran, dass alle Grundrechte und aller Grundrechtsschutz für alle gelten. Bereits 1968 hatte das Bundesverfassungsgericht festgehalten: Kinder sind Wesen mit eigener Menschenwürde und dem eigenen Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

Ist eine Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz also überhaupt nötig? Nein, denn es gibt keine Schutzlücke für Kinder. Ein Grundrecht muss auch nicht doppelt garantiert werden, das wäre ein Systembruch. Mit eigenen Kinderrechten würde der Grundrechtsschutz parzelliert, er würde zu einer Art Sondergrundrecht und damit zu einem Einfallstor für weitere Sonderrechte. Warum dann nicht eigene Grundrechte für Senioren?

Diese Grundgesetzänderung mag gut gemeint sein, aber sie ist nicht nötig, fand auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, vor zwei Jahren. Man muss es noch härter sagen: Diese Grundgesetzänderung ist banale Schaufenstersymbolik und reine Symbolpolitik, um im Interesse der Zwei-Drittel-Mehrheit andere Parteien und die mit ihnen assoziierten Lobby-NGOs zu bedienen.

Aber diese Grundgesetzänderung ist nicht nur überflüssig, sondern womöglich auch schädlich. Es wird gern damit argumentiert, dass im Groko-Text ja die Rechte der Kinder und das Kindeswohl „angemessen“ berücksichtigt werden sollen. Wer aber definiert, was „angemessen“ ist und was „Kindeswohl“ ist? Es werden die Gerichte, letztlich auch das Bundesverfassungsgericht, sein, die das auslegen und dabei den „Geist“, der dahinter steckt, mitberücksichtigen. Insofern muss bei solchen Verfassungsänderungen mitbedacht werden, welche Rechtsprechung das zur Folge haben kann.

Der Kompromiss zwischen Union und SPD ist alles andere als „ein sehr gutes Ergebnis“ und die ausgehandelte Formulierung die „bestmögliche Umsetzung“, wie es der für die CDU/CSU-Fraktion federführende Fraktions-Vize Thorsten Frei am 12. Januar 2021 an seine Fraktionsmitglieder schrieb.

Droht ein fauler Kompromiss?

Wie die Sache ausgeht? Es ist zu befürchten, dass es zu einem faulen Kompromiss kommt. Denn die GroKo braucht für die notwendige Verfassungsänderung eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat. Allein hat sie dieses Quorum bei weitem nicht, zumal 28 mutige CDU/CSU-Abgeordnete um Sylvia Pantel, Hans-Jürgen Irmer, Klaus-Peter Willsch, Arnold Vaatz und Max Straubinger schon angekündigt haben, dass sie der Verfassungsänderung nicht zustimmen werden.

Nun beginnt also ein Gefeilsche der GroKo um Stimmen der FDP und der Grünen. Der Preis dafür werden Zugeständnisse sein, die zu Lasten der Elternrechte gehen. Man vergesse nicht: Die Grünen wollen mehr Selbstbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Kinder und Jugendlichen. Siehe auch ihre Initiativen für eine Absenkung des Wahlalters! Oder siehe die Gesetzentwürfe von Grünen und FDP vom Juni 2020, wonach eine Berichtigung des Geschlechtseintrages und eine Änderung der Vornamen ab Vollendung des 14. Lebensjahres auch ohne Mitwirken des gesetzlichen Vertreters möglich sein sollen.

Wie schizophren die ganze Debatte ist, zeigt nicht zuletzt, dass über das entscheidende Kinderrecht schon gar nicht mehr diskutiert wird: ein Recht auf Geburt! Und das angesichts von nach wie vor konstant rund hunderttausend Abtreibungen pro Jahr in Deutschland.

Fazit: Der Groko-Entwurf mag das geringste Übel sein. Noch besser wäre es, wenn er scheiterte.

● **Josef Kraus** war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes.

VORSCHLÄGE DER PARTEIEN

Der Teufel steckt im Detail

Unterschiedliche Entwürfe und Ansätze zur Implementierung der Kinderrechte im Grundgesetz – und ein historischer Vergleich

Gesetzentwurf der Bundesregierung – Stand 31. März 2021
„Dem Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes werden folgende Sätze angefügt: ‚Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen. Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren. Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.‘“

SPD-Gesetzentwurf vom 23. April 2013
„Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung seiner Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den besonderen Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Jedes Kind hat das Recht auf Beteiligung in allen Angelegenheiten, die es betreffen. Seine Meinung ist entsprechend seinem Alter und seiner Entwicklung in angemessener Weise zu berücksichtigen. Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt Sorge für kindgerechte Lebensbedingungen.“

Gesetzesentwurf der Grünen vom 3. Juni 2019
„Artikel 6 (1) soll neu gefasst werden: ‚Kinder, Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.‘ In Absatz 2 werden nach dem Wort ‚Kinder‘ die Wörter ‚unter Achtung ihrer Persönlichkeit und ihrer wachsenden Selbstständigkeit‘ eingefügt. Nach Absatz 4 wird 4a eingefügt: ‚(4a) Jedes Kind hat das Recht auf Förderung seiner Entwicklung. Bei allen Angelegenheiten, die das Kind betreffen, ist es entsprechend Alter und Reife zu beteiligen; Wille und zuvörderst Wohl des Kindes sind maßgeblich zu berücksichtigen.‘“

FDP-Gesetzentwurf vom 14. April 2021
„Artikel 6 GG soll um einen Absatz 1a ergänzt werden: ‚Jedes Kind hat das Recht auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit. Das Wohl des Kindes ist bei allem staatlichen Handeln, das es unmittelbar in seinen Rechten betrifft, besonders zu berücksichtigen. Jedes Kind hat bei staatlichen Entscheidungen, die seine Rechte unmittelbar betreffen, entsprechend seinem Alter und seiner Reife einen Anspruch auf rechtliches Gehör.‘“

Gesetzesentwurf der Linke-Fraktion am 4. Juni 2019
Zu Artikel 6 (2): „Alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit. Ihr Wohl ist bei allem staatlichen Handeln, das sie betrifft, zu berücksichtigen. Die staatliche Gemeinschaft trägt Sorge für altersgerechte Lebensbedingungen, beteiligt Kinder und Jugendliche bei allen staatlichen Entscheidungen, die sie betreffen und berücksichtigt ihre Ansichten angemessen.“

Zum Vergleich die DDR-Verfassung von 1968/1974, Artikel 38 (4)
„Es ist das Recht und die vornehmste Pflicht der Eltern, ihre Kinder zu gesunden und lebensfrohen, tüchtigen und allseitig gebildeten Menschen, zu staatsbewußten Bürgern zu erziehen. Die Eltern haben Anspruch auf ein enges und vertrauensvolles Zusammenwirken mit den gesellschaftlichen und staatlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen.“

Ein Keil zwischen Eltern und Kind

Was ist so schlimm an Kinderrechten? Was so harmlos und fürsorglich klingt, könnte sich schon bald als Einfallstor des Staates in die Rechte der Eltern erweisen. Dabei hat sich der Staat bislang keineswegs als besserer Anwalt der Kinder gezeigt

VON BIRGIT KELLE

Kinder sind auch Menschen, deswegen genießen sie jedes einzelne Menschenrecht. Dies könnte ein sehr kurzer Beitrag werden, würde man diese juristische Binsenweisheit an die nun seit über 25 Jahren dauernde Debatte über die Einfügung gesonderter „Kinderrechte“ ins Grundgesetz anlegen. Menschenrechte haben kein Verfallsdatum, keine Altersgrenze, keine Hautfarbe, kein Geschlecht und keine Bedingung, mit der ein Mensch in Vorleistung gehen müsste, um sie zu erhalten.

Schon heute unter dem besonderen Schutz der Verfassung – die Familie. Damit haben auch die Kinder bereits den Grundrechtsschutz, der ihnen durch die Grundgesetzänderung gegeben werden soll *Foto: Shutterstock*

Unnötige Doppelung

Doch da das Argument, Kinderrechte seien nur eine überflüssige Doppelung, das unzählige renommierte Verfassungsrechtler mit unzähligen juristischen Gutachten über die Jahre in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages vorgetragen haben, für manche politisch nicht zählen soll, kommt der Rechtsausschuss des Bundestages am kommenden Montag, dem 17. Mai, erneut zusammen, um über ein Lieblingsprojekt der Sozialdemokraten zu debattieren. Nach jahrelangem Ringen in zahlreichen Gremien der Großen Koalition existiert wieder einmal ein angeblich finaler Textvorschlag zur Erweiterung des Artikels 6 Grundgesetz, und erwartungsgemäß steht den einen zu viel drin und den anderen zu wenig. Grüne, Linkspartei und FDP haben zusätzlich eigene, deutlich umfangreichere Formulierungsvorschläge vorgelegt.

Gerade schwingen sich die Beschwichtigungsrhetoriker der CDU auf, um den eigenen Leuten das Kinderrechte-Projekt schönzureden. Dass man eine Formulierung gefunden habe, die explizit das Elternrecht nochmal betone. Laut Vorschlag soll als 2. Absatz in Artikel 6 GG nun dieser Text eingefügt werden: „Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen. Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren. Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.“

Alle Formulierungen hier sind Rechte, die den Kindern bereits zustehen. Man formuliert eine Erinnerung an sich selbst als Grundrecht, denn die verfassungsmäßigen Rechte und Ansprüche der Kinder (also jene, die bereits existieren) seien also zu achten und zu schützen. Das bereits existente Elternrecht wird ebenfalls erinnert. Was will man damit sagen? Dieser Zusatz ist also eine Doppelung, die keinen Sinn macht, es sei denn, man hat vor, vielleicht doch noch auf den letzten Metern des Verfahrens die Formulierungen zu ändern oder das Tor zu öffnen für neue Interpretationsspielräume in künftigen Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes, lautet doch ein juristischer Erfahrungssatz: Wer Verfassungsrecht sät, wird Rechtsprechung ernten.

Nun klingt das Vorhaben „Kinderrechte“ spontan so unglaublich sympathisch, dass jene, die dagegen argumentieren, per se immer schlechte Karten haben. Wer mag schon etwas dagegen haben, oder gar öffentlich gegen Kinderrechte argumentieren?

Und so ist es nicht immer einfach, zu erklären, dass das Einfügen eigenständiger Kinderrechte in die Verfassung keinem Kind nutzt. Denn alles, was nun als Blaues vom Himmel versprochen wird, könnte bereits jetzt ohne Verfassungsänderung mit einfachen Gesetzen sofort umgesetzt werden. Das gestehen sogar die Befürworter der Kinderrechte ein, beharren dann aber auf einem angeblich „symbolischen Charakter“ dieser Aktion. Man sollte sich eher die Frage stellen, warum genau jene Politiker, die so viel für Kinder tun wollen, es nicht längst getan haben und stattdessen lieber an der Verfassung schrauben möchten. Spannend wird es in Sachen Kinderrechte, wenn die Frage auftaucht, welches Recht konkret die Kinder zukünftig haben sollen – und wer genau in unserem Land eigentlich das Kindeswohl definiert.

Generalverdacht gegen Eltern

Wer also die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung fordert, hat anderes im Sinn, als Rechtslage oder Schutz von Kindern zu verbessern. Es geht vielmehr um das Reißen der Kompetenzgrenze, die Eltern derzeit halten – und zwar gegen den Staat. Denn die spannende Frage ist ja, wer künftig juristisch diese neu zu schaffenden Rechte der Kinder vertritt, und vor allem gegen wen?

Nach aktueller Rechtslage besitzen laut Artikel 6 GG die Eltern eine „natürliche“ Vertretungsvollmacht für ihre Kinder, weil unsere Verfassung mit Vertrauen in die Eltern annimmt, dass diese ein natürliches Interesse am Wohlergehen ihrer Kinder haben. Kinderrechte in der Verfassung wären also der ausgesprochene Generalverdacht gegen die Erziehungskompetenz von Eltern. Es würde mit der Selbstverständlichkeit brechen, dass Eltern selbst entscheiden, was gut und richtig ist für ihre Kinder, wie sie ihre Kinder erziehen, welche Werte sie weiterreichen, was sie ihren Kindern erlauben oder verbieten.

Dieses Recht müssen Eltern nicht erst erwerben, sie haben es bereits. Die Rechte ihrer Kinder können sie damit auch gegen die Einmischung des Staates vertreten, wenn sie es für nötig halten, weil die Freiheitsrechte des Grundgesetzes immer auch Abwehrrechte gegen die Einmischungstendenzen des Staates sind. Kinderrechte taugen also eher als Keil zwischen Eltern und Kind und als neues staatliches Instrument, um die Vertretung von Kinderrechten aus dem Machtbereich der Familie zu schälen und den Staat als zusätzlichen neuen Advokaten der Kinder zu installieren.

Um jenen vorzubeugen, die glauben, man müsse Kinder besser vor Misshandlung und Unfähigkeit von Eltern schützen: Das tun wir bereits ausgiebig in diesem Land, dafür haben wir ein flächendeckendes Netz von Jugendämtern. Deren Arbeit braucht Geld und Personal, nicht blumige Verfassungszusätze. Seit 2010 haben wir aber auch ein juristisch ziemlich heikles Gesetz: Seither kann der Staat Eltern die Kinder bereits auf Verdacht wegnehmen, er muss Eltern die Kindeswohlgefährdung vorher nicht einmal nachweisen, stattdessen ist die Beweislast umgekehrt worden: Eltern müssen in so einer Situation beweisen, dass sie sehr wohl erziehungsfähig sind.

Zudem kann man durchaus die Frage stellen, wie weit die Politik von den Sorgen normaler Familien entfernt sein muss, um mitten in einer Pandemie ein Projekt wie „Kinderrechte in die Verfassung“ voranzutreiben, nachdem Hunderttausende Familien um ihre Existenz bangen und ihre Kinder bereits seit einem Jahr von genau demselben Staat nicht einmal einen geregelten Schulbetrieb garantiert bekommen. Wir haben eine Bildungsministerin, von der man inmitten der größten Bildungskrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges nicht viel hört. Eine ganze Kindergeneration wird bereits ein ganzes Schuljahr hin und her geschoben, jedoch weniger wegen der Infektionszahlen, sondern eher wegen der Frage, wo sie am wenigsten im Wege sind, wenn ihre Eltern im Homeoffice sitzen.

> Alles, was nun als Blaues vom Himmel versprochen wird, könnte bereits jetzt ohne Verfassungsänderung mit einfachen Gesetzen sofort umgesetzt werden

Der Staat ist nicht der bessere Anwalt

Kein Verfassungsrecht dieser Welt ist nötig, um Mädchen und Jungen ihre Kindheit zurückzugeben, das Recht, mit Freunden zu spielen, Vereinssport zu betreiben und ja, vernünftig unterrichtet zu werden. Vom Herbst über den Winter bis ins Frühjahr saßen sie immer wieder wochenlang in Schals und Jacken eingewickelt in Klassenzimmern bei offenem Fenster frierend, während die Kanzlerin ernsthaft als Lösung den Ratschlag erteilte, man möge gegen das Frieren ein paar Kniebeugen machen und in die Hände klatschen. Erwachsene wären durch das Arbeitsrecht vor solchen Bedingungen geschützt. Mit Kindern kann man das machen?

Nachdem man der gesamten Bevölkerung seit einem Jahr Bewegungsfreiheit, Reisefreiheit, Berufsausübung, Freizeitgestaltung und selbst Schlittenfahren, Eislaufen und Familientreffen einschränkt, möchte dieselbe Regierung nun den Kindern neue Verfassungsrechte garantieren, die dazu dienen, Elternrechte einzuschränken.

Man will ja nicht Böses unterstellen, aber es lohnt doch konkret zu schauen, was es bedeutet, wenn der Staat meint, das Kindeswohl definieren zu können, und Eltern dabei nicht als Partner, sondern möglicherweise als Gegner betrachtet. Wir haben erlebt, dass in der Pandemie Gesundheitsämter in mehreren Bundesländern Rundschreiben an Eltern verfassten, in denen damit gedroht wurde, dass man die Kinder aus den Familien nehmen könne, wenn sie ihre kranken Kinder nicht auch innerhalb der eigenen vier Wände in ihren Zimmern isolieren. Das sollte schon für Kleinkinder gelten! Zwar stand diese Amtsanmaßung rechtlich auf tönernen Füßen, doch zeigt sie, wie es aussehen kann, wenn seelenlose Beamte glauben, sie könnten Eltern vorschreiben, wie sie zu Hause mit ihrem kranken Kleinkind umzugehen haben.

Nicht auszudenken, auf welche Gedanken die Beamten kommen könnten, wenn man ihnen das Recht gäbe, die Rechte der Kinder selbst zu definieren. Was kommt dann? Das Kinderrecht, gegen Corona geimpft zu werden, weil Eltern, die dagegen sind, das Kindeswohl gefährden? Längst werden Kinderimpfungen als Zugangsvoraussetzung für den Schulbetrieb im Herbst diskutiert. Werden Eltern dagegen noch Einspruch erheben können, oder gelten sie dann als Gesundheits- und Bildungsgefährder ihrer Kinder? Das sind keine Hirngespinste, sondern es ist leider genau das, was daraus gemacht werden kann, wenn man einmal zulässt, dass sich der Staat gegen die Eltern in Stellung bringen kann.

Der Grund, Kinderrechte in der Verfassung zu verankern, ist also der politische Wille, eine Argumentationshilfe mit Verfassungsrang zu schaffen für alle weiteren politischen „Wohltaten“, die man notfalls an den Eltern vorbei an die Kinder bringen will. Die Grünen fordern nicht von ungefähr in ihrem Formulierungsentwurf mehr politische Teilhaberechte mit Verfassungsrang für Kinder.

Im Kontext anderer Rechte

Es lohnt also, sich „Kinderrechte“ immer auch im Zusammenspiel mit anderen existenten oder geplanten Gesetzen anzusehen, etwa mit dem gerade ebenfalls von verschiedenen Parteien forcierten Wunsch nach einem neuen Transsexuellengesetz. Nur zwei Tage nach der Sitzung des Rechtsausschusses steht im Bundestag die 2. und 3. Lesung eines neuen „Selbstbestimmungsgesetzes“ auf dem Plan. Alle vorliegenden Entwürfe, auch die Varianten der FDP und der Regierungskoalition, beinhalten den Vorschlag, dass Kinder bereits ab 14 selbst über einen Geschlechterwechsel entscheiden sollen. Wären die Eltern dagegen, würde ein Familiengericht eingeschaltet, wo der Staat dem Kind hilft, gegen das Nein seiner Eltern vorzugehen.

Nahezu gleichzeitig soll nun im Grundgesetz das Recht der Kinder auf „Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten“ verankert werden. Eigenverantwortung klingt wunderbar, gerade in der Pubertät ist das zwischen Eltern und Kind eine ständige Verhandlungsmasse. Die sexuelle Orientierung und das eigene Geschlecht sind bei Jugendlichen zentrale Themen der pubertären Entwicklung. Wie es aussieht, soll gerade das Recht der Kinder auf Geschlechterwechsel installiert werden, um „eigenverantwortlich“ und „selbstbestimmt“ handeln zu dürfen.

Kinderrechte sind keine Errungenschaft für Kinder, sondern ein Angriff auf die Rechte der Eltern und deren Möglichkeiten, ihre Kinder zu beschützen – auch vor den Ideologen im Staatsapparat.

● **Birgit Kelle** ist Publizistin und schreibt u.a. für „The European“, „Die Welt“ und „Focus“. Zuletzt erschien „Noch Normal? Das lässt sich gendern! Gender-Politik ist das Problem, nicht die Lösung“ (FinanzBuch Verlag 2020).
www.birgit-kelle.de

MELDUNGEN

Pankow stoppt Wohnungsbau

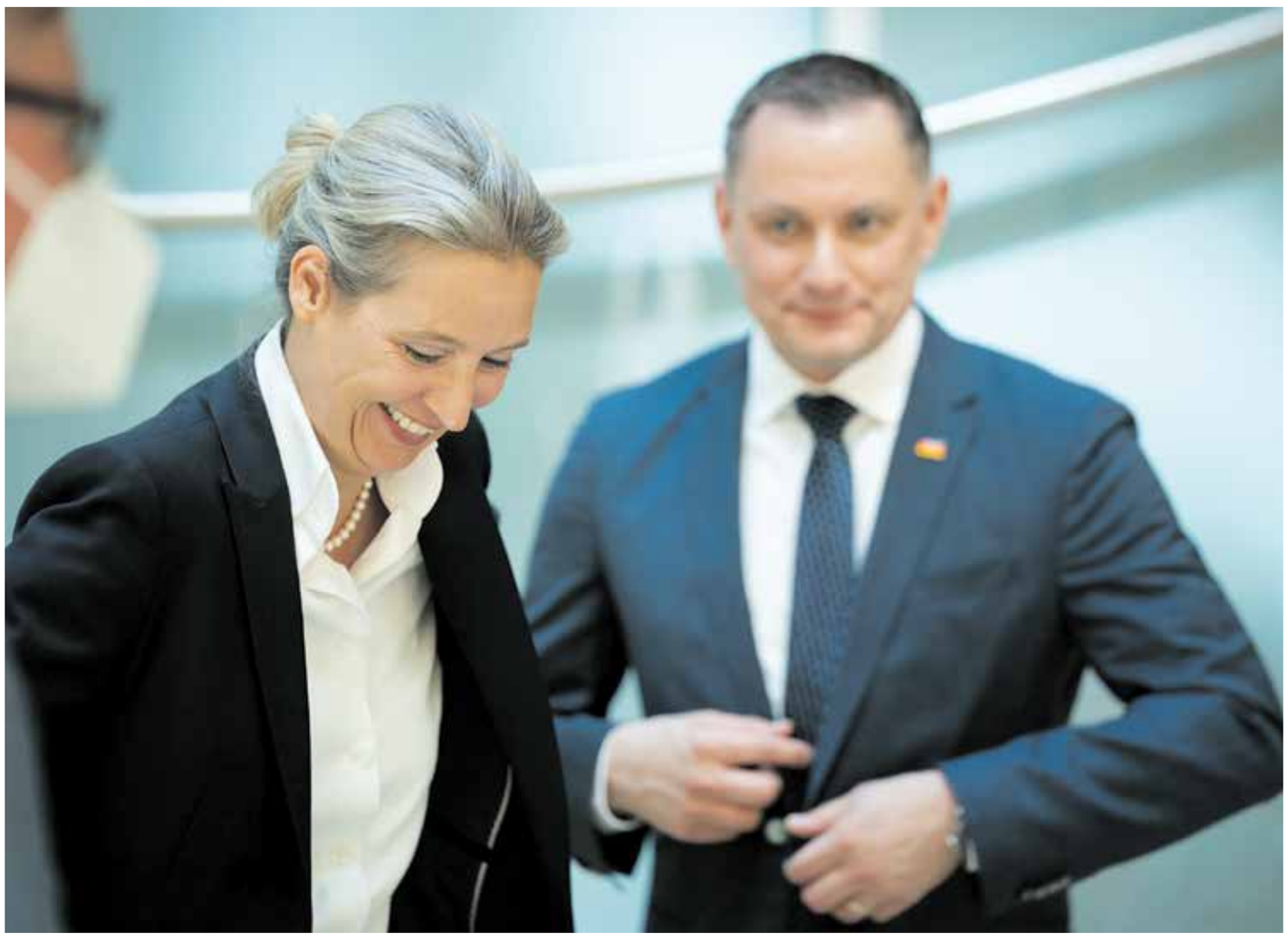
Berlin – Unter Verweis auf den im Bezirk ausgerufenen „Klimanotstand“ ist in Berlin-Pankow erstmals ein Wohnungsbauprojekt gestoppt worden. Laut den Plänen der kommunalen Gesobau sollte am Schlosspark Schönhausen eine bestehende Wohnanlage nachverdichtet werden. Ursprünglich sollte die Wohnsiedlung um 170, nach einem reduzierten Plan zuletzt noch um 100 Wohnungen erweitert werden. Zur Verhinderung der Nachverdichtung hatten Anwohner eine Initiative „Grüner Kiez Pankow“ gegründet. Die Bezirksverordnetenversammlung von Pankow fasste schließlich mehrere Beschlüsse für einen „klimafreundlichen Schlosspark-Kiez“ und für eine „sozial- und klimaverträgliche“ Verdichtung in Pankow. Mit den Stimmen der rot-rot-grünen Zählgemeinschaft und gegen die AfD-Abgeordneten hatte die Bezirksverordnetenversammlung bereits im August 2019 für den Berliner Bezirk einen sogenannten Klimanotstand ausgerufen. *N.H.*

Dutschke im Visier des FBI?

Washington – Die gemeinnützige Organisation MuckRock hat am 23. April auf ihrer Nachrichtenseite Dokumente des FBI veröffentlicht, die sich mit Rudi Dutschke beschäftigen. Der Umfang der Unterlagen, rund 300 Seiten, legt nahe, dass sich die Bundespolizei der USA intensiv mit dem Wortführer der 1968er Studentenbewegung befasst hat. Die veröffentlichten Akten umfassen den Zeitraum von Januar 1967 bis Juni 1973. Anlass für die Beobachtung war offenbar die Information, Rudi Dutschke plane einen Studienaufenthalt an einer US-Universität in San Diego oder Berkeley. Viele der veröffentlichten Memoranden tragen als Adressat „Director, FBI“, waren also an die damalige Führungsebene der US-Bundespolizei gerichtet. Trotz umfangreicher Schwärzungen finden sich in den Unterlagen auch Hinweise auf Informanten im Umfeld Dutschkes, die Informationen an US-Behörden geliefert haben. *N.H.*

Tauglichkeit nimmt ab

Berlin – Der Anteil der Bewerber für eine Laufbahn bei der Bundespolizei, die durch die Tauglichkeitsprüfung fallen, hat in der jüngsten Zeit zugenommen. 2018 bestanden den Test für den Einstieg in die Ausbildung zum Bundespolizisten knapp 85 Prozent nicht, 2020 stieg deren Anteil auf mehr als 89 Prozent. Dies ergab die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion. Hauptgründe für das Nichtbestehen der Eignungsprüfung waren mit jeweils 30 Prozent Mängel bei der „körperlichen Leistungsfähigkeit“ sowie beim „schriftlichen Test Diktat“. Die Zahl der Einstellungen stieg von 2018 bis 2020 laut der Antwort von rund 3000 auf etwa 4000, rund drei Viertel davon jeweils Männer. Der Anteil der Neulinge mit ausschließlich deutscher Staatsbürgerschaft wuchs 2018 bis 2020 von knapp 95 Prozent auf mehr als 97 Prozent, nach einem Zwischentief von weniger als 92 Prozent im Jahre 2019. *H.H.*



Team „Erfahrung“: Die bisherige Co-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel und der Co-Parteivorsitzende Tino Chrupalla *Foto: pa*

BUNDESTAGSWAHL

Die AfD vor einer Richtungsentscheidung?

Mit einem Duo an der Spitze wird die Partei in die kommende Bundestagswahl ziehen. Wie es aussieht, entscheiden die Mitglieder in einer Online-Befragung

VON PAUL MICHAELIS

Die Erklärung kam ganz zum Schluss. In der Fernsehsendung „Markus Lanz“ vom 4. Mai sagte Alice Weidel, seit 2017 Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, für die Bundestagswahl im Herbst als Spitzenkandidatin ihrer Partei antreten zu wollen. Außerdem erklärte sie, sich gemeinsam mit dem Co-Parteivorsitzenden Tino Chrupalla zu bewerben. Bis dato hatten sich beide bedeckt gehalten.

Mit dem Duo Weidel/Chrupalla bewerben sich nun zwei Tandems um die Spitzenkandidatur. Ebenfalls ihren Hut in den Ring geworfen haben die hessische Bundestagsabgeordnete Joana Cotar und der niedersächsische Generalleutnant a.D. Joachim Wundrak. In einer Online-Umfrage hatten die Mitglieder der Partei zuvor entschieden, die Spitzenkandidatur nicht den Delegierten des Parteitags zu überlassen, sondern selbst entscheiden zu wollen.

Team „Erfahrung“

Gegenüber der *PAZ* betonen alle Bewerber, die seit Jahren in verschiedene Strömungen zerrissene AfD einen zu wollen. Erwartungsgemäß betont das bisherige Duo aus Partei- und Fraktionsspitze auch seine Erfahrung. So erklärt Alice Weidel: „Unser Ziel ist es, die Alternative für Deutschland geschlossen und geeint in den Wahlkampf zu führen. Tino Chrupalla und ich haben gezeigt, dass wir unser Handwerk verstehen. Dafür wird uns sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene großes Vertrauen entgegengebracht.“ Und ihr Tandem-Partner ergänzt: „Wir möchten Lagerdenken und Schubladen überwinden. Es geht uns um alle Mitglieder der Alternative für Deutschland. Dafür stehen Frau Weidel und ich mit unserem Wissen und zusammen 14 Jahren politischer Erfahrung in unserer Partei.“ Chrupalla erwähnt zudem, dass ihr Duo nicht nur inhaltlich, sondern auch geographisch die gesamte Partei repräsentiert, was durchaus als Seitenhieb auf Cotar/Wundrak verstanden werden kann, die beide im Westen der Republik zuhause sind. Weidel wiederum betont, in der gemeinsamen Kandidatur mit Chrupalla „den freiheitlichen Geist“ der AfD „mit dem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft“ zu vereinen.

Inhaltlich setzen Chrupalla und Weidel auf Bewährtes. Auf die Frage, wie sie im Falle ihrer Nominierung die Partei im Bundestagswahlkampf aufstellen, beziehungsweise welche Akzente sie setzen wollen, erklärt die Fraktionsvorsitzende: „Das werden weiter unsere starken Themen, wie Einwanderung und Euro-Kritik sein. Unter unserem Wahlslogan ‚Deutschland, aber normal‘ treten wir aber auch für die Stärkung der Familien ein. Wir stellen uns gegen die schädliche Lockdown-Politik der Bundesregierung und weisen Alternativen zur kopflosen Energie- und Autowende auf.“ Und Chrupalla fügt hinzu: „Wir müssen die Geringverdiener steuerlich entlasten und die Mehrwertsteuer senken. Das hilft den Alleinerziehenden, den Geringverdienern und den Arbeitslosen. Außerdem sollte der Besuch des Kindergartens und der Transport zur Schule kostenlos sein. Weiterhin müssen wir die Regionen stärken. Auch dafür muss die CO_2-Steuer abgeschafft werden, um die Pendler zu entlasten.“

Team „frischer Wind“

Für das Duo Cotar/Wundrak dürfte es zunächst vor allem darum gehen, bekannter zu werden. Bis dato traten die aus Rumänien stammende Abgeordnete und der Luftwaffengeneral über die Parteigrenzen hinaus kaum in Erscheinung. Cotar wird in Medien und Parteikreisen die Unterstützung von Co-Parteichef Jörg Meuthen nachgesagt, und auch Wundrak dürfte als hochrangiger NATO-Offizier eher zu den Pragmatikern gehören.

Gefragt nach den Motiven für ihre Bewerbung und die gemeinsame Kandidatur mit ihrem Parteifreund erklärt Cotar gegenüber der *PAZ*: „Joachim Wundrak und ich vereinen die Innen- und die Außenansicht auf den Bundestag. Das ist eine unserer Stärken. Wir möchten mit frischem Wind und neuen Ideen die Arbeit der Fraktion weiter voranbringen.“ Und Wundrak ergänzt: „Wir, die AfD, ziehen im September das zweite Mal in den Bundestag ein, und es heißt schließlich ‚Stillstand ist Rückschritt‘, gerade in der Politik. Wir sind die Neuen und möchten mit unseren vielfältigen Erfahrungen die Fraktion weiterentwickeln. Dazu haben wir die Fähigkeiten und den Willen.“

Auf die Frage, wie sie ihre Partei im Bundestagswahlkampf inhaltlich aufstellen wollen, erklärt Cotar: „Wir sind die Partei der Bürgerrechte und der Freiheit. Das sind Werte, die früher als normal galten, heute aber mehr denn je in Gefahr sind. Die AfD ist die einzige Partei, die für konservative Werte und bürgerliche Tugenden steht. Das müssen und werden wir den Wählern verdeutlichen. Darauf zielt auch unsere Wahlkampagne: ‚Deutschland, aber normal‘“ Und Wundrak fügt hinzu: „Die AfD ist zudem die einzige Partei, die sich gegen die Aufgabe der deutschen Souveränität und die Europäische Schulden-Union stellt. Alle anderen Parteien möchten die deutsche Souveränität an Brüssel abtreten und zerstören damit am Ende unser Recht auf Selbstbestimmung und unsere Identität. Dagegen werde ich mich politisch wehren.“

Die Richtungskämpfe in der Partei versuchen beide, eher nicht aufzubauschen. „Natürlich gibt es Richtungsdebatten“, so Cotar, „das finden Sie in jeder Partei. Bei uns werden diese Debatten nur gerne von den Mainstreammedien hochgekocht, um Skandale zu produzieren und die AfD zu beschädigen. Wir treten für die gesamte AfD an und nicht für einzelne Interessengruppen oder Strömungen.“ Wundrak hingegen sieht manchen Auftritt der Partei in jüngster Zeit durchaus kritisch und fordert mehr Professionalität: „Die Zeiten des gärigen Haufens aus der Gründerzeit sollten vorbei sein, wir müssen erwachsen werden. Allerdings anders als die Altparteien. Bei uns wird es keine Hinterzimmer-Deals geben wie bei Grünen und CDU. Die Basis der AfD wird immer der Souverän der Partei sein. Darum entscheidet auch sie über die Spitzenkandidaten. Ich bin mir sicher, dass wir geschlossen und einig in den Wahlkampf ziehen werden. Es geht um Deutschland und nicht um einzelne Personen oder Befindlichkeiten. Dafür treten wir an, Joana Cotar und ich sehen uns als Diener der Partei.“

Die Online-Befragung der Mitglieder läuft vom 17. bis 24. Mai. Am 25. Mai soll das Ergebnis bekanntgegeben werden.

Fordern das Tandem der Partei- und Fraktionsspitze heraus: Die hessische Bundestagsabgeordnete Joana Cotar und der in Niedersachsen kandidierende Generalleutnant a.D. Joachim Wundrak *Foto: privat*

BERLINER CDU

Schlammschlacht vor der Wahl

Streit um Hans-Georg Maaßen: Ex-Sozialsenator Czaja geht auf Unions-Landeschef Wegner los

VON NORMAN HANERT

Linksausleger mit unsicheren Karriereaussichten: CDU-Politiker Mario Czaja *Foto: pa*

Sollte noch immer gültig sein, was der Demoskop Klaus-Peter Schöppner einst salopp mit „Zwist ist Mist“ umschrieb, dann legt der Unions-Politiker Mario Czaja derzeit möglicherweise die Grundlage für eine ausgewachsene Wahlniederlage der Berliner CDU im Herbst, wenn parallel zur Bundestagswahl ein neues Abgeordnetenhaus gewählt wird. Dieser Tage hat der ehemalige Gesundheitssenator im Berliner Landesverband der CDU eine öffentlich ausgetragene Schlammschlacht eröffnet.

Im Interview mit dem „Tagesspiegel“ warf der 45-jährige Czaja dem CDU-Landesvorsitzenden Kai Wegner einen „riskanten Rechtskurs“ vor. Der Abgeordnete aus Marzahn-Hellersdorf untermauerte seinen Vorwurf mit der Behauptung, der Landeschef stehe dichter an den Positionen des Ex-Verfassungsschutzchefs Hans-Georg Maaßen als an denen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und des CDU-Bundesvorsitzenden Armin Laschet.

Tatsächlich hatte der Berliner CDU-Chef im Rennen um die Kanzlerkandidatur Markus Söder unterstützt. Unmittelbarer Aufhänger für Czajas Kritik war aber offenbar die Reaktion Wegners auf die Nominierung von Hans-Georg Maaßen als Direktkandidat für den Bundestag. Wegner hatte Maaßens Bundestagskandidatur für die südthüringische CDU nicht verurteilt. Stattdessen hat der Berliner CDU-Chef erklärt, Maaßen gehöre zur „CDU als vielfältiger Volkspartei“. Einschränkend gab er allerdings auch die Einschätzung ab, dass Maaßen in Berlin kein Bundestagskandidat geworden wäre.

„Nach rechts gerückt“

Czaja ging in seinen öffentlichen Äußerungen jedoch nicht nur den CDU-Landeschef an. Er befand, insgesamt sei die Berliner Union „in den letzten Jahren weit nach rechts gerückt“. Er sagte, „Monika Grütters musste als Landesvorsitzende gehen. Und unserem liberalen Generalsekretär Stefan Evers wurde von erzkonservativen Kräften in seinem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf erst als Vorsitzendem, dann als Abgeordnetem das Vertrauen entzogen.“ Der angeblich politisch kaltgestellte Evers wies die Vorwürfe inzwischen entschieden zurück. „Die Vorwürfe Mario Czajas entbehren jeder Grundlage. Vielleicht wüsste er besser, wovon er spricht, wenn er sich in den letzten Jahren häufiger im Abgeordnetenhaus hätte sehen lassen oder sich inhaltlich in die CDU eingebracht hätte.“ Evers weiter: „Wer mit kaum mehr als zehn Prozent bei einer Nominierungsversammlung unterliegt, sollte eher in sich gehen, als die Gründe bei anderen zu suchen“, so der Generalsekretär der Berliner CDU.

Er spielt damit auf das schlechte Abschneiden Czajas bei der Aufstellung der CDU-Landesliste zur Bundestagswahl an. Bei der Aufstellung der Wahlliste hat Czaja im April eine Niederlage einstecken müssen. Im Rennen um den vierten Listenplatz unterlag er in einer Kampfabstimmung Thomas Heilmann. Der ehemaligen Justizsenator siegte mit mehr als 62 Prozent. Czaja landete mit 16 Prozent der Stimmen dagegen sogar nur auf dem dritten Platz.

„Partnerschaft“ mit Gregor Gysi

Für Czaja besteht nun nur noch die Möglichkeit, über ein Direktmandat in Marzahn-Hellersdorf in den Bundestag zu gelangen. Bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 erzielte Czaja in Mahlsdorf mit 47,2 Prozent immerhin das beste Ergebnis aller Kandidaten überhaupt in Berlin. Der Bundestagswahlkreis Marzahn-Hellersdorf ist allerdings wesentlich größer als der Wahlkreis zum Berliner Landesparlament. Er umfasst nicht nur das weiträumige Eigenheimviertel, in dem Czaja bislang mit viel Präsenz punkten konnte. Dazu gehören auch große Plattenbausiedlungen im Berliner Osten.

Schon die Merkel-Vertraute Monika Grütters war 2017 als Direktkandidatin in Marzahn-Hellersdorf angetreten und klar an Petra Pau gescheitert. Die Linksparteipolitikerin hat in dem Wahlkreis mittlerweile fünfmal in Folge das Bundestagsmandat für die PDS beziehungsweise die Linkspartei geholt. Beim Versuch, Pau das Direktmandat in Marzahn-Hellersdorf streitig zu machen, setzt Czaja stark auf Appelle an eine vermeintliche Ost-Identität der Wähler. Im vergangenen Herbst scheute er nicht einmal davor zurück, dabei sogar mit Gregor Gysi zu werben. Der CDU-Politiker reklamierte in einem Kurzvideo die Rettung des Krankenhauses Kaulsdorf als seinen Erfolg, den er auch seiner „ungewöhnlichen Partnerschaft“ mit Gysi zu verdanken habe.

HAUPTSTADT-AFD

Der bürgerliche Lack ist ab

Die Berliner Landesvorsitzende Kristin Brinker entwickelt sich für ihre Partei zum Problemfall

Ein „bürgerliches Gesicht“ wollte Kristin Brinker der Berliner AfD geben, als sie vor wenigen Wochen zur Landesvorsitzenden gewählt wurde. Doch schon nach kurzer Zeit ist davon nicht mehr viel geblieben.

Erste Zweifel an Brinker, die eigentlich dem liberalen Spektrum ihrer Partei zugerechnet wird, kamen bereits während ihrer Kandidatur um den Landesvorsitz auf, als sie auch um die Unterstützung der Anhänger des offiziell aufgelösten Rechtsaußen-„Flügels“ der AfD warb – und diese, etwa durch den Landesobmann des „Flügels“ Thorsten Weiß, auch erhielt. Nach der Wahl dann bezeichnete Brinker im Gespräch mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) ihre Partei als den „parlamentarischen Arm“ der Anti-Corona-Proteste. Kurze Zeit später meldete die „Berliner Morgenpost“, dass nun auch die Hauptstadt-AfD vom Verfassungsschutz als „Verdachtsfall“ eingestuft werde.

Anfang Mai dann berichteten mehrere Medien, dass Brinkers Ehemann Günter, selbst vormaliger Landeschef der Partei, in einer AfD-internen Chat-Gruppe einen Mordaufruf gegen Bundeskanzlerin Merkel weiterverbreitet haben soll. In der Nachricht, die der *PAZ* als Screenshot vorliegt, heißt es (sic!): „Was da abgeht ist eine bodenlose Frechheit, das die Merkel Drecksau überhaupt noch lebt wundert mich sehr. Ich denke das Stück Dreck ist so beschützt das keiner dazu kommt, oder die Deutschen haben keine Eier?“

Ärger an allen Ecken

Zwar betonten sowohl Günter als auch Kristin Brinker, der Kommentar hätte eigentlich gelöscht werden sollen, doch erscheint diese Aussage angesichts von Hinweisen, dass der Kommentar auch in einen anderen Chat weitergeleitet wurde, wenig glaubhaft. Pikant: Am 4. Mai erklärte der Landesvorstand, dass er „einstimmig aufs Schärfste die in einem Messengerdienst weitergeleitete Nachricht von Günter Brinker“ verurteile und sich von Postings jeglicher Art, die andere Menschen verächtlich machten oder gar zur Gewalt aufriefen, distanziere. Damit hatte also auch Kristin Brinker gegen ihren Ehemann Günter gestimmt.

Noch anhängig ist ein Verfahren Kristin Brinkers gegen diese Zeitung. Vor wenigen Monaten hatte die *PAZ* über einen internen Streit innerhalb der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus berichtet. Grundlage des Artikels war seinerzeit ein Dutzende Seiten starkes Dossier aus zahlreichen Dokumenten, darunter auch ein Untersuchungsbericht der eigenen Fraktion. Diesem Dossier ließen sich Hinweise auf das Bestehen eines „Inneren Zirkels“ aus Mitgliedern und Mitarbeitern der Fraktion unter Beteiligung Brinkers entnehmen. Zudem konnten verschiedene darin enthaltene Dokumente und Äußerungen dahingehend verstanden werden, dass dieser „innere Zirkel“ beabsichtigte, andere Abgeordnete und Angestellte der Fraktion zu diskreditieren.

Zwar erwirkte Brinker vor dem Landgericht Hamburg gegen den *PAZ*-Bericht eine einstweilige Verfügung, da sie in einer Eidesstattlichen Versicherung erklärt hatte, von den Aktivitäten des „Inneren Zirkels“ nichts gewusst zu haben. Doch zeigen der *PAZ* vorliegende Kopien von E-Mails, dass Brinker zumindest Adressat des Mail-Verteilers des „Inneren Zirkels“ gewesen ist. Hauptverhandlung in der Sache ist im Juni. Sollte das Landgericht Hamburg der Darstellung der *PAZ* folgen und dabei auch Brinkers Aussage als Abgabe einer falschen Eidesstattlichen Versicherung werten, dürfte sie als Landesvorsitzende wohl kaum zu halten sein.

Doch schon jetzt zeigt sich angesichts der Vorgänge der letzten Monate, dass Kristin Brinkers Versuch, der Berliner AfD ein „bürgerliches Gesicht“ zu geben, misslungen ist. Stattdessen entwickelt sie sich zunehmend zu einem Problemfall für ihre Partei. *Martina Seegefeld*

KOLUMNE

Sommerliche Konflikte

VON VERA LENGSFELD

Nach der endlosen Kälteperiode, dem Dauer-Lockdown und den Abstandsregeln, die suggerieren, der Mitmensch sei in erster Linie eine Virenschleuder, haben sommerliche Temperaturen auch Berlin erreicht. Die Hauptstädter ergriffen die Gelegenheit, sich aus der Isolation ihrer Wohnungen zu befreien.

Sie strömten zu Tausenden ins Freie und eroberten sich den öffentlichen Raum zurück. Parks, Grünanlagen, See- und Flussufer waren am vergangenen Sonntag dicht besetzt. Masken, Abstandsregeln und Kontaktverbote schmolzen wie Butter in der Sonne. Man spazierte, joggte, ruderte, paddelte, wanderte, fuhr Rad – nicht mehr allein, sondern in Gruppen. Wenigstens für ein paar frohe Stunden schüttelten die Berliner den Corona-Frust ab. An diesem Tag traten auch die „Erleichterungen“ für Genesene und Geimpfte in Kraft, was die Lage vollkommen unübersichtlich machte. Die Polizei hielt sich deshalb lieber zurück. Wie sollten die Beamten auch kontrollieren, wer geimpft oder genesen ist?

Eine Ausnahme gab es, die diese Regel bestätigte: In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag räumte die Polizei mit großem Aufgebot den berüchtigten Drogenumschlagplatz Görlitzer Park. Es hätten sich rund 300 Personen nach 22 Uhr, dem Beginn der Ausgangssperre, im Park aufgehalten, heißt es im Polizeibericht.

Es handelte sich um große Gruppen von nicht näher bezeichneten Jugendlichen, die sich nicht an die Hygieneregeln hielten. Die Polizei ging ganz „kultursensibel“ vor. Zunächst wurden die einzelnen Gruppen angesprochen und aufgefordert, nach Hause zu gehen. Als die keine Anstalten machten, dem zu folgen, traf polizeiliche Verstärkung ein, um die Ausgangsbeschränkung durchzusetzen.

Schon vorher waren die Beamten mit Rufen wie „Ganz Berlin hasst die Polizei“ empfangen worden. Wie man in der Presse nachlesen konnte, kam es zu Flaschenwürfen und Festnahmen. Die Polizei wollte das aber lieber nicht bestätigen, um sich nicht dem allgegenwärtigen Vorwurf des Rassismus auszusetzen.

MELDUNG

Parkplätze weg

Berlin – Die Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) Berlin fordert weitere Maßnahmen gegen Autofahrer. Frank Masurat vom ADFC will, dass 60.000 Parkplätzen jährlich auf öffentlichen Straßen wegfallen, und fordert die Verteuerung und Ausweitung der sogenannten Parkraumbewirtschaftung. „Der Hoffnungsschimmer, den wir haben, das sind die Pop-up-Radwege“, so der Verein. Der ADFC steht für eine radikale Reduzierung des Autobestandes: „Wir sind von Anfang an im Dialog mit dem Volksbegehren Berlin autofrei ... Wenn es wirklich umgesetzt würde, was wir begrüßen würden, hätten wir 30 bis 40 Prozent weniger Autos.“ Es gibt in Berlin 1,22 Millionen zugelassene Pkw. Ihre Zahl steigt von Jahr zu Jahr. Der Anteil des Radverkehrs in Berlin betrug 2018 18 Prozent. Zum Steueraufkommen trägt der Radverkehr nicht bei. *F.B.*

MELDUNGEN

Mehr Illegale nach Italien

Rom – Die illegale Einwanderung nach Italien über Libyen und das Mittelmeer hat in den letzten Monaten wieder massiv zugenommen. Seit Anfang 2021 kamen über 10.000 Migranten in das südeuropäische Land – mit aktuell stark steigender Tendenz. Ein Grund hierfür ist die Unfähigkeit der Allparteienregierung in Rom unter Ministerpräsident Mario Draghi, die unrechtmäßigen Einreisen zu verhindern. Zum Vergleich: Als Matteo Salvini von der Lega Nord noch Innenminister war, konnten im gleichen Zeitraum des Jahres 2019 nur 775 Illegale italienischen Boden betreten. Ein weiterer Grund ist der gewachsene Einfluss der Türkei in Libyen. Damit kann Ankara auch die Milizen steuern, welche die Migrationsströme durch das nordafrikanische Land schleusen. Und da Draghi den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan kürzlich als „Diktator“ bezeichnet hatte, benutzt dieser nun offenbar die Migrationswaffe, um Rache zu üben. *W.K.*

Probleme mit Moslems

Paris – Religiöse Überzeugungen sorgen in Frankreich zunehmend für Konflikte am Arbeitsplatz. Dies ergab eine Studie des Institut Montaigne, über welche die „Epoch Times“ berichtet. Wie die befragten 25.000 Führungskräfte angaben, seien religiöse Verhaltensweisen in Unternehmen zwar in 80 Prozent der Fälle unproblematisch. Namentlich junge Männer unter 40 mit muslimischem Glauben sorgten jedoch häufig für Konflikte, wobei niedrig Qualifizierte die Hauptproblemgruppe bildeten. In 13 Prozent der Fälle etwa weigerten sich Männer mit einer Frau zu arbeiten oder gar unter ihrer Führung. Auch einer Frau bloß die Hand zu geben, bereitet ihnen Schwierigkeiten. Als weiteres Problem nannten die befragten Führungskräfte Gebete während der Arbeitszeit. Frankreich hat den höchsten Bevölkerungsanteil von Muslimen in der Europäischen Union. *H.H.*

Reisebranche darf hoffen

Brüssel – Bei der Tourismusbranche in der Europäischen Union wächst die Hoffnung auf Erholung von der Lockdown-Krise. Wie eine Umfrage der EU-Kommission ergab, planen 56 Prozent der Menschen in der EU eine Urlaubsreise innerhalb der kommenden sechs Monate. 49 Prozent wollen gar ihren Urlaub in einem anderen Land als dem eigenen verbringen. Hier schlägt sich offenbar nieder, dass während der Lockdown-Maßnahmen auch innerhalb der EU etliche Grenzen monatelang für Touristen faktisch geschlossen waren oder nur unter Inkaufnahme erheblicher Härten wie einer 14-tägigen Quarantäne überschritten werden durften. Bis sich die Reisebranche in der EU wieder erholt haben wird, werde es jedoch mindestens zwei, eher vier Jahre dauern, glaubt man in Brüssel. 2020 war die Zahl der Übernachtungen um 49 Prozent zurückgegangen, die Zahl der Einreisen von außerhalb der EU war um 70 Prozent eingebrochen. *H.H.*

GROSSBRITANNIEN

Sturm um Schottland und Labour

Wahlen auf der britischen Insel haben einiges durcheinandergewirbelt

VON CLAUDIA HANSEN

Der Jubel schottischer Nationalisten scheint kein Ende zu finden. Sie feiern ihren Wahlsieg. „Erdrutsch“, titelte die Zeitung „The Herald“ aus Glasgow in dicken Lettern. Dagegen wählen unionistisch-englische Zeitungen eine andere Schlagzeile: „Sturgeon verfehlt die Mehrheit“, so der „Sunday Telegraph“.

Beides stimmt. Die links orientierte Schottische Nationalpartei (SNP) von Nicola Sturgeon hat bei der Regionalwahl vor einer Woche die absolute Mehrheit der 129 Sitze im Edinburgher Parlament Holyrood knapp um einen Sitz verfehlt. Aber zusammen mit den schottischen Grünen, die ebenfalls die Unabhängigkeit anstreben, hat das Independence-Lager eine große Mehrheit. Alex Salmond, früher Sturgeon-Mentor und inzwischen ihr Intimfeind, verpasste mit seiner neuen Partei Alba den Einzug ins Parlament.

Parlamentswahl in Schottland

Gegen Sturgeons Wunsch, möglichst schon im nächsten Jahr ein „Independence Referendum 2“ abzuhalten, baut die Londoner Tory-Regierung nun Widerstand auf. „Unverantwortlich und rücksichtslos“ sei ein neues Referendum, welches das Land zerreißen könne, während es sich gerade erst von der Corona-Pandemie erholen müsse, sagte Premierminister Boris Johnson. Das ist die Verteidigungslinie der konservativen Regierung, die nach dem Brexit darum kämpft, das britische Königreich gegen gestärkte separatistische Bestrebungen zusammenzuhalten.

Dabei ist der Hass, den gerade Johnsons Regierung bei vielen Bewohnern Edinburghs, Glasgows und Aberdeens sowie bei vielen anderen Low- und Highlandern hervorruft, schwer vorstellbar. Die SNP hat historische – oft begründete – Ressentiments der Schotten gegen England mit neuerem linksgrünen Groll gegen die Tory-Rechten vermischt und eine mächtige Bewegung geschaffen.

Sturgeon will Schottland aus dem verhassten Brexit-Britannien lösen und möglichst rasch in die Europäische Union zurückführen. „Klimaschutz“, Weltoffenheit, Toleranz und „Inklusion“, dazu alle linken modischen LGBT-Themen führt die SNP in ihrem Programm. Dass eine Abspaltung große praktische Probleme brächte, etwa das Ende der Milliarden-Finanztransfers aus England, und damit schwer zu finanzieren wäre, ignorieren die SNP-Anhänger.

Nachwahl für das Unterhaus

Johnsons Konservative wollen nun eine Gratwanderung vollziehen: die Schotten nicht weiter vor den Kopf stoßen, aber ein Referendum hinauszögern. Die Laune im Tory-Hauptquartier ist derzeit trotz der schottischen Sorgen nicht tiefgetrübt – im Gegenteil. Johnson hatte ebenfalls Grund zum Jubeln: Bei der Nachwahl eines Parlamentssitzes in Hartlepool – der bisherige Labour-Abgeordnete war nach Sex-Vorwürfen zurückgetreten – konnten die Konservativen einen Erdrutschsieg über Labour erzielen.

In Hartlepool war das in diesen Tagen am meisten fotografierte Motiv eine aufblasbare, weit über zehn Meter hohe Blondschopf-Puppe, die der Premier mit den Worten kommentierte: „Die kommt mir irgendwie bekannt vor.“

Der überlebensgroße Boris Johnson steht symbolisch für den persönlichen Triumph des Premiers. Die wochenlangen Anklagen von Labour gegen den angeblich weitverbreiteten „Sleaze“ (Filz) der Tory-Regierung, heftige Angriffe gegen Johnson wegen angeblicher Aussagen in der Corona-Krise („Lasst die Leichen sich stapeln“) und die Vorwürfe rund um die teuer renovierte Wohnung in der Downing Street, die er mit seiner Verlobten Carrie Symonds und dem Baby Wilfred bewohnt – all dies hat den Tories in der Hartlepool-Wahl und weiteren Kommunalwahlen anscheinend nicht geschadet. Johnson strahlte nach der Wahl am vergangenen Donnerstag.

Dagegen sieht Oppositionsführer Keir Starmer nach dem Hartlepool-Debakel für Labour wie ein begossener Pudel aus. Der seit einem Jahr an der Spitze von Labour stehende Jurist, eine korrekte, aber etwas langweilige Erscheinung mit Seitenscheitel, versucht nach dem radikalen Linkskurs seines sozialistischen Vorgängers Jeremy Corbyn die Partei für Wähler der Mitte attraktiver zu machen, doch wackelt seine Position merklich.

Starmer nannte die Wahlergebnisse eine bittere Enttäuschung. Nur in Wales und einigen Städten wie Manchester schnitt Labour gut ab, in Nordengland bröckelt die frühere „Red Wall“. In Hartlepool, wo fast 70 Prozent für den Brexit waren, versuchten die Labour-Genossen noch, durch Union-Jack-Beflaggung patriotische Wähler an sich zu binden, doch insgesamt fremdelt das alte Arbeitermilieu mit der Partei.

Viele Wähler hätten den Eindruck, dass Labour sich eher für Transgender- und Rassismus-Fragen als für bessere Löhne und sichere Arbeitsplätze einsetze, klagte der lokale Parteichef in Hartlepool. Ein Abgeordneter trat am Wochenende aus dem Schattenkabinett zurück und klagte, dass „Woke“-Aktivsten die Partei übernommen hätten.

Woke ist ein Modewort für eine politisch hyperkorrekte, progressistische Strömung. Starmer reagierte auf die Wahlniederlage zunächst mit einer Umbildung seiner Wahlkampfführung, aus der er die Linke Angela Rayner entfernte. Der linke Rand der Labour-Partei nahm das als Kriegserklärung auf. Später wurden Rayner in einer überraschenden Wende plötzlich im Schattenkabinett wichtige Posten übertragen. Labour stehen weitere stürmische Zeiten bevor.

Zur Nachwahl in Hartlepool: Eine rund zehn Meter hohe Aufblaspuppe von Boris Johnson *Foto: pa*

DEUTSCHE VOLKSGRUPPE IN SLOWENIEN

Auf dem Weg zur staatlichen Anerkennung

Bereits vergangenen September hatte der Europarat Laibach den Schritt empfohlen

Vergangenen September hat der Europarat Slowenien empfohlen, Deutsch als Minderheitensprache und die deutsche Minderheit des Landes anzuerkennen. Bereits im vorausgegangenen März war die Gottscheerin Helena Jaklitsch, die Tochter des Gründungsobmanns der Gottscheer Altsiedler Vereins, zur „Ministerin für die Beziehungen mit der autochthonen slowenischen Volksgruppe im Grenz- und Ausland“ ernannt worden. Beides wird als Zeichen in Richtung einer Anerkennung der deutschen Minderheit in Slowenien interpretiert.

Diese Entwicklung hat der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, begrüßt. Der Präsident des Bundes der Vertriebenen bezeichnete die Entscheidung des Ministerkomitees als wichtigen Beitrag zum Erhalt der deutschen Sprache und kulturellen Vielfalt in Slowenien. Fabritius hatte mit dem Vorsitzenden des Dachverbandes der deutschen Minderheit in Slowenien, Christian Lautischer, in einem Gespräch weitere Schritte vereinbart, um die Anerkennung der deutschen Sprache als offizielle Minderheitensprache durch die slowenische Regierung zu unterstützen. Die slowenische Regierung ist dazu bereit. Eine Dialoggruppe, in der die deutsche Minderheit hochrangig vertreten ist, soll die Modalitäten klären.

Slowenien hatte als Teil Jugoslawiens nach 1945 fast alle Deutsche unter dem Vorwurf der Kollaboration mit den Nationalsozialisten gewaltsam vertrieben. Lebten in Slowenien im Jahr 1931 noch 40.000 ethnisch Deutsche vor allem in den Grenzgebieten zu Österreich und Italien sowie der Sprachinsel Gottschee, so waren es bei der Volkszählung 2002 nur noch 1628 Personen, die angaben, Deutsch im Haushalt, in der Familie oder als Muttersprache zu sprechen.

2020 feierte Slowenien 100 Jahre Volksabstimmung und 30 Jahre Republik Slowenien. Die Volksabstimmung von 1920 hat die Kärntner Slowenen, die zur Hälfte für Osterreich gestimmt hatten, von ihren in Slowenien lebenden Landsleuten getrennt. Die Deutschen in Slowenien haben bis heute keine Minderheitenrechte, obwohl die Deutschen zeitweise nach den Serben, Kroaten und Slowenen die viertgrößte Volksgruppe im Vielvölkerstaat Jugoslawien bildeten. Auch nach dem Zerfall Jugoslawiens und 30 Jahre nach der Erlangung der Unabhängigkeit hat die Republik Slowenien die deutsche Volksgruppe im Gegensatz zur italienischen und zur ungarischen noch nicht anerkannt, obwohl Slowenien durch EU-Verträge dazu verpflichtet wäre und gute nachbarschaftlicher Beziehungen zu Kärnten unterhält.

Von Anfang an sollte Österreich die Schutzfunktion für die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien im europäischen Geist ausüben. 1990 wurde in Marburg der Verein „Freiheitsbrücke“ als erster Verein der Sloweniendeutschen gegründet. Am 30. April 2001 unterzeichneten Österreich und Slowenien ein bilaterales Kulturabkommen, in dem zum ersten Mal in einem österreichisch-slowenischen Vertrag die deutsche Volksgruppe genannt wird. Neben der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) haben sich verschiedene Vertreter der Kärntner Slowenen lautstark für die verfassungsmäßige Anerkennung der deutschen Minderheit in Slowenien ausgesprochen. *Bodo Bost*

Die Produktion von Stahl ist ungemein energieintensiv: Roheisenabstich im Hüttenwerk *Foto: Třinecké železárny*

KLIMAPOLITIK

Was das Land „klimaneutrale“ Stahlerzeugung kosten würde

Deutschland hätte die Wahl zwischen Schutzzöllen, Dauersubventionierung und Abwanderung der Branche samt Arbeitsplätzen ins Nicht-EU-Ausland

VON NORMAN HANERT

Die Diskussion, welcher Industriezweig durch die von EU und Bundesregierung forcierten „Klimaschutzziele“ besonders gefährdet ist, drehte sich bislang meist um die deutschen Autobauer. Mindestens genauso groß ist aber der Druck auf die hiesigen Stahlhersteller. Die Branche sieht sich in einer aufgeheizten Diskussionsatmosphäre um Klimapolitik in der sehr undankbaren Rolle, in Deutschland einer der größten Kohlendioxid-Produzenten überhaupt zu sein. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums gehen im Bereich der Industrie mehr als 30 Prozent der deutschen Treibhausgas-Emissionen auf das Konto der Stahlkocher. Abhilfe soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung eine zügige Umstellung der Stahlproduktion auf wasserstoffbasierte Technologien schaffen.

Gefahr von Handelskriegen

In Deutschland wird weniger als ein Drittel des Stahls in der sogenannten Elektrostahl-Route durch Einschmelzen von Stahlschrott erzeugt. Beim weitaus größeren Teil, bei der Primärstahlerzeugung, kommen Kohlenstoffträger wie Koks zum Einsatz. Deren Ersatz durch Energieträger wie Wasserstoff geht mit extrem hohen Kosten einher.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier selbst beziffert die nötigen Gesamtinvestitionen für den Umbau zu einer Kohlendioxid-freien Stahlproduktion in Deutschland auf insgesamt 35 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die deutsche Stahlindustrie erzielte 2019, also noch vor der Corona-Krise, einen Umsatz von rund 39 Milliarden Euro.

In ihrem „Handlungskonzept Stahl“, das im vergangenen Herbst vorgelegt wurde, schätzt die Bundesregierung, dass ein erheblicher Teil der Umstellungskosten schon bis zum Jahr 2030 anfallen wird. Nach einem Treffen mit Vertretern von Stahlherstellern und der IG Metall kündigte der Bundeswirtschaftsminister vorletzten Montag Finanzhilfen für den Umbau der Stahlproduktion in Deutschland an. Um die Stahlproduktion „klimafreundlich“ zu machen, will der Bund für die Jahre 2022 bis 2024 zusätzlich rund fünf Milliarden Euro bereitstellen. Insgesamt kann die Stahlbranche nach derzeitigem Stand in den kommenden 30 Jahren auf zehn bis zwölf Milliarden Euro aus der Staatskasse hoffen.

Die hohen Anfangsinvestitionen zur Umstellung der Stahlerzeugung sind allerdings nur ein Problem: Auch die laufenden Kosten sind bei den dekarbonisierten Verfahren deutlich höher als bei der herkömmlichen Stahlherstellung. Zumindest unter den derzeitigen Bedingungen kann die Stahlproduktion nicht so wirtschaftlich betrieben werden, dass die deutschen Stahlhersteller im harten internationalen Wettbewerb noch standhalten könnten.

Steigende Preise für Stahlprodukte

Die Prognos AG hat Ende vergangenen Jahres eine Studie namens „Klimapolitische Herausforderungen der Stahlindustrie in Deutschland“ vorgelegt, die von der Wirtschaftsvereinigung Stahl in Auftrag gegeben wurde. Im Fazit der Untersuchung heißt es, dass die Umstellung auf sogenannte treibhausgasarme Verfahren der Stahlherstellung „aus einzelwirtschaftlicher Sicht heute und auf absehbare Zeit für die Stahlhersteller nicht rentabel“ sei. Das Beratungsunternehmen wies vor diesem Hintergrund auf die Gefahr hin, dass es mit der Verteuerung der Stahlproduktion in Deutschland zu einer Produktionsverlagerung ins Ausland kommt. Langfristig besteht damit die Gefahr, dass es nicht bei einer Anschubfinanzierung mit Steuergeldern bleibt.

Bereits seit 2017 hat die EU Importquoten für Stahl aus China, den USA und anderen Nicht-EU-Ländern eingeführt, mit dem der europäische Stahlmarkt weitgehend abgeschirmt wird. Nach diesem Vorbild könnten künftig auch Importquoten oder Einfuhrzölle für Stahlprodukte kommen, die außerhalb der EU unter „nichtklimaschonenden“ Bedingungen produziert wurden.

Belastung des Steuerzahlers

Dies wäre zwar ein Mittel gegen das Abwandern von Industrieproduktion in Regionen der Welt mit einer weniger restriktiven „Klimapolitik“, sofern denn die Produktion für den Binnenmarkt der EU und nicht für den Weltmarkt erfolgt. Allerdings müssten sich die europäischen Verbraucher dabei auf steigende Preise bei allen Produkten einstellen, in denen Stahl steckt: vom Auto bis hin zum Baustahl. Zudem müsste mit Gegenmaßnahmen aus dem Nicht-EU-Ausland gerechnet werden, was insbesondere die besonders vom Export abhängige Volkswirtschaft Deutschlands treffen würde.

Eine Alternative zum Schutz der Stahlindustrie durch eine Erhöhung der Importzölle wäre die laufende Subventionierung einer Kohlendioxid-armen Stahlproduktion auf Kosten des Steuerzahlers.

Wie bei anderen staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft gäbe es auch diesmal Profiteure. So rechnet sich der niederländische Hafen Rotterdam große Chancen aus, zu einer zentralen Drehscheibe beim Import von Wasserstoff aus den verschiedensten Weltregionen zu werden, darunter auch Australien. Die Niederländer gehen davon aus, dass Deutschland und andere EU-Mitgliedsstaaten auf absehbare Zeit gar nicht genug „regenerativer“ Strom aus Wind und Solarkraftanlagen zur Verfügung steht, um die benötigten Mengen von „grünem“ Wasserstoff zu erzeugen.

WISSENSCHAFT

„Wärme durch Windkraft“

Wie Windenergie-Abschöpfung zur Erderwärmung beiträgt – Neue Erkenntnisse in „Physics Today“

„Wärme durch Windkraft“ lautet die Überschrift eines neuen Aufsatzes von Lee Miller, Mitarbeiter des Instituts für Atmosphären- und Umweltforschung in Lexington, US-Bundesstaat Massachusetts. Veröffentlicht wurde der zweiseitige Artikel vergangenen August in der Zeitschrift „Physics Today“. Mittlerweile ist die zweite Seite im Internet gelöscht worden, möglicherweise wegen der dort angeführten brisanten Daten.

„Wenn Windkraftanlagen Energie ernten, verteilen sie die Wärme in der unteren Atmosphäre um. Landwirte nutzen den Effekt seit Jahrzehnten“ lautet der Untertitel. Und weiter heißt es dort: „Windkraftanlagen verändern das Klima durch die Vermischung der Luftmassen in der unteren Atmosphäre, was völlig unabhängig von den Prozessen des Klimawandels erfolgt.“

Windräder in den USA erreichen Höhen von bis zu 300 Metern. Bisher wurden 60.000 Turbinen installiert, die jährlich 300 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugen. Jede Turbine hat Rotorblätter von 50 Meter Länge, gleich einem halben Fußballfeld. Die Anlagen sind so konstruiert, dass sie mehr kinetische Energie abziehen, als um sich herum lenken, erklärt der Autor. Während die Turbinen permanent Windenergie abschöpfen, reduzieren sie die Windgeschwindigkeiten und erzeugen langsamer strömende, turbulente Nachläufe. Dadurch werden Temperatur, Luftfeuchtigkeit und Impulsaustausch zwischen Erdoberfläche und der unteren Atmosphäre großflächig verändert. Wie Messungen über deutschen Offshore-Windparks in der Nordsee ergaben, können die Nachläufe hinter den Turbinen bis zu 75 Kilometer lang sein. Mit den aufeinander folgenden Turbinenreihen dehnen sie sich räumlich aus. Die großräumigen Klimaeffekte aufgrund der reduzierten Windgeschwindigkeiten werden hier nicht erörtert.

Miller untersuchte den Temperaturanstieg nahe der Erdoberfläche, der erfolgt, wenn die in größerer Höhe normalerweise wärmere und trockenere Luft nach unten gewirbelt und mit oberflächennaher Luft durchmischt wird. Nachts ist der Wärme-Effekt durch Windkraft stärker als tagsüber, weil die solargetriebene atmosphärische Durchmischung fehlt. Tag- und Nachtunterschiede aufgrund von satellitengestützten oder bodennahen Messungen werden bereits in fast einem Dutzend US-Studien diskutiert. Miller hat nächtliche Satellitenbilder über Nordtexas ausgewertet und eine Erwärmung von zwei bis vier Grad Celsius noch mehrere Kilometer hinter den Turbinenreihen festgestellt. Andere Beobachtungen über Windparks in Texas schätzen den jährlichen Erwärmungseffekt bei Nacht auf 0,3 bis 0,6 Grad Celsius.

Für die verantwortlichen Politiker führt aufgrund des jetzt objektiv feststellbaren Wärmeeffektes der Windenergie kein Weg mehr daran vorbei, sich endlich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, dass Windenergie-Abschöpfung auf hohem Niveau den Klimawandel nicht eindämmt, sondern unmittelbar zu einem Temperaturanstieg führt.

Mit Lee Miller macht ein weiterer erfahrener Atmosphärenforscher die Gesellschaften auf den Umwelteinfluss durch „dramatisch erhöhte vertikale Mischraten von hohen und bodennahen Luftmassen“ infolge der Windkraft-Abschöpfung aufmerksam. *D. Jestrzemski*

MELDUNGEN

Deutsche kaufen Gold

Berlin – Wie eine Studie des Steinbeis Research Center for Financial Services (CFin) in Berlin im Auftrag der Reise-Bank AG ergab, haben die deutschen Privathaushalte in der Corona-Krise weitere 269 Tonnen physisch existierendes Gold erworben. Hierdurch beläuft sich der private Goldbesitz in der Bundesrepublik nun auf 9089 Tonnen. Davon entfallen 5194 Tonnen auf Barren und Münzen sowie der Rest auf Goldschmuck. Damit horten die Bundesbürger mehr Gold als die Bundesbank, die 3362 Tonnen ihr Eigen nennt. Zusammen machen die 12.451 Tonnen deutsches Gold mit einem Wert von mehr als 600 Milliarden Euro 6,2 Prozent der weltweiten Vorräte an dem Edelmetall aus. Über drei Viertel der vom CFin Befragten gaben zudem an, künftig weiterhin Gold kaufen zu wollen, auch wenn der Goldpreis im ersten Quartal dieses Jahres gesunken ist. Als Gründe hierfür wurden die anhaltende Inflationsangst und die Minimal- beziehungsweise Negativzinsen genannt. *W.K.*

Verknappung des Angebots

Bonn – In Deutschland findet durch die Corona-Pandemie eine Verknappung des Angebots auf dem Immobilienmarkt statt. Laut einer repräsentativen Umfrage, die das Institut Kantar im Auftrag der Postbank durchgeführt hat, hält die Pandemie derzeit potentielle Verkäufer davon ab, ihr Haus oder ihre Wohnung zum Verkauf anzubieten. Die Umfrage ermittelte, dass knapp die Hälfte der Befragten davor zurückschreckt, einen Verkauf in Angriff zu nehmen. Als Grund nannten die Umfrageteilnehmer Angst vor einem direkten Kontakt mit Maklern und Kaufinteressenten. Bereits im Oktober hatte Statista im Auftrag von Interhyp eine repräsentative Umfrage zu den wirtschaftlichen Erwartungen der Bundesbürger durchgeführt. Dabei gab fast jeder Zweite an, er rechne damit, dass sich durch die Pandemie die wirtschaftliche Situation von Immobilieninteressenten verschlechtern könnte. Jeder Vierte ging von steigenden Immobilienpreisen durch Corona aus. *N.H.*

Buffet warnt vor Inflation

New York – Die US-Investorenlegende Warren Buffet hat vor dem Einstieg in eine lang anhaltende Inflationsphase gewarnt. Die Behauptung von US-Regierung und -Notenbank, der derzeitige Preisschub sei der akuten Lage nach dem Lockdown geschuldet und bald überwunden, sei falsch, so Buffet. Aufgestaute Ersparnisse und staatliche Zuschüsse (jeder US-Amerikaner bekam umgerechnet rund 1150 Euro von der Regierung aufs Konto überwiesen) sorgten dafür, dass die Leute sich an die höheren Preise gewöhnten. Auch Ex-Ifo-Chef Hans-Werner Sinn hat bereits vor deutlich höherer und anhaltender Geldentwertung gewarnt. Instrumente zur Inflationsbekämpfung wie die Zinsschraube hätten die Notenbanken aus der Hand gegeben. Daher stünden sie einer starken Geldentwertung nunmehr weitgehend machtlos gegenüber. *H.H.*

KOMMENTARE

Dumm gelaufen

ERIK LOMMATZSCH

Eigentlich sieht es gut aus für die Grünen. Annalena Baerbock ist Liebling der großen Medien, das Kanzleramt ist in Reichweite. Die Chance soll genutzt werden.

Zumindest wahltaktisch ist die Grünen-Chefetage realistisch. Man weiß, dass man Stimmen aus einem Lager braucht, das zwar mit der Partei liebäugelt, aber noch skeptisch ist. Dass Mitglieder der Grünen Jugend einst auf eine Deutschlandfahne urinierten, hat sich ebenso eingeprägt wie ein später von ihnen verteilter Aufkleber mit der Aufschrift „Patriotismus? Nein Danke“.

Die grüne Bundestagsvizepräsidentin ist immer noch in Erklärungsnot, wenn eine Demonstration zur Sprache kommt, an der sie beteiligt war und auf der „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ skandiert wurde. Der Co-Vorsitzende Robert Habeck führte seinerzeit aus, er habe Vaterlandsliebe „stets zum Kotzen gefunden“ und „mit Deutschland noch nie etwas anzufangen gewusst.“

Um dem nicht zu Unrecht entstandenen Bild entgegenzutreten, bekam das grüne Wahlprogramm nun demonstrativ den Titel: „Deutschland. Alles ist drin.“ Die machtambitionierte Parteispitze hatte die Rechnung allerdings ohne die Grünen-Basis gemacht. Über 300 Mitglieder, darunter Bundestagskandidaten wie Kathrin Henneberger, ehemalige Pressesprecherin des gewalttätigen, linksradikalen Bündnisses „Ende Gelände“, stellten den Antrag, das Wort „Deutschland“ zu streichen. Der „Mensch in seiner Würde und Freiheit“ stehe im Mittelpunkt. „Und nicht Deutschland.“ Ein weiterer Antrag betont, das Wort Deutschland könne „sehr negativ assoziiert werden“, es solle durch „Grün“ ersetzt werden.

Der Grünen-Führung ist das Ganze sichtlich unangenehm, man wiegelt ab, denn die Prozentpunkte sind unverzichtbar. Der Bundesgeschäftsführer betont, der Vorstand stehe hinter dem Titel. Welchen Stellenwert das eigene Land bei den Grünen tatsächlich hat, ist durch die Proteste gegen das Wahlprogramm einmal mehr offenbar geworden.

Verdiente Pleiten

WOLFGANG KAUFMANN

Wer schweigt, ist einverstanden und muss zahlen. Eine derartige Klausel findet sich in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) der meisten deutschen Banken, wo von Preiserhöhungen bei den Kontoführungsgebühren die Rede ist. Noch, denn nun hat der XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) entschieden, dass diese Regelung zur unangemessenen Benachteiligung der Bankkunden führe und daher unwirksam sei. Wer Gebühren anheben wolle, stehe in der Pflicht, seine Kunden um ihre ausdrückliche und nicht einfach nur stillschweigende Zustimmung zu bitten, da sich das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung einseitig zum Nachteil der Verbraucher verschiebe.

Für die verklagte Postbank, aber auch alle anderen Geldinstitute, die vom Privatkundengeschäft leben, ist das ein harter Schlag: Zum einen drohen nun Rückzahlungen von zu Unrecht erhobenen Kontoführungsgebühren, zum anderen können die Banken nicht mehr länger auf die Bequemlichkeit ihrer Kundschaft hoffen. Jemand, der mit der Nase darauf gestoßen wird, dass sich eine Dienstleistung verteuert, fängt eher an, nach Alternativen zu suchen, und kündigt seinen Vertrag schneller. Damit hat der BGH im Gegensatz zu den beiden Vorinstanzen die Banken zu etwas mehr Effizienz verpflichtet. Denn wenn höhere Preise künftig leichter zum Verlust von Kunden führen können, deren Gebühren inzwischen mehr als ein Viertel der Erträge vieler Banken ausmachen, ist es das Beste, Anhebungen nach Kräften zu vermeiden.

Manchen Geldinstituten wird das gelingen, anderen nicht. Denn die herrlich komfortablen, aber nun hinfälligen AGB haben träge gemacht und das Drehen an der Gebührenspirale zur Gewohnheit werden lassen. Solche Banken könnten im schlimmsten Falle pleitegehen. Und das vollkommen verdient.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Zeitgeistige Prioritätensetzung: Das ZdK stellt die Regenbogenflagge über das Kreuz *Foto: Shutterstock*

KOLUMNE

Kotau vor dem Zeitgeist

FLORIAN STUMFALL

Die bundesdeutschen C-Parteien haben wie die Kirchen weithin und in großem Umfang ihre Überzeugungen geschleift und Prinzipien vernachlässigt. Sie haben die Kraft des eigenen Denkens hingegeben für die Devotion vor dem Zeitgeist. Sie haben aufgehört, die Geistesgeschichte mitzugestalten, und folgen eifrig den Moden, ohne zu fragen, was diese beinhalten. Sie folgen Ideologien, von denen sie wissen müssten, dass sie ihnen schädlich sind, wenn sie denn die eigenen Ideen noch bedächten.

Sie lassen sich von gesellschaftlichen Minderheiten durch die Arena treiben. Sie haben ihren einstigen Markenkern einer Minderheit in den eigenen Reihen überlassen und heißen nun diese Minderheit Abweichler und werfen ihr vor, dem Ganzen zu schaden. Sie haben die treuesten ihrer Anhänger enttäuscht, vor den Kopf gestoßen und die Axt an die eigenen Wurzeln gelegt. Nun sehen sie zu, wie sie an Kopfzahl und Einfluss immer mehr verlieren.

Vollversammlung des ZdK

Einen wahrscheinlich nur vorübergehenden Höhepunkt dieser fatalen Entwicklung hat vergangenen Monat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) geliefert. Es geht um einen Beschluss der Vollversammlung unter dem Rubrum „Geschlechtervielfalt in Wort und Schrift“, der mit 86 zu 54 Stimmen eine klare Mehrheit gefunden hat. Benommen vom Gender-Wahn und in dem eifrigen Bemühungen, alle „-innen“-, Sternchen- und LGBTQIA*-Vorschriften zu erfüllen, hat das Gremium für richtig befunden: „Die Wirklichkeit ist komplexer als die klassische binäre Lesart der Schöpfungsordnung es darstellt.“

Wer auch nach dem zweiten Lesen nicht glauben mag, was dieses Zitat aussagt, dem sei versichert: Ja, hier wird aufgeräumt mit dem Wort aus der Schöpfungsgeschichte der Bibel, wonach Gott den Menschen als Mann und Frau geschaffen habe.

Erfahrung und moderne Genetik bestätigen jedoch dieses Schöpfungswort. Es war nach vielen Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte dem geistigen Niedergang der Gegenwart vorbehalten, an dieser Wirklichkeit zu zweifeln. Naturwissenschaftlich ist es dabei ganz einfach: Wo ein Y-Chromosom nachzuweisen ist, handelt es sich um ein männliches Wesen, wo nicht, da ist es ein weibliches.

Wider Bibel und Wissenschaft

Ja, wendet da die längst den Menschen eingepflanzte innere Antidiskriminierungsstelle ein, da gibt es aber noch die Zahl derer, die von diesem Muster abweichen. In der Tat. Rund zwei Promille der deutschen Bevölkerung sind Zwitter, bei denen es sich um eine Abnormität im Chromomen-Satz handelt. Was darüber hinausgeht, ist meist Ideologie.

> „Die Wirklichkeit ist komplexer als die klassische binäre Lesart der Schöpfungsordnung es darstellt“
>
> **Digitale Frühjahrs-Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken am 23. und 24. April 2021 in Bonn**

Dabei wirkt eine sogenannte sich selbst erfüllende Prophetie: Da redet man genug pubertierenden jungen Menschen ein, es sei an ihnen, ihr Geschlecht zu wählen, was sie an sich vorfänden, sei nichts anderes als eine soziale Konvention, und an ihnen selbst liege es, das zu ändern.

Dass man dazu auch einen Chirurgen und eine Hormon-Kur braucht, wird meist verschwiegen. So macht man wehrlose Jugendliche an sich selbst irre und verleitet viele in einer oft hypochondrischen Phase der existentiellen Selbstfindung, in sich ein Beispiel für diese neue Lehre festzustellen. So zieht man Psychopathen heran.

Zurück zu dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Dieses Gremium ist ja nicht gerade die Stelle, die verbindliche Glaubensinhalte zu formulieren berufen ist. Aber trotzdem hat es Einfluss, besonders auf Gläubige, die dadurch, dass ihre Kirche seit langer Zeit mehr Politik als Theologie betreibt, zutiefst verunsichert sind. Was aber das ZdK, in dem die Laien einen großen Einfluss ausüben, bewogen haben mag, nicht nur die Schöpfungsgeschichte, sondern auch die Humangenetik um einer Wahnvorstellung willen über Bord zu werfen, bleibt sein Geheimnis. Dass sich das Zentralkomitee auch noch an der Sprache vergreift, verschlimmert die Sache zusätzlich.

Dekadenz in Deutschland

Die Themenstellung aber, die sich das Komitee gegeben hat, nämlich die „Geschlechtervielfalt“, zeigt, wie weit sich diese Repräsentanz des deutschen Katholizismus von seiner geistigen Substanz entfernt hat. Mit ein wenig Konsequenz müssten sich die Damen und Herren (und die sonstigen, diversen und ***) zunächst einmal darüber einigen, ob sie nun drei Geschlechter anerkennen, oder deren 40 oder gar ein paar hundert, wie dies die ganz fortschrittlichen Vertreter dieser Lehre tun.

Stellt man diesem Bemühen das Anliegen der Glaubwürdigkeit der Kirche gegenüber, so sieht man den Umfang des selbstgemachten Problems. Dieses nämlich ist ein Produkt wirtschaftlicher Übersättigung bei gleichzeitiger spiritueller Auszehrung. Wie bei so vielen anderen politischen Spielarenen der rot-grün schillernden Szene geht es dabei nicht um ein Anliegen, das die Menschen bewegt, sondern um die Selbstbeschäftigung fanatischer Kader, die es aber immerhin fertigbringen, damit Druck auf die Öffentlichkeit auszuüben.

Hoffnungsträger Dritte Welt

Innerhalb der katholischen Weltkirche sollte man zur Kenntnis nehmen, dass solche dekadenten Erscheinungen, wie sie vor allem in Deutschland auftreten, zu einer Schwächung von Glauben und Kirche führten.

Eine Stärkung erfährt die Kirche dagegen in der Dritten Welt, wo man weit davon entfernt ist, sich mit Luxusproblemen die Zeit zu vertreiben. Wo die Kirche durch harte oder zumindest spärliche Gegebenheiten gezwungen ist, sich an das Wirkliche und Mögliche zu halten, dürfte auch noch das Bibelwort in Erinnerung sein, das vor falschen Propheten warnt. In Deutschland scheint es vergessen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Ostpreußens dunkle Geheimnisse

Masuren-Krimis in der ARD – Eine Kriminaltechnikerin aus Berlin ermittelt im Land der dunklen Wälder

VON ANNE MARTIN

FOTO: ARD DEGETO/KRZYSZTOF WIKTOR

Ermittlungen vor ostpreußischem Ambiente: Viktoria (Claudia Eisinger, li.) befragt Anastazja Sawicki (Cornelia Heyse)

Als wildes Land ohne Schilder und Begrenzungen, so zeigt sich die ostpreußische Region südöstlich von Allenstein in vorerst zwei Folgen des „Masuren-Krimis“ (20. und 27. Mai um 20.15 Uhr, Das Erste). Nirgendwo schimmern die Seen geheimnisvoller, nirgends knackt es bedeutungsvoller im Unterholz. Immer wieder sucht die Kamera verschilfte Seeufer und fängt Vogelschwärme ein.

Was diese Pilot-Folgen von der Dutzendware des Krimi-Donnerstags unterscheidet, ist der betonte Gegensatz zwischen der Ungezähmtheit der Natur und einer nahezu autistischen Kriminaltechnikerin, die im ausschließlich für sie reservierten Zugwaggon aus Berlin anreist.

In der zweiten Folge „Fangschuss“ erlebt diese Dr. Viktoria Wex (Claudia Eisinger), die in einem kleinen Ort die Todesumstände ihres Onkels klären will, eine Begegnung der dritten Art: Vor ihr steht ein schnaubender Wisent, ein Urviech wie aus einer anderen Zeit. Eine Grenzerfahrung. Wo die studierte Chemikerin bisher nur Zahlen und Fakten aneinanderreihte, dem Pastor wegen der Übertragung von Keimen den Handschlag verweigerte und dem Polizei-Kollegen den Mond als bloße Ansammlung von Materie erklärte, da zeichnet diese Szene das Grundmuster des Films: Ratio trifft auf Unterbewusstes. Wer hier ermittelt, setzt seinen Fuß auf ungesicherten Boden und muss damit rechnen einzubrechen.

Einem Trauma auf der Spur

Als weiteres Stilmittel arbeitet der Regisseur Anno Saul mit Rückblenden. Da meint die so rational denkende Dr. Wex plötzlich ihren tödlich verunglückten Ehemann im See treiben zu sehen. Wie von Sinnen springt sie ins Wasser, um sich nach dem verzweifelten Ringen mit einer Wahnvorstellung tropfnass und verstört auf den nackten Boden ihrer Unterkunft zu legen. Die kleine Tochter des Orts-Polizisten, die sie vergeblich zum gemeinsamen Abendbrot bittet, erkennt die Situation mit kindlicher Intuition: „Ich bin auch mal traurig. Das geht vorbei.“ Eher wohl nicht. Diese Viktoria Wex, die wegen ihrer angeschlagenen Psyche suspendiert wurde, gehört zu jenen Fernseh-Ermittlerinnen, denen das Drehbuch jedes Lächeln und jede Gefühlsregung verbietet.

Ob eine versteinerte Desirée Nosbusch im Irland-Krimi oder eine verhärmte Anna Loos in „Helen Dorn“ – es fröstelt einen geradezu angesichts dieser Frauen, die meistens einem persönlichen Trauma auf der Spur sind. Auch hier spürt die Hauptfigur ihrer Vergangenheit nach, hilft sich mit Pillen und selbstverordneter Einsamkeit über Abgründe hinweg.

Ein Gegengewicht setzt das ostpreußische Ambiente, das eine andere Nestwärme suggeriert als die meist akkurat ausgefegten Drehorte im Westen. Hier ist nichts gestylt, bei Ankunft der Besucherin aus Berlin schwenkt die Kamera über das verwitterte Ortsschild mit der Aufschrift „Pasym“, deutsch Passenheim. Neben den Seen geraten immer mal wieder Plattenbauten ins Bild, der üppige Wildwuchs der Natur wird mit der offensichtlichen Armut des Landes kontrastiert.

Eine verbotene Spezialität

Masuren liegt jetzt im polnischen Teil Ostpreußens. Die Crew bestand deshalb überwiegend aus polnischen Schauspielern, Kameraleuten und Szenenbildnern. „Es ist, als ob man dort in eine Zeitlosigkeit eintaucht“, sagt Hauptdarstellerin Eisinger, Jahrgang 1984. Eher ist es so, dass die jüngere Generation nur noch wenig über die Geschichte des südlichen Ostpreußen weiß.

Gering ist das Wissen, dass im harten Kriegswinter 1944/45 Hunderttausende über das zugefrorene Frische Haff zu fliehen versuchten, Unzählige dabei erfroren oder ertranken. Zwölf Seemeilen vor der pommerschen Küste liegt das Wrack der „Wilhelm Gustloff“ auf dem Grund der Ostsee, einst ein Schiff der Hoffnung mit über 10.000 Flüchtlingen an Bord, versenkt von russischen Torpedos.

Ein Krimi kann nichts von dieser Vergangenheit erzählen. Hier geht es um Themen, wie sie auch am Starnberger See spielen könnten – der vermisste Onkel aus der ersten Folge war in Grundstücksspekulationen verwickelt, das Fleisch der Wisente in Folge zwei wird als verbotene Spezialität gehandelt.

Der Mythos dieser geschichtsträchtigen Landschaft und die teilweise routinierten Krimiplots stehen unverbunden nebeneinander. Aber die spröde Kriminaltechnikerin aus Berlin, die an den Orten ihrer Kindheit auch die Spur zu ihrer Seele aufnimmt, ist zweifellos eine Bereicherung des Krimi-Tableaus. Und nach dem Abschalten lohnt sich allemal der Griff ins Bücherregal. Arno Surminski und Siegfried Lenz beschwören die Erinnerung an ein Masuren, wie es früher einmal war.

WOLFGANG BORCHERT

Aus den Trümmern entstanden

Die Hamburger Kammerspiele zehren bis heute von einer bewegenden Theaterpremiere der unmittelbaren Nachkriegszeit. Bevor am 21. November 1947 das Stück „Draußen vor der Tür“ begann, verkündete die Prinzipalin Ida Ehre dem Publikum, dass der Autor Wolfgang Borchert am Abend zuvor in Basel gestorben war. Was folgte, war ein unvergessener und in feierlicher Stille aufgenommener Theaterabend über einen Kriegsheimkehrer, der sich in seiner Heimatstadt Hamburg verloren vorkommt.

Diese Theaternacht machte den Autor und sein Stück schlagartig bekannt, und zwar weit über Hamburgs Grenzen hinaus. „Draußen vor der Tür“, das ein halbes Jahr zuvor bereits vom Nordwestdeutschen Rundfunk als Hörspiel ausgestrahlt worden war, sollte das einzige Drama Borcherts bleiben. Der am 20. Mai 1921 in Hamburg geborene Autor schuf daneben noch einige Kurzgeschichten und Gedichte, in denen er als Trümmerliterat Themen wie Heimkehr, Zerstörung, Orientierungslosigkeit variierte. Borchert selbst hatte als desillusionierter und verwundeter Frontsoldat den Russlandfeldzug miterlebt und war dabei zum Pazifisten geworden. Wegen Selbstverstümmelung kam er sogar in Haft. Im Krieg an Gelbsucht erkrankt und körperlich geschwächt, starb er im Alter von nur 26 Jahren kurz vor seinem größten Bühnentriumph an einer Lebererkrankung.

Anlässlich des 100. Geburtstags ehrt Hamburg den Autor bis 12. Juni mit einem Literaturfest. In der Jubiläumswoche vom 17. bis 23. Mai gibt es Live-Streams aus den Kammerspielen. Und in der Staats- und Universitätsbibliothek hat man Borcherts Arbeitszimmer nachgebildet. *H. Tews*

● **Termine** www.hamburgliest.de

LITERARISCHE „INFLUENCERIN“

Anspruchsloses, aber geistreiches Bürgermädchen

Mit ihren Salons hat sich Rahel Varnhagen von Ense einen Namen gemacht – Vor 250 Jahren wurde die Berlinerin geboren

„Ohne allen Vergleich der entzückendste und geistreichste ... in ganz Berlin“: Dieses Lob eines Diplomaten galt dem Gesellschaftskreis eines, wie er weiter anmerkte, „anspruchslosen Bürgermädchens, ohne glänzende Verbindungen, ohne den allgültigen Freibrief der Schönheit und ohne bedeutendes Vermögen“.

Im geselligen Salon der Rahel Levin, die nach ihrer Heirat als Rahel Varnhagen von Ense in die Literaturgesichte eingehen sollte, verkehrten die Brüder Humboldt, die Dichter Friedrich Schlegel und Ludwig Tieck, später auch Adalbert von Chamisso und der Philosoph Gottlieb Fichte. Als Rahel Ende des 18. Jahrhunderts in der Jägerstraße 54 ihren ersten Salon eröffnete, gab es in Berlin noch keine Universität. Erst 1809 gründete König Friedrich Wilhelm III. die erste Universität zu Berlin, aus der später die Humboldt-Universität wurde. Davor waren gesellschaftliche Salons für die bürgerliche Kultur als ein Forum des Gedankenaustauschs von großer Bedeutung.

Rahel Varnhagen von Ense, die am 19. Mai 1771 als Tochter eines Bankiers und Juwelenhändlers in Berlin geboren wurde, wollte aber auch die Frauen aus der Enge ihrer häuslichen Umgebung in Bildungsformen führen. Sie fand es als bedrückend in einer Rolle als Frau und Jüdin, dass weder akademische Bildung noch die Teilhabe an einem aufgeklärten Disput ermöglicht wurde. Somit kann sie als eine Vordenkerin der Frauenbewegung gesehen werden.

Zwangspause wegen der Franzosen

In ihren Tagebüchern, die sie seit etwa 1812 verfasste, schrieb sie über ihr Befinden unter anderem: „Die Missgeschicke, die unmittelbar vom Himmel kommen, ertrag ich immer mit ganzer Seele, ruhig. Wo aber Unbill von Menschen ausgeführt mich befährdet, da ist meine Seele nicht zusammen, und dies kann ich gar nicht ertragen.“

Nach dem Einzug der Franzosen im Oktober 1806 in Berlin löste sich der Salon in der Jägerstraße vorerst auf. Nach einigen weniger glücklichen Verbindungen lernte Rahel den damaligen Studenten Karl August Varnhagen von Ense kennen, auf den sie einen bestimmenden Einfluss nehmen konnte. Sie bezog damals noch eine eigene Wohnung in der Charlottenstraße. Etwa sieben Jahre liegen zwischen ihrem ersten Kennenlernen und der Eheschließung am 27. September 1814.

FOTO: WIKIMEDIA

Salonnière: Rahel Varnhagen von Ense

Ehe mit Varnhagen von Ense

Der Zusammenbruch Preußens hatte nicht nur die Auflösung ihres Salons zur Folge. Auch ihr Vermögen war fast aufgebraucht, dessen Rest sie dann während der Befreiungskriege für wohltätige Zwecke außerhalb Berlins verwandte. Die Eheleute erlebten auch den Wiener Kongress, den Rahel mit den Worten charakterisierte: „eine große Gesellschaft, die vor lauter Amusement nicht scheiden kann“.

Doch als Preußen und die anderen Länder wieder frei waren, sammelten sich ab 1819 in ihrer gemeinsamen Wohnung wieder Träger bekannter Namen wie Bettina von Arnim, Felix Mendelssohn-Bartholdy, Wilhelm Hegel, Alexander von Humboldt, Fürst Pückler-Muskau und der junge Heinrich Heine zum geistreichen Gedankenaustausch.

Ihr Mann ging seinen Weg als Diplomat in preußischen Diensten, war auch Teilnehmer an den Befreiungskriegen. Er überlebte seine Frau um 25 Jahre, denn sie starb am 7. März 1833 und wurde auf dem Friedhof der Dreifaltigkeits-Gemeinde I in Kreuzberg beigesetzt. Rahels Nichte Ludmilla Assing verfügte in ihrem Testament 1876 die Schenkung des Nachlasses von Rahel und Karl August von Ense an die Königliche Bibliothek, die heutige Staatsbibliothek. Dort heißt das Arbeitszimmer der Generaldirektorin seit einigen Jahren „Rahel-Varnhagen-Zimmer“.

Heute gibt es im vereinten Berlin wieder zahlreiche Klubs und Literarische Treffs, die im Sinne der frühen „Influencerin“ Rahel einen einflussreichen Gedankenaustausch pflegen, wie das Literarische Kolloquium oder die Schwarz’sche Villa im Westen der Stadt oder der Treffpunkt am Bertolt-Brecht-Haus in der Chausseestraße. *Wolfgang Dahle*

REZENSION

Ein beziehungsreiches Lied vom Tod

Martin Mosebachs Roman „Krass“ erzählt mit ihren vielen Handlungen, Situationen und seltsamen Zuständen in Natur oder Umwelt eine großartige Heils- und Unheilsgeschichte

VON EBERHARD STRAUB

Nutze die Zeit, denn sie ist kostbar! Wer rastet, der rostet. Keine Zeit zu haben, zeichnet jene aus, die mit den flüchtigen Stunden rechnen und sie sich dienstbar machen wollen. Aber dennoch kommt auch für solch energische Temperamente der Augenblick, in dem sie vor der alten und immer beunruhigenden Frage stehen: Was ist die Zeit, und wer bin ich in der Zeit? Ralph Krass, der Protagonist in Martin Mosebachs lapidar nach ihm benannten Roman „Krass“, ist nicht von des Gedankens Blässe gezeichnet. Sein Name verweist auf Marcus Licinius Crassus, den Zeitgenossen Caesars, einen steinreichen Römer, dem alles, was er als Spekulant unternahm, zu Gewinn ausschlug, der aber zuletzt als Politiker und Mensch scheiterte.

Keine Handlung im banalen Sinne

Crassus bedeutet wohlbeleibt, ansehnlich, dick oder fett. Davon leitet sich unser Wort krass ab, das allerdings nicht körperliche Fülle meint, sondern etwas Auffallendes und Ungewöhnliches näher bestimmt. Ralph Krass, obgleich stark, umfangreich und muskulös, ist in diesem Sinne ein krasser Fall von außerordentlicher Tüchtigkeit und dem Glück, das sich dem Tüchtigen schenkt. Nicht unverdient, woran sein Vorname erinnert, die verkürzte Fassung von Radulf, also einem, der Rat sucht und gewährt.

Nomen est omen. Ralph Krass, der Handelsmann, ist keineswegs ein Abenteurer oder Glücksritter. Er begreift sich als Gründer oder Zerstörer, so wie einst Phönizier oder Griechen, handelnd, verhandelnd, siedelnd und siegend weite Räume rund ums Mittelmeer durchdrangen. Der norddeutsche Kaufmann, den ein Ergebnis interessiert, nicht jedoch der Weg, der zu ihm führt, vertraut selbstbewusst den wechselnden Augenblicken mit ihren Überraschungen.

Martin Mosebach *Foto: Udoweier*

Die Zeit versteht er nicht als eine Übermacht, vielmehr als eine Strömung, der er sich anschmiegt und die er sich auf diese Art gefügig macht. Immer in Bewegung sucht er nach einem festen Punkt, nach einem Haus und einer Stadt, nach Menschen, die Dauer im Durcheinander des Lebens versprechen. Deshalb ist Ralph Krass 1988 nach Neapel gekommen. Diese alte Stadt, eine Gründung wagemutiger Griechen vor fast dreitausend Jahren, hat etwas, was ihm völlig fehlt, sie hat Geschichte, sie ist Geschichte, die von der Vergänglichkeit redet und von dem Bemühen, sich dennoch unverzagt im nicht aufzuhaltenden Fluss der Zeiten zu behaupten. Der unübersehbare Vesuv erinnert an die Vergeblichkeit allen Stürmens und Drängens. Irgendwann werden die großartigen Ergebnisse ehrgeizigen Handelns verschüttet sein, wie in Pompeji und Herculaneum. Doch Ruinen und beschädigte Kunstwerke künden vom Unzerstörbaren in der alles zermalmenden Zeit.

Vorbild der Romanfigur Ralph Krass ist Marcus Licinius Crassus, mit dem es einst ein böses Ende nahm: Laut einem Mythos gossen die Parther geschmolzenes Gold in seinen Mund, um die Sinnlosigkeit der ihm unterstellten Gier zu demonstrieren *Foto: Tangopaso*

Ralph Krass stammte gleichsam von sich selbst ab aufgrund eigener Taten und Verdienste. Er kam aus dem namenlosen „Gewühle“ gleichgültiger Durchschnittlichkeit ohne Vorfahren und ohne die Absicht, obschon verheiratet, je selbst eine Familie zu gründen und sich in möglichen Erben zu verewigen. Insofern bedurfte er weder festen Bodens und eines stattlichen Hauses, der Symbole von Dauer, Herrschaft und Zeiten übergreifender, geschichtlicher Existenz.

Bezeichnenderweise ist die Villa, die ihm in Capri zum Kauf angeboten wird, ein Zeugnis des unsicheren, historisch verspielten Geschmacks um 1900, längst eine pompöse Ruine, unterhalb der Trümmer des Palastes von Kaiser Tiberius gelegen. Er besichtigt die verwahrloste Anlage, mit einer allerdings überwältigenden Aussicht auf das zeitlose Meer und die Überbleibsel ehedem bedeutender Orte, in geschwächtem Zustand.

Denn der Ausflug nach Capri in Gesellschaft aller möglichen Leute, die er als Klientel gerne um sich versammelte, bot ihm die Gelegenheit, im heißen September Abkühlung im Wasser zu suchen, das voller Tücken und Täuschungen dem kräftigen Mann und einsamen Schwimmer zum ersten Mal die Grenzen seines Willens und die Möglichkeit vollständigen Scheiterns erfahren lässt. Auf dem Rücken vor sich hintreibend und „toten Mann spielend“, wie die Kinder sagen, näherte er sich tatsächlich dem Tod als einem Hinübergleiten aus der Zeit und Endlichkeit in die Bewusstlosigkeit, in das unbestimmte Gewühle der Strömungen, das er so weit hinter sich gelassen hatte. Ralph Krass gab allerdings der verführerischen Erschöpfung nicht nach und rettete sich mit äußersten Anstrengungen in das schon sehr ferne Boot.

Einen Tag zuvor besuchte er mit seinen gewohnten Begleitern das archäologische Museum in Neapel, wo ihn das in Pompeji geborgene Mosaik beschäftigte, auf dem die Schlacht bei Issos zwischen Alexander dem Großen und dem persischen Großkönig Dareios als das dramatische Aufeinanderprallen zweier kolossaler Gewalten vergegenwärtigt wird. Der Meister des Geschehens ist der Tod! Ihm blickt ein gestürzter Perser ins Gesicht, der im spiegelblanken Schild sich selbst sieht und sterbend seinen Untergang beobachtet. Ähnliches widerfuhr Ralph Krass als toter Mann auf dem Meer, dem immer bewegten, in dem Welle auf Welle folgt und alles gleitet und zerrinnt im Gegensatz zur festen Erde, dem Schauplatz zupackender und ordnender Kräfte. Aber auch diese tröstliche Gewissheit ist Trug und Täuschung; denn was ist von Alexanders Siegen außer Ruinen geblieben? Die Geschichte ist das Reich der Illusionen, der Enttäuschungen, der Zusammenbrüche, des Betrugs, der Betrüger und Betrogenen.

Der Leser muss aufpassen!

Mit einem Betrug – dem Spiel eines Zauberkünstlers – beginnt der Roman. Keiner erkennt dessen Tricks im Banne virtuoser Geschicklichkeit. Keiner passt genau auf. Aber selbst, wenn alle sehr aufmerksam gewesen wären, was hätten sie mit dem Datum 24. November 2008 zwanzig Jahre vorher anfangen können, das zum Spiel des Zauberers gehörte, der vorgab, unter kleinen Voraussetzungen Wirklichkeiten zu beherrschen und zu schaffen wie im großen Rahmen der Eroberer Alexander oder der vom Geld als Weltmacht ergriffene Crassus? Am 24. November 2008 starb Ralph Krass, als Gescheiterter erkennend, dass erst der Tod Klarheit gewährt über die Zeit und das Leben in ihr.

In Neapel, einer der ältesten Metropolen Europas, beginnt der Roman. Der zweite Schauplatz ist die französische Provinz mit Dörfern und Kleinstädten, die – durch Rationalisierung und Modernisierung heruntergewirtschaftet und nahezu menschenleer – der Geschichte entrückt sind und vor sich hindämmern in einer Ruhe, die sich kaum von der des Todes und der Grabesruhe unterscheidet. Ein Mann aus dem unbedeutenden Gewühl, ein Schuster, ein kleiner Mann, der rechtschaffen in einem kleinen Geschäft wirkt und sich dort bewährt, ist der Protagonist. Auf seine Art freilich bedeutend, ein Mann mit Eigenschaften, der Zeit hat, sich Zeit nimmt und gar nicht danach strebt, in dieser Zeit besonders aufzufallen. Religion, Familie, Vaterland – wovon der eigenwillige, Welten umspannende Krass nie sprach – sind die Selbstverständlichkeiten, aus denen und mit denen der Schuster lebt. Ganz unzeitgemäß wahrt er weiterhin dem Marschall Philippe Pétain seine Treue, der nach dem Sieg der Deutschen 1940 unter schwierigsten Bedingungen weder der Religion, der Familie noch dem Vaterland gegenüber treulos geworden war. Seine Frau, neuzeitlich – neugierig, war der alten Ordnung überdrüssig geworden. Sie verließ ihn, und ihre erfolgreichen Wege kreuzten sich kurz in Neapel mit denen des ungewöhnlichen Ralph Krass und seines zeitweiligen kunsthistorischen Beraters, der freilich kein Radulf ist, dennoch nie verlegen um einen guten Rat für einen anderen.

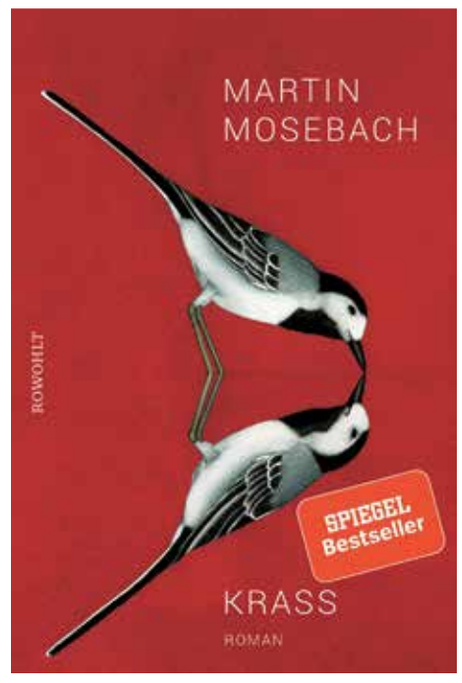
Dieser Dr. Matthias Jüngel ist im geistigen Sinne ein kleiner Mann. Er wird Professor, weil er beflissen den Wissenschaftsbetrieb füttert. Ein solches Funktionselement kann gar nicht scheitern. Der selbstgewisse Ralph Krass hingegen hat im unübersichtlichen Vorderen Orient bei Geschäften den Überblick verloren. Im Herbst 2008 hat es ihn nach Kairo verschlagen, der dritte und letzte Schauplatz. Er ist am Ende und kommt zur Ruhe. Arm geworden hadert er nicht mit der trügerischen Welt, er findet vielmehr in dieser chaotischen Stadt unzähliger, im Laufe der Geschichte verspielter Möglichkeiten ganz zu sich. Sein letzter Begleiter ist ein mit allen Wassern gewaschener ägyptischer Rechtsanwalt, unerschöpflich in Zauberkünsten und Pfiffigkeiten, gerade weil er, Allah ergeben, nie vergisst, dass es eine göttliche Weltweisheit gibt, ohne deren Licht jede menschliche Vernunft unvernünftig und deshalb ordnungswidrig wird.

Üppige und wunderbare Belohnung

Ralph Krass – fern jeder Religion aufgewachsen und erstaunliche Kraft nur aus dem Glauben an sich gewinnend – stellt sterbend fest, dass sein ganzes Leben von Anfang an ein umständlicher Umweg war. Im April 1945 hatte er das Alter erreicht, um als Hitlerjunge vereidigt und auf große Ziele verpflichtet zu werden. Zu der von ihm aufgeregt erwarteten Zeremonie kam es nicht mehr. Im allgemeinen Zusammenbruch waren die Funktionäre getürmt. Ralph Krass war plötzlich führerlos. Treue erwies sich als Schall und Rauch. Keiner war zuverlässig, es lohnte sich nicht, anderen zu trauen. Es blieb nur die Treue zu sich selbst übrig. Das ahnte er damals in kindlicher Einsamkeit.

Jetzt, vor dem Tod, wieder aller Illusionen ledig, erschien ihm sein Leben mit all seinen Hoffnungen und Zielen als ein langer Umweg. Der Anwalt Mohammed lehrte ihn Geduld und Ergebenheit in einen höheren Willen. In der Totenstadt, dem großen Friedhof Kairos, verschwand Ralph Krass wieder im anonymen Gewühl, ohne es bedauert zu haben.

Martin Mosebachs beziehungsreicher Roman als Lied vom Tod hat keine Handlung im banalen Sinne. Es gibt viele Handlungen, Situationen und seltsame Zustände in Natur oder Umwelt, die sich zu einer Geschichte verdichten, die als Heils- und Unheilsgeschichte gar nicht leicht zu entwirren ist. Der Leser muss aufpassen! Dafür wird er aber üppig und wunderbar belohnt.



● **Martin Mosebach: „Krass“ Roman,** Rowohlt Verlag 2021, gebunden, 525 Seiten, 25 Euro

MALMEDY-PROZESS

Fragwürdige Justiz der Sieger

Das vor 75 Jahren wegen der Exekution US-amerikanischer Kriegsgefangener begonnene Verfahren vor einem US-Militärgericht gegen Angehörige der Kampfgruppe Peiper wurde unsauber geführt

VON ERIK LOMMATZSCH

Von den Verfahren, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von den alliierten Siegern gegen Deutsche unter dem Vorwurf von Kriegsverbrechen in Gang gesetzt wurden, dürfte im Nachgang keines so umstritten gewesen sein wie der sogenannte Malmedy-Prozess. Er zählt zu den sogenannten Dachauer Prozessen, die von der Militärgerichtsbarkeit der US-Armee im Internierungslager Dachau durchgeführt wurden. Die Verhandlungen begannen vor 75 Jahren, am 16. Mai 1946, und dauerten zwei Monate. Nicht nur die deutsche, auch die amerikanische Öffentlichkeit diskutierte die Vorwürfe, im Vorfeld sei es zu Geständnissen der Angeklagten gekommen, die mit unlauteren Mitteln erzwungen worden seien, bis hin zu physischer Misshandlung und Folter.

Simpson-Kommission

Benannt ist der Prozess nach dem sogenannten Malmedy-Massaker, das sich am 17. Dezember 1944 in der Nähe der belgischen Stadt Malmedy ereignet hat. Im Zuge der am Vortag von deutscher Seite gestarteten Ardennenoffensive, einem der letzten großen Versuche, den Vormarsch der Alliierten im Westen zu stoppen, hatte ein SS-Verband unter dem Kommando von SS-Standartenführer Joachim Peiper, welcher der 6. Panzerarmee der Wehrmacht zugeteilt war, einen Konvoi der Amerikaner überwältigt und eine Reihe von Kriegsgefangenen gemacht. Die Kampfgruppe Peiper hatte etwa 80 der festgesetzten Amerikaner völkerrechtswidrig exekutiert, hier wohl einer Maßgabe Adolf Hitlers folgend. Dies war einer der wenigen Fälle, in denen eine große Anzahl von US-Soldaten einem Kriegsverbrechen zum Opfer fiel. Entsprechend groß war das amerikanische Interesse an einer Aufklärung und vor allem Bestrafung.

Nach Kriegsende wurde eine erhebliche Anzahl Verdächtiger der SS-Kampfgruppe zusammengesucht und im Dezember 1945 in einem Gefängnis in Schwäbisch Hall in Einzelhaft genommen. Die vorherige gemeinsame Unterbringung in einem Lager bei Ludwigsburg hatte sich für die Ermittlungen ob der möglichen Absprachen und der nach wie vor weitgehend intakten Befehlsstruktur unter den Gefangenen als unpraktikabel erwiesen.

Anklage erhoben wurde am 11. April 1946. Die Beschuldigungen bezogen sich nicht nur auf die bei Malmedy Erschossenen, sondern auch auf weitere auf belgischem Gebiet in der Zeit vom 16. Dezember 1944 bis zum 13. Januar 1945 getötete Soldaten und Zivilisten, insgesamt einige hundert Personen. Als Belastungsmaterial dienten fast ausschließlich Aussagen der Angeklagten aus vorangegangenen Vernehmungen. Alle 73 vor Gericht stehenden Verdächtigen wurden schuldig gesprochen, 43 davon zum Tode verurteilt, darunter auch Peiper selbst. Von den 30 Haftstrafen wurden 22 lebenslänglich verhängt.

Einige hatten schon vor Gericht ihre Geständnisse widerrufen und geltend gemacht, diese seien ihnen abgepresst worden. Auch die Verteidigung hatte entsprechende Einwände erhoben. Die Vollstreckung wurde aufgeschoben. Zunächst wurden die Vorwürfe zurückgewiesen. Dass Beschuldigte sich über die Gefangenschaft beschwerten, war nicht neu. Neu waren dann allerdings Umfang und Intensität der Beschwerden. Anfang 1948 legten fast alle Verurteilten eidesstattliche Erklärungen über die Behandlung während der Haft in Schwäbisch Hall durch die Vertreter der US-Militärjustiz vor. Die Rede war unter anderem von Hunger, Scheinhinrichtungen, der Vorlage gefälschter Aussagen, Schlägen, der Ablehnung der Bitte um einen Pfarrer sowie der Drohung, die „Eltern zu enteignen und den Russen zur Deportation für Sibirien vorzuschlagen“.

Seitens der Amerikaner wurde eine Reihe von Überprüfungen vorgenommen. Die geäußerten Vorwürfe widersprachen einerseits ihrem Selbstverständnis. Andererseits galt es, der Resonanz zu begegnen, die das Ganze in der deutschen Öffentlichkeit fand, erfreute sich doch die Tatsache, dass die Kriegssieger über die Deutschen richteten, keineswegs allgemeiner Zustimmung. Und hier schien es sich um handfeste Verfehlungen der Besatzer zu handeln, womit auch die Dachauer Prozesse in ihrer Gesamtheit in Frage gestellt wurden. Man forderte eine erneute Verhandlung der Malmedy-Angelegenheit.

> Eine endgültige, alle Seiten befriedigende Aufklärung der Vorwürfe gegen die US-Militärjustiz ist nie erfolgt

Ausschuss des US-Senats

Auch promiente Kirchenvertreter engagierten sich, so etwa der evangelische Pfarrer Martin Niemöller, der in der NS-Zeit im KZ gesessen hatte. Der Kölner Kardinal Josef Frings wandte sich mehrfach an den Militärgouverneur der US-amerikanischen Zone, Lucius D. Clay. In seiner Funktion als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz schrieb Frings im August 1948, man solle die „wirklich Schuldigen“ bestrafen. Dass „in den Vereinigten Staaten selbst die Kritik an den Rechtsgrundlagen und den Methoden dieser Prozesse immer lauter wird“, zeige den Bischöfen, dass „der Wille zur Gerechtigkeit im amerikanischen Volke“ lebendig sei.

Clay hatte bereits zuvor die Zahl der Todesstrafen reduziert und einige der Urteile ganz aufgehoben. Zeugenbefragungen und Untersuchungen folgten. Willis M. Everett, der Leiter der Verteidigung, intervenierte zugunsten seiner Mandanten beim Obersten Gerichtshof der USA, es habe sich nicht um einen fairen Prozess gehandelt. Die Klage wurde dort zwar abgewiesen, doch wurde eine Kommission unter dem texanischen Richter Gordon Simpson eingerichtet, die auch die weiteren Dachauer Prozesse überprüfte. Bezüglich des Malmedy-Prozesses wurde eine Umwandlung der verbliebenen Todesurteile in Haftstrafen empfohlen. Das Vorgehen der Kampfgruppe Peiper während des Krieges sei unter großem Druck auf die Einheit erfolgt, Aussagen im Vorfeld des Prozesses seien mit nicht akzeptablen Methoden erreicht worden.

Schließlich befasste sich 1949 über mehrere Monate auch ein Ausschuss des US-Senats mit der Angelegenheit. Vielen Anschuldigungen, insbesondere bezüglich körperlicher Gewalt, wurde Gegenstandslosigkeit bescheinigt, aber andere, wie beispielsweise Scheinverhandlungen, musste man bestätigen.

Schließlich wurde keiner der im Malmedy-Prozess Verurteilten hingerichtet. Die letzte Haftentlassung erfolgte im Januar 1957. Eine endgültige, alle Seiten befriedigende Aufklärung der Vorwürfe gegen die US-Militärjustiz ist nie erfolgt.

Am 11. Juli 1946 während des Schlussplädoyers der Verteidigung: Die Angeklagten, darunter Joachim Peiper (mit verschränkten Armen) *Foto: pa*

SEBASTIAN KNEIPP

Auf fünf Säulen gründet seine Lehre

Schon zu seinen Lebzeiten war der Pfarrer und Naturheilkundler Sebastian Kneipp weltberühmt für seine Wasseranwendungen, bekannt unter dem Namen Kneipp-Kur. Darüber hinaus entwickelte Kneipp ein ganzheitliches Behandlungskonzept mit fünf Säulen: milde Kaltwasserbehandlungen mit Kneipp-Güssen, Pflanzen als Heilmittel, Gesundheit durch Bewegung, gesunde Ernährung, Gesundheit durch Ausgeglichenheit.

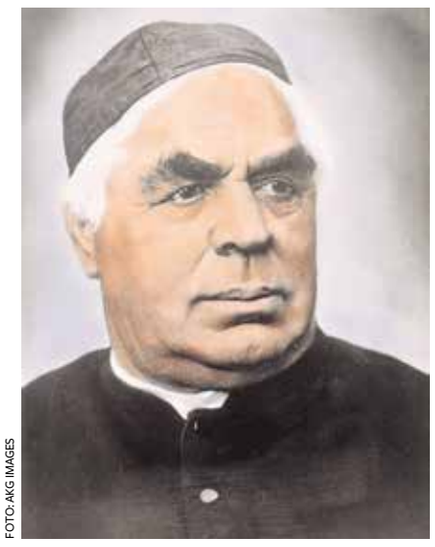


FOTO: AKG IMAGES

Vor 200 Jahren geboren: Kneipp

In die Wiege gelegt war dem am 17. Mai 1821 im bayerischen Stephansried geborenen Sohn eines Hauswebers der Beruf des Webers, den er bis zu seinem 21. Lebensjahr ausübte. Ein Ortspfarrer sowie der Pfarrer und Botaniker Christoph Ludwig Koeberlin unterstützten ihn bei der Verwirklichung seines Wunsches, Pfarrer zu werden.

Während seines Gymnasialbesuchs in Dillingen an Tuberkulose erkrankt, entdeckte Kneipp 1848 zufällig ein Buch des Arztes Johann Siegmund Hahn über die Heilkraft von kaltem Wasser. Während eines Selbstversuchs mit kurzen Bädern in der Donau und anschließender körperlicher Aktivität besserte sich sein Zustand stetig.

Nach dem Studium der katholischen Theologie in München wurde er 1855 Kaplan am Dominikanerinnenkloster in Wörishofen. Dort heilte er mit Wasser und Kräuteranwendungen erfolgreich Menschen und das Vieh der Bauern. 1881 wurde Kneipp Ortspfarrer in Wörishofen. Seine Therapieformen entwickelte er systematisch weiter durch Selbststudium und genaue Beobachtung seiner Patienten. Hunderte, später Tausende Kranke und Erholungsuchende reisten jährlich zum „Wasserdoktor“ von Wörishofen, um sich nach seinen Anweisungen behandeln zu lassen. In dem kleinen Dorf wurden immer mehr Badehäuser errichtet.

Sein 1886 erschienenes erstes Buch „Meine Wasserkur“ wurde in mehrere Sprachen übersetzt. Daraufhin strömten auch Patienten aus dem Ausland nach Wörishofen. Zunehmend widmete sich Kneipp der Vortragstätigkeit zur Gesundheitserziehung, die ihn durch Deutschland und viele Länder Europas führte.

Ab 1890 entstanden die ersten Kneipp-Vereine mit dem Dachverband Kneipp-Bund, der bis heute fortbesteht. In Wörishofen wurde 1894, drei Jahre vor Kneipps Tod, der Internationale Verein Kneipp’scher Ärzte gegründet, die heutige Ärztegesellschaft für Präventionsmedizin und klassische Naturheilverfahren Kneippärztebund e.V. mit Sitz in Bad Wörishofen.

D. Jestrzemski

(*siehe Seite 21*)

Emotionales Wunderwerk der Natur? Förster und Bestseller-Autor Peter Wohlleben *Foto: ddp images*

ÖKOLOGIE

Forstwirte streiten um die Seele des Waldes

Ist das rationale Wissenschaft oder verschrobene Mystik? Mit seinen Büchern über das „geheime Leben der Bäume“ feierte Peter Wohlleben große Erfolge. Doch in jüngster Zeit regt sich Widerspruch

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Durch sein 2015 veröffentlichtes Buch „Das geheime Leben der Bäume. Was sie fühlen, wie sie kommunizieren. Die Entdeckung einer verborgenen Welt“ wurde der Diplomforstwirt Peter Wohlleben eine international bekannte Persönlichkeit. Mit einfühlsamen Geschichten und Erläuterungen in Kategorien des menschlichen Denkens und Fühlens beschrieb der damals noch beruflich aktive Autor seinen staunenden Lesern den Wald als einzigartiges Wunderwerk der Natur. Das Buch sprang auf Platz 1 der „Spiegel“-Bestsellerliste und hielt sich dort 125 Wochen. 2018 war eine Millionenauflage erreicht. Auch die von Wohlleben seither veröffentlichten Bücher landeten in den Top-10-Listen. „Das geheime Leben der Bäume“ wurde in mehr als 20 Sprachen übersetzt und inhaltlich in einem Kinofilm gleichen Titels in Szene gesetzt, der Ende Januar 2020 anlief.

Wohlleben bezieht sich auf aktuelle wissenschaftliche Studien und eigene Erfahrungen, wenn er vom Leben der Bäume als einem fein abgestimmten Gesellschaftssystem erzählt, das sein Überleben im Wald gemeinschaftlich absichert. Das erinnert in vielen Einzelheiten tatsächlich an menschliche Fürsorge und Gemeinsinn. Ständig tauschen Bäume Informationen über die Baumkronen und Wurzeln aus, beispielsweise, ob genügend Wasser und Nährstoffe vorhanden sind. Sie pflegen Freundschaften, „kuscheln“, stillen ihre „Baumbabys“ und „erziehen“ die größeren Baumkinder. Kranke Bäume werden von ihren Nachbarn unterstützt, und Bäume können aus Erfahrungen lernen wie Menschen und Tiere.

Dichtes Netz zur Kommunikation

Noch bevor „Waldbaden“ als gesundheitsfördernd propagiert wurde, erfuhren wir, warum Waldspaziergänge einen so wohltuenden Einfluss auf Körper und Seele haben. Unter anderem sei dies auf Duftstoffe (Terpene) zurückzuführen, mit denen die Pflanzen des Waldes einander Botschaften zusenden. Unterirdisch bilden Bäume ein dichtes Wurzelgeflecht aus. Dabei übernehmen Pilze mit ihrem Netz aus feinen Fäden, dem Myzel, Kommunikations- und Schutzfunktionen für die Baumgesellschaften. Für dieses System fanden internationale Wissenschaftler den Begriff „Wood Wide Web“. Mit seinen typischen, unterhaltsamen Schilderungen anhand von Fakten und Anekdoten hat Wohlleben seinem Lesepublikum inzwischen auch den neuesten Stand der Forschung zur Gefühlswelt der Tiere nahegebracht („Das Seelenleben der Tiere“, 2016).

In seinen Vorträgen und Talkshow-Auftritten erläutert Wohlleben das Konzept einer ökonomisch vertretbaren, nachhaltigen Waldbewirtschaftung ohne Kahlschläge und Monokulturen. Er kritisiert die überwiegend praktizierte, rein auf Gewinnmaximierung fokussierte Waldbewirtschaftung mit massiven Holzeinschlägen, die selbst in alten Laubwäldern nach wie vor nicht verboten sind. Die Ökosystemleistungen eines gesunden Mischwaldes würden zu wenig berücksichtigt. Seit jeher sei bekannt, dass schnell wachsende Kiefern- und Fichtenplantagen nach einigen Dürrejahren dem Untergang geweiht seien. Ohne menschlichen Einfluss wäre Deutschland zu mehr als 90 Prozent von Wald bedeckt, der größte Teil davon wären Buchen- oder Buche/Eichen-Mischwälder. Diese Wälder seien durch eine langwährende Resilienz gekennzeichnet.

Harsche Kritik am Holzboom

Bereits in seinem zweiten Buch „Holzrausch“ (2008) hatte Wohlleben den als umweltfreundlich etikettierten Holzboom mit Holzkraftwerken, Pelletheizungen und Hauskaminen angeprangert. Immer wieder erinnert er an den Nutzen intakter Wälder als Schutzschild für das Weltklima, und niemand würde ihm an diesem Punkt widersprechen. Ironischerweise aber werden die Wälder infolge unserer technokratisch geprägten Klimaschutzpolitik mit dem Fokus auf den angeblich „klimafreundlichen“ Brennstoff Holz weltweit immer stärker geplündert.

Harsche Kritik erreichte den Bestsellerautor wegen seiner „Emotionalisierung“ des Themas Wald vor allem von Seiten einiger Berufskollegen aus der Forstwissenschaft. Mit seinen rein persönlichen Einschätzungen habe er Halbwahrheiten vermittelt, warf man ihm vor. Der Biologe Torben Halbe sah sich gar zu einer Gegendarstellung veranlasst. In seinem Buch „Das wahre Leben der Bäume“ führt er wissenschaftliche Studien an, die seiner Auffassung nach belegen, dass alle Lebewesen und sogar Bakterien sehr komplex, aber großenteils unbewusst auf ihre Umwelt reagieren. Auch wir Menschen würden durch ein Zusammenspiel verschiedener chemischer Botenstoffe beeinflusst, ohne dies bewusst wahrzunehmen oder zu kontrollieren.

„Intelligente Organismen“?

Wohlleben lässt sich dadurch nicht beirren. Als Förster der Eifelgemeinde Hümmel hatte er Anfang der 1990er Jahre die Gelegenheit zu beobachten, was passiert, wenn ein Gemeindeforst sich zu einem Urwald entwickelt. Dies wurde ermöglicht, da die Landesforstverwaltung Rheinland-Pfalz eine ökologische Waldentwicklung befürwortete. 2016 gab er aus gesundheitlichen Gründen seine Tätigkeit als Förster auf und gründete die Waldakademie Hümmel für Fortbildung, Beratung, Führungen und Waldschutzprojekte.

Grundsätzlich ist der Ansatz von Wohlleben, das „geheime Leben“ der Bäume als eine Art von Intelligenz zu interpretieren, nicht neu. Als Erster behauptete der indische Physiker Jagadish Chandra Bose (1858–1937), der mit elektromagnetischen Wellen experimentierte, dass Pflanzen ihre Umgebung aktiv erkundeten, lernfähig seien und zielorientiert handeln könnten. Anfang des 21. Jahrhunderts führten einige Wissenschaftler den Begriff „Pflanzenneurobiologie“ („plant neurobiology“) in den wissenschaftlichen Diskurs ein.

Dabei handelt es sich um ein neues, interdisziplinäres Forschungsgebiet, das Signalverarbeitung und Kommunikation von Pflanzen untersucht. Diese erfolgen sowohl auf elektrischer als auch auf molekularer Ebene. Das Forschungsprogramm geht auf den schottischen Molekularbiologen Anthony Trewevas (geb. 1939) zurück. „Wenn man sieht, dass Pflanzen sich so verhalten, wie man es von Tieren erwarten würde, kann man keinen Zweifel mehr daran haben, dass sie intelligente Organismen sind“, sagt Trewevas, Mitglied der Royal Society und der Academia Europaea.

„DIE BASIS“

Neue Bewegung im Schatten der Pandemie

In Baden-Württemberg schon ein Prozent: „Babylon Berlin“-Star Volker Bruch verschafft einer Corona-Protest-Partei Aufmerksamkeit

Dass die deutsche Parteienlandschaft abermals in Bewegung geraten ist, ist mit dem Einzug der Freien Wähler in den Landtag von Rheinland-Pfalz deutlich geworden. Dass es weitere, kleinere Parteien gibt, die Achtungserfolge erzielten, ist aber mehr oder weniger untergegangen. In Baden-Württemberg kam die „Basisdemokratische Partei Deutschlands“ (kurz „Die Basis“) immerhin auf ein Prozent der Stimmen und verfehlte die Teilnahme an der staatlichen Parteienfinanzierung nur knapp.

Letzteres lag zum einen daran, dass die Partei nicht in allen Landkreisen antreten konnte, zum anderen, dass mit der Gruppierung „WIR2020“ eine weitere Liste aus dem „corona-kritischen“ Umfeld, auf 0,8 Prozent kam. Mittlerweile 11.000 Mitstreiter hat „Die Basis“ nach eigenen Angaben in allen 16 Bundesländern, und seit der vergangenen Woche ist sie um einen prominenten Unterstützer reicher: Schauspieler Volker Bruch will in die Corona-Protest-Partei eintreten.

Distanz zu „Querdenken“

Der „Babylon Berlin“-Star gilt als einer der Initiatoren der Kampagne „#allesdichtmachen“, mit der sich rund 50 Schauspieler gegen staatliche Maßnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus stellen. Seitdem wird der Schauspieler als „Querdenker“ eingestuft. Eine Bezeichnung, die die Partei weit von sich weist.

„Wir haben keine Gemeinsamkeiten mit der Querdenker-Bewegung. Wir sind keine Querdenker-Partei. Wir sind eine Partei, in der sich Menschen organisieren, die auch auf Querdenker-Demonstrationen unterwegs, dort unter Umständen auch aufgetreten sind. Aber es gibt keine organisatorische Zusammenarbeit zwischen uns und den Querdenkern. Wir sind auch keine Verfassungsfeinde, sondern treten im Gegenteil für das Grundgesetz und die Wahrung der Grundrechte ein, gerade in der Corona-Pandemie“, erklärte ein Parteisprecher auf Nachfrage.

Auch Wodarg und Bhakdi sind dabei

Doch personelle Überschneidungen zu den Anti-Corona-Protesten gibt es durchaus. Markus Haintz, Aktivist der mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachteten „Querdenken“-Gruppe Ulm, ist Parteimitglied. Für den Bundestag kandidieren unter anderem der Arzt Wolfgang Wodarg und der Epidemiologe Sucharit Bhakdi, die das Coronavirus nicht als Pandemie, sondern eher als saisonale Grippe ansehen, sowie der Anwalt Reiner Fuellmich, der eine Sammelklage gegen den Virologen Christian Drosten angekündigt hat.

Dass der Beitritt des prominenten Schauspielers Bruch für Wirbel sorgt, zeigen die aufgeregten Reaktionen vor allem auf Twitter, wo gefordert wird, die ARD möge die Zusammenarbeit mit Bruch beenden. Doch diese sieht derzeit keinen Handlungsbedarf: „Wir kommentieren politische Aktivitäten und Haltungen nicht, solange sie nicht gegen geltende Gesetzgebung verstoßen. Die Dreharbeiten der 4. Staffel von ‚Babylon Berlin‘ laufen seit Beginn wie geplant und sind hiervon nicht betroffen“, teilt der Sender mit.

Peter Entinger

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 19 · 14. Mai 2021

MAIFEIERTAGE IN KÖNIGSBERG

Besucheransturm trotz Corona

Verlängerte Freizeit, gestrichene Türkei-Flüge – Russen zog es in die Ostseeregion

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Frühlingserwachen in der Pregelmetropole: Touristen pilgern massenweise zum Dom *Foto: J.T.*.

In diesem Jahr hat sich die russische Regierung dazu entschieden, die Maifeiertage unerwartet vom 1. bis 10. Mai zu verlängern. Ziel war es, die Russen von der Arbeit fernzuhalten und so die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen.

Von unnötigen Reisen wurde abgeraten. Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin riet den Hauptstädtern, auf Reisen zu verzichten und die Zeit zu Hause oder auf der Datscha zu verbringen. Allerdings folgten nicht alle seinem Rat, sondern viele eilten ins nördliche Ostpreußen an die Ostsee. Hinzu kam, dass die Flüge zu den türkischen Urlaubsorten kurzfristig gestrichen worden waren. Zwar war man im Königsberger Gebiet auf einen Zustrom von Touristen Anfang Mai vorbereitet. Mitte April waren bereits 95 Prozent der Unterkünfte in Hotels und Pensionen in der Region ausgebucht, aber nachdem sich die Verlängerung der freien Tage herumgesprochen hatte, gab es sogar noch einen Ansturm auf die wenigen freien Unterkünfte.

Einerseits ist die Regionalregierung begeistert vom Erfolg im Tourismussektor, andererseits verschlechtert sich durch den Zustrom an Menschen die epidemiologische Situation wieder. Dies kann zu verwirrenden Situationen führen wie bei der Entscheidung über die lange geplante Veranstaltung „Woche des Essens und der Musik“ auf dem Kneiphof. Diese Veranstaltung zählte zu den am meisten erwarteten Ereignissen in Königsberg während der Maiferien.

Zwei Tage vor dem geplanten Start, als alle Stände und Dekorationen bereits aufgebaut waren, verkündete die Domverwaltung jedoch, dass sie die Veranstaltung absagen werde. Die Domverwaltung begründete ihre Entscheidung folgendermaßen: „Wir sind gezwungen, mitzuteilen, dass im Zusammenhang mit den von der Regionalregierung für die Bekämpfung der Coronavirusinfektion im Königsberger Gebiet erlassenen Beschränkungen ... die ‚Woche des Essens und der Musik‘ nicht abzuhalten.“ Die Regionalregierung sagte jedoch, dass sie keine Entscheidungen bezüglich der Veranstaltung getroffen habe. Da die Domverwaltung dies beschlossen habe, würden die Organisationsgebühren der teilnehmenden Unternehmer zurückerstattet.

Offenbar aus Rücksicht auf die Unternehmer, die viel Zeit und Geld für ihre Vorbereitungen aufgewendet hatten, gab die Domverwaltung nur einen Tag später eine neue Entscheidung bekannt – das Fest finde doch statt, allerdings ohne Musik und Straßenanimation. Die in den Räumlichkeiten des Doms geplanten Konzerte würden stattfinden.

Die Organisatoren des Festes riefen dazu auf, Abstand zu halten und Masken zu tragen. Beide Anforderungen haben im Königsberger Gebiet jedoch seit Langem nur beratenden Charakter, und tatsächlich hält sich fast niemand daran.

Zahl der Infizierten steigt wieder

Seit dem 15. April steigt die Zahl der Infizierten in der Stadt und der Region wieder. Außerdem wurden immer mehr importierte Fälle unter ihnen registriert. Am Vortag bezeichnete Jelena Babura, Leiterin der Abteilung Rospotrebnadzor (Aufsichtsbehörde für Verbraucher- und Gesundheitsschutz) im Königsberger Gebiet, die Situation der Ausbreitung des Coronavirus in der Region als „angespannt“. Gleichzeitig erneuerte die Regionalregierung die Anordnung der selbstauferlegten Isolation für ältere Menschen bis zum 31. Mai wieder und empfahl den Einwohnern des Königsberger Gebiets, an den Maifeiertagen bis zum 10. Mai auf den Besuch von Friedhöfen zu verzichten. Dazu muss man wissen, dass es im orthodoxen Glauben Brauch ist, am Ostersonntag mit Osterbroten, -eiern und Wodka zu den Gräbern der verstorbenen Angehörigen zu pilgern, um am Grab das Fest der Auferstehung zu feiern.

So ergab sich eine interessante Situation: Rentner sollten die Maifeiertage zu Hause verbringen, die Bürger des Gebiets sollten auf den Friedhofsbesuch verzichten, während die Touristen ohne Einschränkungen überall hingehen und zur Verbreitung des Coronavirus beitragen konnten. Die stellvertretende Ministerpräsidentin der russischen Regierung, Tatjana Golikowa, machte auf diese Situation aufmerksam und erklärte, dass sich das Coronavirus besonders schnell an Orten ausbreite, an denen eine hohe Anzahl von Touristen ankomme – das seien Kurorte am Schwarzen Meer und das Königsberger Gebiet.

MELDUNGEN

Schneller nach Guttstadt

Allenstein – Die Eisenbahnverbindung von Allenstein nach Guttstadt soll schneller und sicherer werden. Einen entsprechenden Vertrag über die Modernisierung der Linie mit einem Volumen von umgerechnet 36 Millionen Euro für den Abschnitt von Göttkendorf nach Guttstadt unterzeichneten ein Vertreter der Polnischen Staatsbahnen (PKP) und ein Konsortium von drei Firmen unter Leitung des Unternehmens PUH Rajbud. Die Arbeiten sollen in zwei Jahren fertiggestellt sein. Einbezogen werden die Bahnhöfe Allenstein-Göttkendorf, Guttstadt und die Haltestellen in Buchwalde, Münsterberg und Schwuben. Auf 24 Kilometern werden neue Geleise gelegt, neun Eisenbahn-Überwege gebaut sowie 50 Brücken erneuert. Die Modernisierung der Trasse Göttkendorf–Guttstadt ist Teil eines größeren Projektes, nämlich des Umbaus der Eisenbahnlinie von Allenstein nach Braunsberg. Nach der Modernisierung werden die Züge auf dieser Trasse mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometer pro Stunde fahren können. Die Fahrzeit von Allenstein nach Guttstadt verkürzt sich um eine halbe Stunde. *PAZ*

Erholung im alten Gestüt

Braunsberg – Das frühere Landgestüt in Braunsberg soll eine Zone des Ausruhens und der Erholung für die Einwohner werden. Das Gelände der früheren Gestütanlagen wird als ein „Ort der Landschaft innerhalb der Stadt“ bezeichnet. Der gesamte Komplex bekommt so die Chance auf eine Wiederbelebung. Die Arbeiten sollen in diesem Monat beginnen. Die Kosten betragen umgerechnet mehr als 945.000 Euro, von denen 593.000 Euro von der Europäischen Union finanziert werden. Die Arbeiten sollen bis Ende des Jahres beendet sein. *PAZ*

BUCH-TAUSCHAKTION

Ein Buch lesen in freier Natur am Okull- oder am Langsee

Während der Pandemie haben viele ihre Liebe zur Literatur entdeckt – Allensteiner Bibliothek beteiligt sich an „Bookcrossing-Aktion“

Auf Initiative der städtischen öffentlichen Bibliothek wurden in Allenstein zwei Punkte eröffnet, an denen Leser Bücher tauschen können. Es handelt sich um kleine Holzhütten mit Bücherregalen und verglasten Türen. Die Einwohner von Allenstein haben somit Gelegenheit, sich an der sogenannten Bookcrossing-Aktion zu beteiligen.

Die Einrichtungen zum Büchertausch wurden am Sport- und Erholungszentrum am Okullsee und am Wanderweg am Langsee aufgestellt. Ansporn für die Allensteiner Bibliothekare waren erfolgreiche Bookcrossing-Häuser in Lyck, die von der Stiftung „Die Verantwortlichen für Träume“ betrieben werden.

Weil es in Lyck gelungen ist, auf diese Weise das Interesse für das Lesen zu steigern, griff man in Allenstein diese Idee auf. „Ich bin froh, dass wir dadurch das Lesen in unserer Stadt noch populärer machen können“, freute sich Krzysztof Dąbkowski, der Direktor der städtischen öffentlichen Bibliothek, und fügte hinzu: „Dies ist aber auch eine Außenwerbung für unsere Stadt. Denn hierher, ins Erholungs- und Sportzentrum am Okullsee, kommen Touristen aus den entferntesten Ecken. Ich habe keinen Zweifel daran, dass in der Hütte auch Bücher über Allenstein und die Region zu finden sein werden.“

Die Idee der Bücherhütte ist ganz einfach: ein Buch ausleihen, vor Ort lesen oder mit nach Hause nehmen und dann zurückgeben. Bookcrossing an öffentlichen Orten ist für die Städter eigentlich nichts Neues. Schon früher konnte man in Bibliotheken auf Regale mit Buchbeständen stoßen, die Besucher für andere Bücherfreunde hinterlassen hatten. Die Form einer Bücherhütte ist eine Aufforderung, einfach einmal in einer angenehmen Umgebung im Freien zu lesen.

Zum Zugreifen: Bücherhaus am Langsee

„Jedes Jahr versuchen wir, etwas Neues für die Besucher des Sport- und Erholungszentrums am Okullsee vorzubereiten“, sagte Jerzy Litwiński, der Direktor der Einrichtung am Stadtstrand. „In dieser Saison ist es gerade das Bücherhäuschen. Ich selbst bin ein Literaturliebhaber, umso mehr freue ich mich, dass diese Initiative ihren Platz in unserem Zentrum gefunden hat.“

Pandemie fördert das Lesen

Die Kosten für ein Häuschen betragen umgerechnet etwa 1000 Euro. Die Investition wurde aus dem Haushalt der städtischen öffentlichen Bibliothek finanziert sowie aus Mitteln des Freundeskreises der Bibliothek. Abgesehen von der Idee des Büchertauschs ist es erfreulich, dass die Menschen während der Pandemie offenbar eifriger als sonst Bücher lesen. Das ist das Ergebnis des neuesten Berichts über den Zustand der Leserschaft, der von der Nationalbibliothek veröffentlicht wurde. Diese wuchs landesweit um drei Prozent im vergangenen Jahr und um fünf Prozent in zwei Jahren. 42 Prozent der von der Nationalbibliothek befragten Personen antworteten mit „Ja“ auf die Frage, ob sie im vergangenen Jahr mindestens ein Buch gelesen hätten. Dies ist das beste Ergebnis seit sechs Jahren.

Am häufigsten lesen Befragten Sensations- und Kriminalliteratur (24 Prozent), Belletristik (20 Prozent) sowie Biographien, Memoiren und historische Bücher über das 20. Jahrhundert (19 Prozent). Erzwungene Isolation, soziale Distanz, Angst vor Ansteckung, geschlossene Kinos und Theater, ferngesteuerte Arbeit vor dem Computerbildschirm sowie Langeweile sind nur einige der Gründe, die ein gesteigertes Interesse an Büchern hervorrufen. *Dawid Kazański*

Wir gratulieren …

ZUM 103. GEBURTSTAG

Brinkmann, Gisela, aus Hohenkrug bei Stettin, Pommern, am 10. Mai

ZUM 102. GEBURTSTAG

Paulsen, Anni, geb. **Bitschkat**, aus Giesen/Kiöwen, Kreis Treuburg, am 20. Mai

ZUM 101. GEBURTSTAG

Voss, Gertrud, aus Denkheim, Kreis Angerburg, am 17. Mai

ZUM 100. GEBURTSTAG

Ziemba, Elisabeth, geb. **Müller**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Bernitzki, Margarete, geb. **Jurzeniuk,** aus Masuren, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Broschell, Gisela, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 14. Mai
Sareik, Hilde, geb. **Niedzkowski,** aus Rogallen, Kreis Lyck, am 18. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Birkholz, Erika, geb. **Schäfer**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Joneleit, Irmgard, geb. **Emmenthal,** aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Schmidt, Elsbeth, geb. **Lange,** aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Wiechert, Hilda, geb. **Venohr,** aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 17. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Achenbach, Werner, aus Ebenrode, am 18. Mai
Behnert, Magot, geb. **Scheffler**, aus Neidenburg, am 15. Mai
Czieslik, Heinrich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 20. Mai
Drewe, Gerda, geb. **Niederstrasser,** aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Sczesny, Gustav, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 16. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Goretzki, Rosemarie, geb. **Strahlendorf,** aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Mai
Kovscek, Jutta, geb. **Janz,** aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Rauch, Susanne, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 19. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Borgmeier, Gertrud, geb. **Wisotzki,** aus Rhein, Kreis Lötzen, am 14. Mai
Bruns, Erna, geb. **Wieberneit,** aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Mai
Unvericht, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Mai
Wirth, Walter, aus Simnau, Kreis Mohrungen, am 17. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Budesheim, Eva, geb. **Naschokin,** aus Wilpen, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Katzsch, Ilse, geb. **Hantel,** aus Glandau, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Mai
Klein, Charles, aus Lyck, am 20. Mai
Pohl, Bruno, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrungen, am 20. Mai
Rogge, Else, geb. **Kannenberg**, aus Treuburg, am 16. Mai
Tuma, Elli, geb. **Rücklies,** aus Imten, Kreis Wehlau, am 14. Mai
Twardy, Kurt, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Baginski, Edelfried, aus Ortelsburg, am 20. Mai
Brost, Günter, aus Seubersdorf, Kreis Mohrungen, am 17. Mai
Heling, Walther, aus Lindenhof, Kreis Mohrungen, am 14. Mai
Hellermann, Hildegard, geb. **Dagg,** aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 15. Mai
Jellonnek, Margarete, geb. **Sobolewski,** aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 19. Mai
Lasarzik, Helga, geb. **Murawski,** aus Lyck, am 19. Mai
Lolies, Walter, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 16. Mai
Pantel, Anneliese, geb. **Mahnke,** aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrungen, am 14. Mai
Pierlings, Luzie, geb. **Szielenkewitz,** aus Wilkassen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Ratmann, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Schmid, Ruth, geb. **Nogga,** aus Grünsee, Kreis Lyck, am 18. Mai
Steiner, Hanni, geb. **Loeper,** aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Walter, Irmgard, geb. **Barkenings,** aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 15. Mai
Wiesner, Ruth, geb. **Dormeyer**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 16. Mai
Woelk, Herta, geb. **Oschlies,** aus Schwiewenau, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Wotzke, Elisabeth, geb. **Orginowski,** aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 14. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blum, Christa, geb. **Wieczorrek,** aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 15. Mai
Buttler, Gerda, geb. **Demski**, aus Schwarzberg, Kreis Lyck, am 15. Mai
Christiansen, Doris, geb. **Matschulat,** aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 16. Mai
Oimann, Ursula, geb. **Prawdzik,** aus Lyck, Danziger Straße 18, am 17. Mai
Rentzsch, Hildegard, geb. **Henseleit,** aus Ebenrode, am 14. Mai
Rintelen, Anne, geb. **Stock,** aus Loppöhnen, Kreis Fischhausen, am 18. Mai
Zniniewicz, Renate, geb. **Schwarz,** aus Kuppen, Kreis Mohrungen, am 17. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brockmann, Edith, geb. **Merchel,** aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Mai
Dempke, Melitta, geb. **Döscher,** Kreisgemeinschaft Wehlau, am 14. Mai
Edler, Heinz, aus Sechshuben, Kreis Wehlau, am 15. Mai
Höcker, Kurt, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Jermies, Helmut, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 16. Mai
Lassek, Hubert, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Riedel, Helga, geb. **Klein,** aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 17. Mai
Roes, Waltraut, geb. **Skerra,** aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 17. Mai
Sailer, Erna, geb. **Ring,** aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Schink, Elfriede, geb. **Kullak,** aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 16. Mai
Schmidt, Walter, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 20. Mai
Schuppenies, Helmut, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Sembritzki, Herbert, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Spannaus, Else, geb. **Koschorrek,** aus Rodental, Kreis Lötzen, am 14. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Arnold, Edith, geb. **Szybalski,** aus Griesen, Kreis Treuburg, am 17. Mai
Brink, Reintraut, geb. **Kalnowski,** aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 17. Mai
Fölsch, Charlotte, geb. **Wanagat,** aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Gräflich, Inge, geb. **Meyer,** aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 14. Mai
Lokowandt, Gerhard, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. Mai
Przetak, Otto, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. Mai
Ramm, Gerda, geb. **Aukthun,** aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Rogowski, Helmut, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Mai
Wachtel, Gundola, geb. **Schinz,** aus Ebenrode, am 14. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Badorrek, Liesbeth, geb. **Borutta,** aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai
Benz, Ruth, geb. **Nankof,** aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai
Bischof, Gisela, geb. **Joswich,** aus Rodenau, Kreis Lötzen, am 14. Mai
Borawski, Georg, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 20. Mai
Boveleth, Doris, geb. **Schneider,** aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 14. Mai
Fröse, Bernhard, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
Henning, Ute, geb. **Bienko,** aus Borken, Kreis Lyck, am 14. Mai
Lindler, Herta, geb. **Holtey,** aus Raging, Kreis Elchniederung, am 20. Mai
Luck, Heinz-Günther, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 19. Mai
Moslener, Ingrid, geb. **Hansen,** aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai
Neugarth, Heinz, aus Milucken, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai
Nisch, Gerhard, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Mai
Pillath, Klaus, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai
Tausendfreund, Werner, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 16. Mai
Tippel, Jutta, geb. **Weiß,** aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 18. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Dieke, Hannelore, geb. **Friedrichkeit,** aus Lötzen, am 20. Mai
Frank, Ingrid, geb. **Witt,** aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai
Hagemann, Karin, geb. **Fröhlich,** aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 15. Mai
Heers, Helga, geb. **Pokorra,** aus Neidenburg, am 16. Mai
Köhn, Erhard, aus Groß Blumenau, Kreis Fischhausen, am 19. Mai
Rang, Peter, aus Talken, Kreis Lötzen, am 16. Mai
Rehberg, Gisela, geb. **Rudzinski,** aus Lötzen, am 18. Mai
Sadlutzki, Heinz, aus Eckersdorf, Kreis Mohrungen, am 15. Mai
Seehofer, Kuno, aus Drigallen/Johannisburg, Kreis Lyck, am 15. Mai

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

ANZEIGE

Masuren und Danzig
Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Stankewitz, Inge, geb. **Dembowski,** aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 18. Mai
Tagge, Hannelore, geb. **Nispel**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, am 14. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Beyer, Bernhard, aus Weidicken, Rhein, Kreis Lötzen, am 18. Mai
Dziarstek, Marianne, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Pieper, Elke, geb. **Albust,** aus Wehlau, am 20. Mai

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 21/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 21/2021 (Erstverkaufstag 28. Mai) **bis spätestens Montag, den 17.** Mai

an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

ANZEIGE

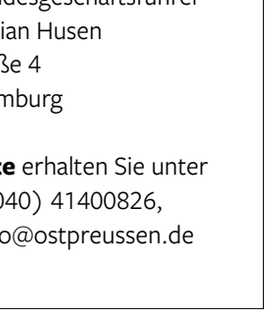
SEDANSTAG von Jan Becher, ein Roman der Alternativen Geschichte

127 Jahre nach der Uraufführung von Gerhart Hauptmanns Stück „Die Weber“ kehrt das niederschlesische Langenbielau auf die Bühne der deutschen Literatur zurück.

Der Erste Weltkrieg ist im letzten Moment verhindert worden, der Zweite daher nie ausgebrochen. Sedanstag ist ein Roman, der 2020 und 2021 in einem modernen Deutschland spielt, das seit 1871 im Frieden gelebt hat. Mit einer Liebesgeschichte als Rahmenhandlung werden zwölf deutsche Geschichten von 1918 bis heute erzählt, Geschichten, die es nie geben durfte, weil Deutschland in den Abgrund stürzte. In einer dreizehnten Geschichte wird geschildert, wie 1914 der Krieg im letzten Moment abgewendet wurde.

Im Mittelpunkt des Romans stehen Paul Pitak, der Leiter des Kunstmuseums von Langenbielau, und seine Studienfreundin Ludmilla Jäger, eine Berliner Journalistin der Vossischen Zeitung. Paul liebt Ludmilla, aber die Dinge sind nicht so einfach.

Der Roman führt in die verschiedensten Gegenden Preußens, Österreich-Ungarns und des russischen Zarenreiches. Und für die Verhinderung des Krieges ist eine ausgedehnte Reise eines Papstes durch ganz Europa erforderlich.



Der Autor Jan Becher wurde 1967 als Nachfahre einer schlesischen Weberfamilie in Hanau geboren und lebt in Königstein/Taunus.

Das Buch ist für EUR 17,80 plus Versand über www.sedanstag.de zu bestellen.

Demnächst auch als Hörbuch, gelesen von der bekannten Schauspielerin Léa Wegmann.

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

19. Juni: Ostpreußisches Sommerfest im südlichen Ostpreußen
25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Hinweis

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.
Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.
Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:
Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Filmabend

Altmühlfranken. Freitag, 21. Mai: Filmabend „Ännchen von Tharau“ (mit Ilse Werner und Fritz Hoppe in den Hauptrollen).

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

Terminabsagen

Ostpreußen Frauengruppe Hamburg-Bergedorf. „Alles neu macht der Mai“ lautet ein altbekanntes Sprichwort, das Hoffnung auf Veränderung und Neues machen soll. Im Zusammenhang mit der nun schon über ein Jahr andauernden Corona-Situation kann ich nur hoffen, dass diese Veränderungen positiv sind und wir bald wieder uneingeschränkt am öffentlichen Leben und an unseren Ostpreußen-Treffen teilnehmen können.

Unsere jährlichen festen Termine – das Spargelessen im Hof-Café Löscher, Hoopte Matjes und Maischollen-Essen, Glückstadt, Fliesenmuseum Boizenburg anschließend Café Stenschke, Ausflug nach Planten un Blomen, Erdbeeren-Essen im Café Koch, Geesthacht – müssen wir leider bis auf Weiteres verschieben.

Sobald es das Corona Infektionsgeschehen zulässt und Treffen wieder stattfinden können, werden wir die Ostpreußengruppe benachrichtigen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Pfingstfest.

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de **Stellvertreterin**: Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Heimattreffen

Der Heimatbrief, der zu Pfingsten erscheint, ist in der Konfektionierung und wird termingerecht zum Versand kommen.

In diesem Heimatbrief sind Termine für beabsichtigte Treffen unter Vorbehalt genannt. Leider muss schon der erste Termin für das Weidicker Dorftreffen am 22. Mai 2021 in Davensberg abgesagt werden. Die allgemeine Situation, die das gesamte gesellschaftliche und private Leben sehr stark beeinflusst, zwingt uns zu diesem Schritt.

Wir hoffen, dass das gemeinsame Treffen mit der Kreisgemeinschaft Sensburg, zu dem natürlich auch die Weidicker eingeladen sind, am 15. August in Remscheid stattfinden kann. Es ist vorgesehen, dass eine endgültige Entscheidung im Juli getroffen und in der *PAZ* mitgeteilt wird.

Eine ganz große Hoffnung verbinden wir mit dem Lötzener Heimattreffen am 5. September in der Sudetenlandstraße 18 Uhr in Neumünster verbunden mit einer Feierstunde sowie der Öffnung des Lötzener Heimatmuseums mit einer Sonderausstellung, wie es im Heimatbrief angekündigt wird.

Sicherlich wird dann auch das Treffen der Landesvertretung in Schwerin stattfinden. Zumindest hoffen wir das.

Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. **Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Nachruf auf Ernst Vogelsang (1924–2020)

Ernst Vogelsang wurde am 20. März 1924 in Mohrungen geboren. Sein aus Minden in Westfalen stammender Vater Friedrich Vogelsang unterhielt in Mohrungen in der Lutherstraße 7 eine Zahnarztpraxis, bis 1934 der Umzug nach Allenstein erfolgte. Ernst Vogelsang besuchte somit Schulen in Mohrungen und Allenstein, denen beiden er 1988 beziehungsweise 2005 literarische Denkmäler setzen sollte.

Wie die meisten jungen Männer seines Jahrgangs nahm er als Wehrmachtssoldat am Zweiten Weltkrieg teil, von 1942 bis 1945 in einer Panzertruppe an der Ostfront, unter anderem an der Schlacht um die Seelower Höhen vom 16. bis 19. April 1945, die für ihn sein eindrücklichstes Kriegserlebnis darstellten.

Im Januar 1945 gelang der Familie die Flucht per Zug ins niedersächsische Hermannsburg, wo mit einem Onkel, der dort seit 1932 als Bankdirektor tätig war, ein Anlaufpunkt bestand und der Vater sich erneut als Zahnarzt etablierte mit eigener Praxis, die sein Sohn Ernst, 1947 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und beruflich in die väterlichen Fußstapfen tretend (1948–1952 Studium der Zahnmedizin in Marburg mit Promotion, 1952 bis 1954 Assistenzjahre in Soltau), 1954 übernahm. Seit 2005 ist die dritte Vogelsang-Generation in Hermannsburg zahnärztlich tätig.

Für die außerberufliche schriftstellerische Tätigkeit Ernst Vogelsangs wurde seine ostpreußische Herkunft mütterlicherseits zentral bedeutend. Seine zahlreichen Publikationen, die ab 1980 erfolgten, können hier nicht alle genannt werden. Historische Bildbände zu den Kreisen Mohrungen, Osterode wie auch das gesamte Oberland zählen dazu.

Ostpreußische Postgeschichte war das Schwerpunktthema seines historischen Interesses. Seine bereits in Ostpreußen angelegte Briefmarkensammlung hatte seine Mutter in den Westen gerettet. Dabei haben ihn besonders die Stempel der ostpreußischen Postämter interessiert. Bei seinem Bestreben, mehr darüber zu erfahren, musste er jedoch erkennen, dass es seinerzeit keine ostpreußische Postgeschichte gab, die Postgeschichte, wenn überhaupt, nur bruchstückhaft behandelt worden war.

Auch musste er schmerzlich feststellen, dass die Unterlagen der in Frage kommenden Oberpostdirektionen in Königsberg und Gumbinnen sowie der einzelnen Postämter vernichtet waren. Auch die Beschaffung der einschlägigen Amtsblätter nebst deren Vorläufern, den „Circularen der Königl. Preuß. Post-Departements“, war schwierig genug. Mit der ihm eigenen Beharrlichkeit machte er sich an die Arbeit, um auch an entferntester Stelle postgeschichtliche Quellen ausfindig zu machen. Er ließ sich regelmäßig philatelistische Auktionskataloge ins Haus kommen und nahm an Versteigerungen und Sammlerbörsen teil.

Vor allen Dingen nahm er Kontakt mit verschiedenen Archiven und Museen im In- und Ausland auf und schaffte sich für seine Forschungsvorhaben eine exzellente Spezialbibliothek an. Als Ergebnisse sind zunächst seine Monographien zur Postgeschichte in den Kreisen Mohrungen, Neidenburg und Osterode zu nennen, im Jahr 2000 gipfelnd in eine Gesamtdarstellung der Geschichte des ostpreußischen Postwesens (mit Gerhard Brandtner), ergänzt um Daten aller ostpreußischen Postanstalten in den Jahren 1646 bis 1945.

Familienforschung und genealogische Quellen waren ihm auch sehr wichtig, und hier konzentrierte er sich auf den Kreis Mohrungen: Die Bürgermatrikel (1714–1819) und das Hausbuch der Stadt Mohrungen sowie das Schützenbuch der dortigen Schützengilde (1826–1897), alles heutzutage im polnischen Staatsarchiv in Allenstein verwahrte Archivalien, übertrug und veröffentlichte er wie so vieles andere beim Verein für Familienforschung in Ost- und Westpreußen, dem er viele Jahrzehnte angehörte.

Innungsakten, Notariatsakten, Grundakten und Konfirmandenlisten waren Gegenstand seines Interesses und seiner Publikationen wie eine Mohrunger Familienchronik, auch Beiträge über die Mohrunger Synagogengemeinde für den Zeitraum von 1813 bis 1939 gehören dazu.

Auch mit dem nach dem Ersten Weltkrieg bei Hohenstein, Kreis Osterode, errichteten Tannenberg-Denkmal und den Akten des dazugehörigen Tannenberg-National-Denkmal-Vereins hat Ernst Vogelsang sich beschäftigt und entsprechende Veröffentlichungen getätigt.

Seine wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse wurden als so bedeutend und herausragend eingestuft, dass er 1990 als ordentliches Mitglied in die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung berufen wurde. Ernst Vogelsangs personenkundliches Interesse schlug sich in dem von der Kommission seit 1936 herausgegebenen Sammelwerk „Altpreußische Biographie“ nieder. Für den fünften Band, der in drei Lieferungen in den Jahren 2000, 2007 und 2015 erschien, steuerte er 18 Kurzbiographien ostpreußischer Persönlichkeiten, zumeist solcher aus der Stadt Allenstein und dem Kreis Mohrungen, bei.

In die Kreisgemeinschaft Mohrungen brachte er sich ab 1979 für knapp ein Jahrzehnt als Kulturwart und Archivverwalter ein. In der Funktion gelang es ihm, dem Archiv der Kreisgemeinschaft eine feste Bleibe in der Patenstadt Gießen zu sichern. 1987 und 1998 wurde er mit dem „Verdienstabzeichen in Gold der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.“ ausgezeichnet.

Am 18. November 2020 ist Ernst Vogelsang 96-jährig in Hermannsburg gestorben. Pandemiebedingt fand die Beisetzung im engsten Familienkreis statt. Er hinterlässt seine aus Schweden stammende Ehefrau, zwei Kinder und Enkelkinder sowie einen reichen Fundus Arbeiten zur ostpreußischen Geschichte. *Carsten Fecker*

Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.

Impulsvorträge

Nach dem erfolgreichen ersten Kennenlernen fand am 12. Mai das zweite Virtuelle Treffen der Tilsiter Heimat- und Familienforscher statt. Es gab zwei Impulsvorträge, einmal „Der Rombinus – Mythos und Wahrheit“ und schließlich „Aktuelles aus Ostpreußen“.

Mitglieder des Vereins und alle, die sich für Familien- und Heimatforschung sowie für die Geschichte und Kultur Ostpreußens interessieren, sind auch beim nächsten Mal wieder herzlich willkommen.

Andreas Borm

Ihr sollt nicht um mich weinen. Ich habe ja gelebt.
Der Kreis hat sich geschlossen, der zur Vollendung strebt.
Glaubt nicht, wenn ich gestorben, dass wir uns ferne sind.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Christel Thomas

* 22. Juli 1927 Königsberg/Ostpreußen
† 2. April 2021 Brilon

In stiller Trauer
Detlev Schön und Sabine Dittmann
Regina Schön
Brigitte Drießen
Thomas Drießen
Kurt und Erika Rattay

Krefeld und Brilon
Traueranschrift: Regina Schön, Vor den Eichen 45, 34508 Willingen
Die Urnenbeisetzung fand auf Wunsch der Verstorbenen in aller Stille statt.

ANZEIGEN

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage
mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt

29,95 € inkl. Versand

Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg
Tel. 040/41 40 08 0
selke@ostpreussen.de

Ein sehr langer, großartig geführter Kampf ist erlösend zu Ende gegangen.
Du wirst für immer in unseren Herzen und Erinnerungen weiterleben.
Wir lieben dich ♥

Peter Thau

* 29.03.1943 Guttstadt in Ostpreußen
† 30.04.2021 Markelfingen am Bodensee

Im Namen aller Angehörigen, auf immer verbunden
Dein Freund und Schwiegersohn Patrick

Mutter Ostpreußen!
Über alles von deinen
Kindern geliebte,
sag, was wissen die anderen,
Mutter, von dir?
Agnes Miegel

Hilde Wöhlk

geb. Klimmek

** 28. 1. 1928 Lindenheim*
† 1. 5. 2021 Kronshagen

In Liebe und Dankbarkeit
Deine Tochter Fritzi
und alle, die dich gern hatten

Die Urne wird zu einem späteren Zeitpunkt der See übergeben.

GRATULATION

Ein Leben für Königsberg

Zum 80. Geburtstag des Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) Klaus Weigelt

So sehr mir unsere gemeinsame Vaterstadt am Herzen liegt, würde man Klaus Weigelt doch nicht voll gerecht werden, wenn man die Fülle seiner Lebensleistungen auf seinen vorbildlichen Einsatz für Königsberg beschränkte. Der Jubilar, der am 14. Mai 80 Jahre alt wird, vereinigt in seiner Person eine ungewöhnlich hohe Begabung für historische Sensibilität und Weitblick, für geistige und geistliche Durchdringung von Fragen unserer menschlichen Gesellschaft und Existenz sowie für kulturelle und philosophische Zusammenhänge.

Klaus Weigelt wurde 1941 in Königsberg als Sohn von Pfarrer Werner Weigelt und Elsa Weigelt, geb. Nicolaus geboren. Er wuchs zunächst am Oberrollberg in Königsberg, dann in Westpreußen, Thüringen, Hannover und Hamburg auf und legte sein Abitur auf dem humanistischen Zweig eines Hamburger Gymnasiums ab. Nach dreijährigem Dienst verließ er die Bundeswehr als Oberleutnant der Reserve und studierte zunächst Evangelische Theologie und Pädagogik in Hamburg und Tübingen, später Nationalökonomie in Freiburg, wo er das Examen zum Diplom-Volkswirt bestand. Sein gesamtes Berufsleben – von 1971 bis 2006 – widmete er der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), in der er leitende Aufgaben in den Bereichen Politische Bildung, Entwicklungszusammenarbeit und Politikberatung wahrnahm. Für die KAS war er Landesbeauftragter in Caracas/Venezuela und Leiter des Europabüros in Brüssel. Daher spricht er auch fließend Spanisch und Französisch. Besonders prägend für die KAS war seine verantwortliche Leitung der Politischen Akademie in Schloss Eichholz/Wesseling, die sich nicht als eine Institution der nachträglichen Begründung operativer Politik, sondern als intellektuelle Avantgarde verstand. Am Ende seines beruflichen Lebens war Klaus Weigelt zuständig für die Repräsentanz der KAS in Budapest, was ihn bewog, mit 61 Jahren noch Ungarisch zu lernen. Eine der vielen Schwerpunkte, die er für die KAS setzte, waren literarische Arbeit und Autorenlesungen mit u. a. Lew Kopelew, Walter Kempowski, Hilde Domin, Christine Brückner, Erich Loest, Heinrich Böll und Arno Surminski, mit dem ihn heute noch eine Freundschaft verbindet.

Sein Leben lang war er beruflich, aber auch in seinen persönlichen Interessengebieten Literatur, Theologie und ostpreußische Geschichte publizistisch tätig, hat zahlreiche Bücher herausgegeben sowie Beiträge für Zeitschriften verfasst. Als letzte Monographien erschienen „Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Duldung und Vergessen“ sowie „Schweigen und Sprache. Literarische Begegnungen mit Ernst Wiechert“. Gemeinsam mit seiner Frau Gerlind, mit der er drei Kinder hat, veröffentlichte er vor zwei Jahren das Buch „Dennoch bleibe ich stets bei Dir. Im Schönen Ruhe finden“ – ein außergewöhnliches eheliches Gemeinschaftswerk voller religiöser und künstlerischer Sinnlichkeit. Inhaltliche Schwerpunkte seiner Arbeiten sind u. a. die umfassende Thematik „Heimat und Nation“ sowie die gewachsene und im 20. Jahrhundert durch die Nazis zerstörte jüdische Kultur in Deutschland und Europa.

Unermüdlich im Einsatz für Königsberg: Klaus Weigelt *Foto: Wikipedia*

In Weigelts Ehrenämtern sticht neben dem stellvertretenden Vorsitz der Internationalen Ernst-Wiechert-Gesellschaft, dem Präsidentenamt der Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa und dem Vorsitz der Stiftung Königsberg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft natürlich der Vorsitz der Stadtgemeinschaft Königsberg hervor. Seit 1983 hat Klaus Weigelt mit einer kurzen Unterbrechung diese verantwortungsvolle Aufgabe inne. Sein mit Kenntnis und beharrlichem Fleiß verfolgtes Ziel ist es, Königsberg nicht nur als Teil deutscher Geschichte wachzuhalten, sondern die Erinnerung an den großen Beitrag Königsbergs zur deutschen Kultur für die Zukunft zu sichern. Bei einem Treffen 1978 im fernen Caracas regte der damalige Bundestagsabgeordnete, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und gebürtige Königsberger Dr. Ottfried Hennig an, Weigelt möge sich nach seiner Rückkehr nach Deutschland doch „um die Königsberger kümmern“.

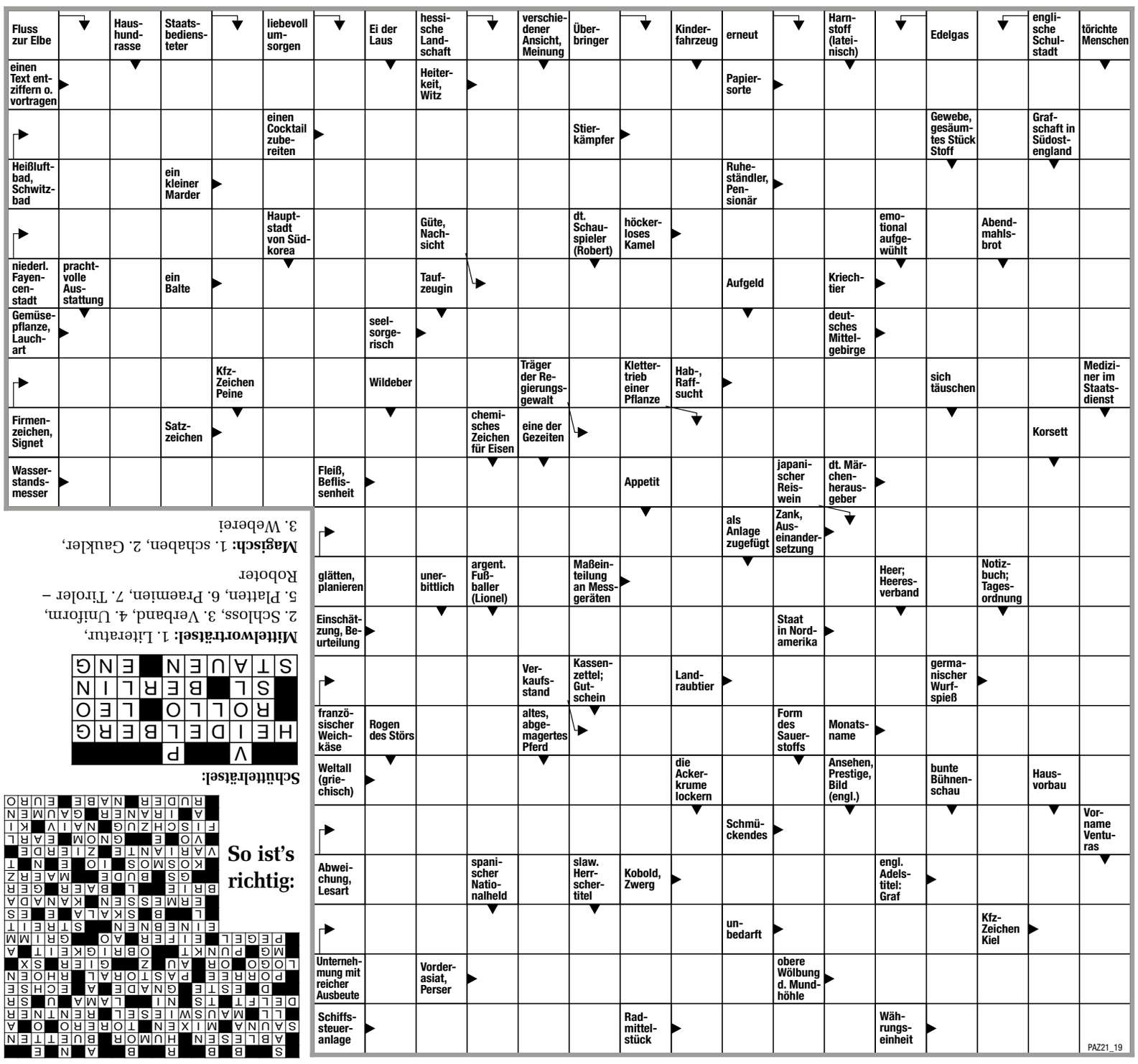
Klaus Weigelt ist seitdem ein Glücksfall für die Stadtgemeinschaft geworden. Mit Weitsicht und Umsicht führt er unsere Vereinigung. Mit seinem breit angelegten Wissen durchdringt er die Vergangenheit und Gegenwart Königsbergs in ihrer politischen und kulturellen Dimension. Er hat zahlreiche Verbindungen zu den heutigen russischen Verantwortungsträgern in unserer Heimatstadt aufgebaut, seien es die jeweiligen Oberbürgermeister, der langjährige Chef der Kaliningrader Symphonie, der für den Wiederaufbau des Doms zuständige Baumeister, Repräsentanten der heutigen Kant-Universität, zum Deutsch-Russischen Haus, aber auch zum deutschen Generalkonsul in Kaliningrad oder zu den von der Evangelischen Kirche in Deutschland eingesetzten Pröbsten. Kein Wunder, dass Klaus Weigelt sich im heutigen Kaliningrad auskennt, als ob er schon immer dort gelebt hätte. Auch seine hiermit verbundene völkerverständigende Arbeit darf nicht klein geschrieben werden.

Erwähnt werden muss ebenfalls die zukunftsweisende Entscheidung, das Museum Königsberg, das unter dem aufopferungsvollen Einsatz von Lorenz Grimoni und vielen weiteren ehrenamtlich tätigen Landsleuten zu einem historisch-kulturellen Schwerpunkt herangewachsen war, von Duisburg nach Lüneburg in das dortige Ostpreußische Landesmuseum zu verlagern und seine dauerhafte professionelle Betreuung zu sichern. Wegweisend ist zudem sein Bestreben, jüngere Persönlichkeiten, die nicht mehr in Ostpreußen geboren sind, für die Arbeit in der Stadtgemeinschaft und für die Fortführung des Werkes zu gewinnen.

Dem treuen und für seine Grundsätze streitbar eintretenden Freund, der mich kenntnisreich mit meiner Geburtsstadt vertraut machte und dem ich unvergessliche Begegnungen mit der Samlandküste und der Kurischen Nehrung zu verdanken habe, wünsche ich weiterhin Festigkeit in seinem christlichen Glauben, Vitalität und über allem Gottes Segen.

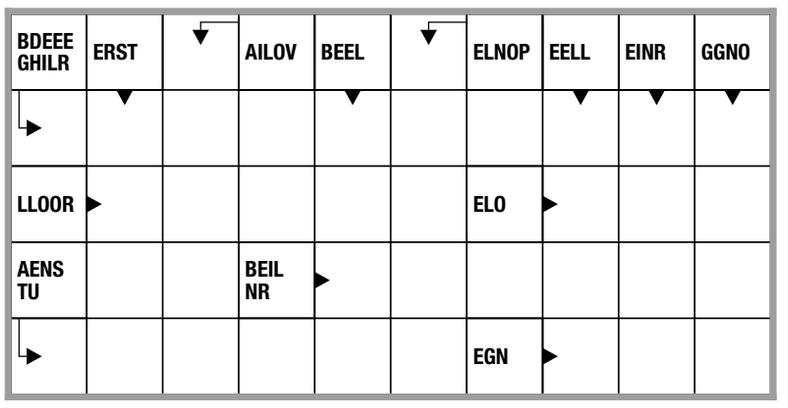
Dr. Christean Wagner

Rätsel



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).



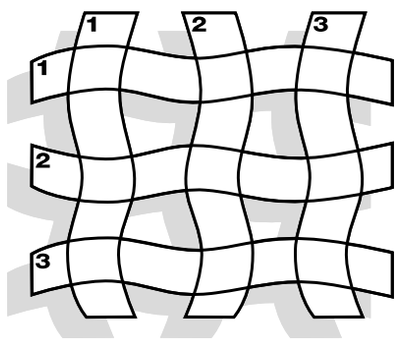
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderer Begriff für Maschinenmensch.

1	WELT		PREIS
2	TANK		HOF
3	NOT		MULL
4	GALA		HOSE
5	HERD		SEE
6	SIEG		SPAREN
7	SUED		HUT

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 eine Schicht abkratzen
2 Taschenspieler, Zauberkünstler
3 Textilbetrieb

So ist's richtig:

Magisch: 1. schaben, 2. Gaukler, 3. Weberei

Mittelworträtsel: 1. Literatur, 2. Schloss, 3. Verband, 4. Uniform, 5. Platten, 6. Praemien, 7. Tiroler – Roboter

Schüttelrätsel:

JUBILÄUM

Als Dank für die Treue zu Deutschland

Das Allensteiner Heimatmuseum „Treudank“ in Gelsenkirchen feierte sein 50-jähriges Bestehen

Das Heimatmuseum der Stadtgemeinschaft Allenstein e.V., der „Treudank“, feierte kürzlich sein 50-jähriges Bestehen. Der Name „Treudank“ erinnert an den Namen des Allensteiner Landestheaters. Als Dank für die Treue zu Deutschland, die Südostpreußen in der Volksabstimmung 1920 bewiesen hatte, erhielt die Stadt Allenstein von der Preußischen und der Reichsregierung die Mittel für den Bau eines Theaters. 1925 konnte „Der Treudank“ eröffnet werden.

Das Museum befindet sich in Gelsenkirchen, der Patenstadt der Allensteiner und Partnerstadt der Stadt Allenstein, die heute als Olsztyn Verwaltungshauptstadt der polnischen Region Ermland und Masuren ist. Enge Bindungen zwischen Gelsenkirchen und Allenstein in Ostpreußen bestanden schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, als viele Ostpreußen auf der Suche nach Arbeit in das Ruhrgebiet kamen. Nach dem Zweiten Weltkrieg zog es viele Flüchtlinge und Vertriebene aus Allenstein und Umgebung ebenfalls nach Gelsenkirchen, was im Jahre 1953 zur Übernahme einer Patenschaft für Allenstein und im Jahre 1992 zur Städtepartnerschaft mit Olsztyn führte.

Dem Wunsch der Allensteiner, das aus der Heimat gerettete Kulturgut zu sammeln, kam die Stadt Gelsenkirchen gerne entgegen. Sie stellte im Hans-Sachs-Haus, in dem noch heute die Stadtverwaltung residiert und lange Zeit die Jahrestreffen der Allensteiner stattfanden, einen Raum zur Verfügung, wo im Januar 1957 die erste Heimatstube ihre Türen öffnete. Da die Sammlung sich schnell erweiterte, stellte die Stadt 1960 größere Räumlichkeiten in der Dickampstraße 13 bereit. Als dieses Gebäude abgerissen werden musste, folgte im April 1971 der Umzug in das Dreikronenhaus neben dem Hans-Sachs-Haus. Dank der finanziellen Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen konnte damit auch der Schritt von einer Heimatsammlung zu einer zeitgemäßen musealen Ausstellung vollzogen werden.

Namenspate des ostpreußischen Heimatmuseums im Ruhrgebiet: Das Allensteiner Landestheater „Der Treudank“ *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

Seitdem befinden sich im vierten Stock des Dreikronenhauses das Heimatmuseum mit Archiv und Bibliothek sowie die Geschäftsstelle der Stadtgemeinschaft. Die Räumlichkeiten des Heimatmuseums umfassen eine Gesamtfläche von 100 Quadratmetern. Sie bestehen aus einem langen Flur, der eine Bildergalerie über das alte und das heutige Allenstein aufnimmt, und vier von dem Flur begehbaren Räumen, die unterschiedlichen Themen gewidmet sind. In einem fünften Raum befinden sich die Bibliothek und das Archiv. Die Räume werden von der Stadt Gelsenkirchen einschließlich der Nebenkosten unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Für größere Veranstaltungen sind die Räume nicht geeignet, aber sie reichen aus, um die Besucher bei den jährlichen Treffen aufzunehmen.

Stadt und Land unterstützen

Ein Schwerpunkt der Ausstellung ist die Geschichte der Stadt, darunter die Gewerbeausstellung von 1910 und die Volksabstimmung von 1920, bei der mehr als 97 Prozent der Einwohner des südlichen Ostpreußens für den Verbleib im Deutschen Reich stimmten. Karten und Stadtpläne erläutern die Entwicklung der Stadt. Einen zweiten Schwerpunkt bilden die Werke Allensteiner Künstler vor und nach 1945. Ölgemälde, Aquarelle, Graphiken und Plastiken zeugen von ihrem vielseitigen Schaffen. Glanzstück der Sammlung ist das „Goldene Buch“ der Stadt Allenstein. Das von einem Mitglied des Stadtrates gestiftete Buch wurde 1910 anlässlich der Allensteiner Gewerbeausstellung angelegt.

Schirmherr der Ausstellung war Prinz Heinrich Wilhelm von Preußen. In den folgenden Jahren fanden herausragende Begebenheiten im Leben der Stadt sowie die Ehrenbürger Aufnahme in das Goldene Buch. So haben sich der „Retter Ostpreußens“, Generalfeldmarschall von Hindenburg, sowie Reichskanzler Brüning bei ihren Besuchen in Allenstein eingetragen. Nach 1945 wurden wesentliche Ereignisse wie Jubiläumsveranstaltungen, die Kopernikus-Preisträger und die Ehrenmitglieder der Stadtgemeinschaft festgehalten. Ebenfalls sind die Odyssee des Buches und die Geschichte seiner wundersamen Rettung dokumentiert.

Die Allensteiner Bibliothek umfasst mehr als 500 Bücher und Bildbände aus der gesamten ostdeutschen Region. Der thematische Schwerpunkt liegt auf der Geschichte Ostpreußens und vor allem der Stadt Allenstein. Herzstück ist die zwölfbändige „Geschichte der Stadt Allenstein“ von Professor Hugo Bonk, die er im Auftrag der Stadt im Laufe von dreißig Jahren (1903-1930) erarbeitete. Eine zusammenfassende Darstellung mit rund 400 Seiten verfasste Anton Funk mit der „Geschichte der Stadt Allenstein von 1348–1948“. Ebenso sind noch viele Ausgaben der „Allensteiner Zeitung“ vor 1945 vorhanden, zu einem Teil auch auf Mikrofilm. 1988 wurden zwei große Bildbände „Allenstein in 144 Bildern“ und „Bilder aus dem Leben in Allenstein“ herausgegeben. Die Heimatkartei, die mehr als 20.000 Personen umfasst, wurde inzwischen digitalisiert.

Am Aufbau des Heimatmuseums war maßgeblich Heinz-Jörn Zülch, Sohn des langjährigen Oberbürgermeisters von Allenstein (1903–1932), beteiligt. Er steuerte etliche Bilder und manches Stück aus dem Besitz der Familie bei. Nahezu 20 Jahre wurde das Heimatmuseum von Irmgard Falken betreut, für die es ein wesentlicher Teil ihres Lebens wurde. Nach ihrem Ableben wurde ihr Haushalt aufgelöst, wobei auch viele schriftliche Unterlagen, darunter auch die Inventarlisten, verloren gingen. 2003 übernahm Christel Becker die Betreuung, die sie aber inzwischen aufgeben musste.

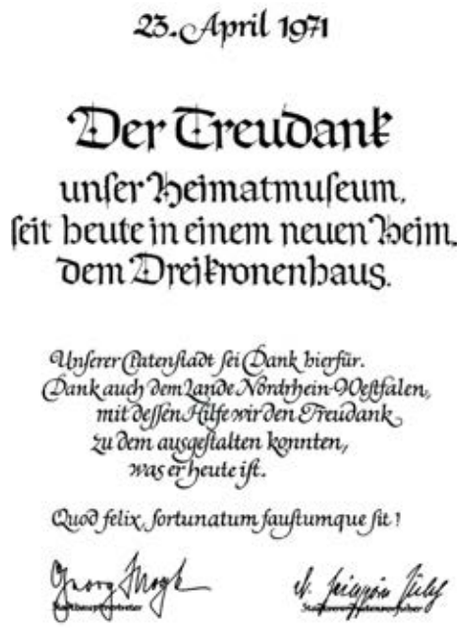
Es braucht Leute

Die Zukunft des Heimatmuseums hängt wesentlich davon ab, ob jemand aus der Stadtgemeinschaft gefunden werden kann, der sich ehrenamtlich, aber dennoch engagiert und mit dem nötigen Sachverstand um die weitere Entwicklung und zeitgemäße Gestaltung kümmert. Da die Mitglieder der Stadtgemeinschaft älter und weniger werden, ist dies ein schwieriges Unterfangen. So werden sich Teile des Allensteiner Heimatmuseums eines Tages im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und im Ostpreußischen Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen wiederfinden.

Das Museum online erleben

Ein Besuch des Allensteiner Heimatmuseums „Treudank“ kann inzwischen auch ganz bequem von zu Hause erfolgen. Im Rahmen des Projekts „Virtuelle Heimatsammlungen in NRW“ wurde durch die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen eine digitale Darstellung erstellt, die im Internet unter www.ostdeutsche-heimatsammlungen.de besichtigt werden kann. Neben einem Gang durch die Räumlichkeiten des Museums können ausgewählte Objekte sogar dreidimensional betrachtet werden. Eine ausführliche Beschreibung der Objekte und ergänzende Informationen über das Heimatmuseum und besondere Ereignisse in der Geschichte der Stadt Allenstein vervollständigen den virtuellen Rundgang.

Gottfried Hufenbach


23. April 1971

Der Treudank
unser Heimatmuseum,
seit heute in einem neuen Heim,
dem Dreikronenhaus.

Unserer Patenstadt sei Dank hierfür.
Dank auch dem Lande Nordrhein-Westfalen,
mit dessen Hilfe wir den Treudank
zu dem ausgestalten konnten,
was er heute ist.

Quod felix, fortunatum faustumque sit!

Eintrag der Neueröffnung im Goldenen Buch *Foto: Stadtgemeinschaft Allenstein*

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

ERSTER WELTKRIEG

Bei Kriegsausbruch fast wehrlos

Als die Russen 1914 in Ostpreußen einmarschierten, standen dort kaum deutsche Truppen zur Verteidigung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als Russland nach dem Attentat von Sarajevo zur Generalmobilmachung schritt und am 28. Juli 1914 dem deutschen Bündnispartner Österreich-Ungarn den Krieg erklärte, erklärte Kaiser Wilhelm II. dem Zarenreich am 1. August den Krieg. Und das, obwohl zu dieser Zeit nur ein einziger militärischer Großverband Deutschlands, nämlich die 8. Armee unter Generaloberst Maximilian von Prittwitz und Gaffron, zur Verteidigung Ostpreußens bereitstand und sich dabei einer feindlichen Übermacht ausgesetzt sah.

Die russische Nordwestfront mit der 1. und 2. Armee verfügte über 420.000 Mann und 1428 Geschütze, während die 8. Armee nur auf 220.000 Mann und 1194 Geschütze kam. Die zaristischen Truppen rückten auch bereits am 2. August vor – lange, bevor man deutscherseits Verstärkungen heranzuführen vermochte. Daraus entstanden erste Gefechte bei Prostken, Soldau und Bialla, welche eine massive Fluchtbewegung der Zivilbevölkerung auslösten, die bis Monatsende immer größere Ausmaße annahm.

Die Wende von Tannenberg

Am 17. August 1914 startete die 1. russische Armee unter dem Kavalleriegeneral Paul Georg Edler von Rennenkampff dann ihre erste Großoffensive, der sich die 2. Armee des Zaren unter General Alexander Samsonow am 19. August anschloss. Ziel war die Einkesselung und Vernichtung der 8. Armee. Hieraus resultierte die Schlacht bei Gumbinnen, die am 20. August mit einem deutschen Rückzug nach Westen endete. Währenddessen bezweifelte von Prittwitz gegenüber der Obersten Heeresleitung, dass die geplante Verteidigungslinie entlang der Weichsel gehalten werden könne. Daraufhin wurden er und sein Stabschef Generalmajor Georg von Waldersee am 22. August abgelöst und durch den General der Infanterie Paul von Hindenburg sowie Generalmajor Erich Ludendorff ersetzt.

100.000 Deutsche verloren ihre gesamte Habe: Die von den Russen 1914 zerstörte Stadt Ortelsburg *Foto: pa*

Dieses Duo führte die 8. Armee nun in den Kampf gegen die Russen, welche die Absicht verfolgten, ihrem Gegner in den Rücken zu fallen. Hierzu teilten sich die Verbände des Zaren auf, was Hindenburg geschickt ausnutzte: Zuerst schlug er bis zum 30. August die 2. Armee unter Samsonow in der Schlacht bei Tannenberg südlich von Allenstein und im Anschluss daran bis zum 14. September in der Schlacht an den Masurischen Seen dann auch noch Rennenkampffs 1. Armee sowie die zusätzlich aufmarschierte 10. russische Armee unter General Wassili Pflug. Dadurch war die zaristische Offensive in Ostpreußen zunächst gescheitert, allerdings standen nach wie vor feindliche Truppen in der Provinz. Aus diesem Grunde wurden nochmals 350.000 deutsche Zivilisten evakuiert, weil weitere Kampfhandlungen drohten.

Gefahr Ende 1914 nicht gebannt

Und tatsächlich drangen die Russen schon Mitte November wieder nach Westen vor, kamen aber nur bis zu den Masurischen Seen. Daraufhin entwickelte sich eine Art Stellungskrieg. Die Frontlinie reichte dabei Ende 1914/Anfang 1915 vom Kurischen Haff über den Raum östlich von Tilsit, Gumbinnen, Lötzen und Johannisburg von Nord nach Süd durch ganz Ostpreußen. Doch damit nicht genug: Der neue Oberbefehlshaber der zaristischen Nordwestfront, General der Infanterie Nikolai Russki, plante mit seiner 10. und der in Aufstellung befindlichen 12. Armee einen Doppelschlag gegen Königsberg.

Um diesem zuvorzukommen und der Bedrohung Ostpreußens endlich auf dauerhafte Weise zu begegnen, drängte Hindenburgs Stratege Ludendorff auf Umfassungsmanöver zur alsbaldigen Eliminierung der 10. russischen Armee, die nun unter dem Kommando des Deutsch-Balten Thadeus von Sievers stand. Die Oberste Heeresleitung, welche eigentlich alle verfügbaren Kräfte für die Westfront aufsparen wollte, gab dem Insistieren Ludendorffs schließlich widerstrebend nach.

Der Angriff begann am 7. Februar 1915 und führte zur Winterschlacht in Masuren, die bis zum 22. Februar andauerte. In deren Verlauf nahmen die 8. deutsche Armee unter General der Infanterie Otto von Below und die neu formierte 10. deutsche Armee unter Generaloberst Hermann von Eichhorn die 10. russische Armee in die Zange. Diese zog sich daraufhin unter schweren Verlusten nach Osten zurück, während das deutsche Heer 150 Kilometer weit nachrückte.

Bis Ende März ganze Provinz befreit

Dadurch konnte Ostpreußen nun durch einen Puffer aus besetzten russischen Gebieten vor erneuten Angriffen bewahrt werden. Nur im Raum Memel-Tauroggen gelangen den zaristischen Truppen ab dem 18. März nochmals kurze Gegenangriffe. Das änderte jedoch nichts mehr an der militärischen Gesamtsituation. Und am 29. März 1915 war dann schließlich auch das Memelgebiet komplett zurückerobert und Ostpreußen somit vollständig befreit. Damit endete die russische Besetzung von streckenweise mehr als zwei Dritteln der deutschen Provinz.

Durch die Kampfhandlungen und Übergriffe des zaristischen Heeres wurden 39 Städte und rund 1900 Dörfer in Ostpreußen zu mehr als 50 Prozent zerstört, wodurch etwa 100.000 Deutsche ihre gesamte Habe verloren. Die materiellen Verluste beliefen sich dabei auf 1,5 Milliarden Goldmark. Außerdem kamen 1491 Zivilisten infolge des russischen Einfalls ums Leben – 65 davon erschossen die Eindringlinge Ende August 1914 beim Massaker von Abschwangen bei Preußisch Eylau.

VERTREIBUNG

Sudetendeutsche stellen wenig beachtete Dokumente vor

Von Benesch-Dekreten, Erstem und Zweitem Weltkrieg bis zum Ende der DDR und danach – Zeitgeschichte von 1945 bis 2009

Die Zusammenstellung „Schlüsseldokumente deutscher Zeitgeschichte“ ist die Arbeit engagierter, an Geschichte interessierter Persönlichkeiten, die aus dem Umfeld der deutschen Heimatvertriebenen – vornehmlich der Sudetendeutschen – stammen. So müssen die 54 Schlüsseldokumente auch als persönlich ausgewählte und bedeutsame Quellen angesehen werden, die in Teilen eigene Erlebnisse und Erfahrungen widerspiegeln, die oft erschütternde Situationen zeigen. Mit Ausnahme der kommentierten Benesch-Dekrete und des Deutschlandliedes sind es keine amtlichen Dokumente.

Thesen von Alfred de Zayas

An das Schicksal der Menschen und ihre oft hoffnungslose Situation soll erinnert werden, weil sie hilflose Objekte der Politik waren. Bedeutsam sind die zehn Thesen des bekannten amerikanischen Völkerrechtlers Alfred de Zayas zum Thema der demographischen Katastrophe der Vertreibung der Deutschen, aber auch anderer Völker (Dokument Nr. 19).

Die Armenienproblematik um die Zeit des Ersten Weltkrieges, die Flüchtlingswelle aus der DDR am Ende der 80er Jahre sowie die aktuelle Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland sind weitere Gegenstände der Behandlung. Mehr oder weniger werden auch die politischen Einstellungen der einzelnen Autoren deutlich.

Persönliche Auswahl

Schwerpunktmäßig wird der Zeitraum zwischen 1945 und 2009 behandelt. Es muss respektiert werden, dass die Auswahl der „Schlüsseldokumente“ eine Entscheidung der einzelnen Autoren beziehungsweise des Auswahlgremiums war, wenngleich man sich für den genannten Zeitraum eine andere Wahl gewünscht hätte, etwa das Potsdamer Protokoll oder die Charta der deutschen Heimatvertriebenen.

Hervorzuheben ist das Dokument Nummer 25, das Deutschlandlied „als kulturgeschichtliches Kleinod“. Es wird die Geschichte des Liedes der Deutschen bis in unsere Zeit mit der Reduzierung auf die dritte Strophe dargestellt sowie dessen inhaltliche Herleitung von einem Lied Walthers von der Vogelweide. Dieses wird im mittelhochdeutschen Original mit Übersetzung beigefügt.

FOTO: IMAGO/STEINACH

Eines der 54 im Buch behandelten „Schlüsseldokumente“: Das Lied der Deutschen und seine Geschichte

Sehr gelungen sind die fünf farbigen Klappkarten zu Vertreibungen und Verschleppungen in Europa sowie zu Auswanderungen Deutscher nach Russland im 18./19 Jahrhundert und die Siedlungsgebiete der Russlanddeutschen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Es waren die Deportationen in der Stalin-Ära aus den ursprünglichen Siedlungsgebieten und die Rückkehr nach Stalins Tod.

Nicht ganz verständlich ist die Anordnung der 54 Dokumente für den genannten Zeitraum. Die Dokumente Nrummer 32, 33, 34 geben, wie der Autor es begründet, einen historischen Abriss der deutschen Geschichte vom 8. Jahrhundert bis 2009 als sachlich-fachliche Grundorientierung für alle behandelten Quellen. Das ist wichtig und nützlich für den Leser, aber warum wird diese Einführung nicht an den Anfang (Nummer 1, 2, 3) gestellt? Stark konzentrierte Zusammenfassungen einer mehr-hundertjährigen Geschichte laufen Gefahr, Wesentliches nicht zu erwähnen. Zwei Beispiele: Aufklärung in Deutschland darf Friedrich den Großen und seinen preußischen Staat nicht ausklammern; das Scheitern der Weimarer Republik muss auch mit dem fehlenden demokratischen Bewusstsein der Eliten begründet werden.

Zielgruppe Vertriebene

Die Sammlung der Dokumente zur deutschen Zeitgeschichte versteht sich nicht als Werk für den Geschichtsunterricht, dazu ist die Auswahl zu speziell und auch nicht repräsentativ. Allerdings ist es denkbar, dass einzelne Quellen auch im Unterricht eingesetzt werden können, es hängt von der jeweiligen thematischen Schwerpunktsetzung ab. Zielgruppe sind vertriebene Deutsche und ihre Nachfahren sowie an Zeitgeschichte interessierte Menschen gleich welchen Alters. Interessante und auch nicht so bekannte historische Fakten findet man allemal in diesem Buch. Die Lektüre der Sammlung einschließlich der Karten ist durchaus ein Gewinn für ein tieferes Verständnis der Vertreibungsgeschichte der Deutschen.

Karlheinz Lau

Kai Fritsche/Hans Mirtes (Hrsg.): „Schlüsseldokumente zur deutschen Zeitgeschichte. Das letzte Jahrhundert im Spiegel wenig beachteter Dokumente“, Hausner-Stiftung Frontenhausen in Zusammenarbeit mit dem Heimatkreis Mies-Pilsen, Dinkelsbühl 2020, gebunden, 194 Seiten, 25 Euro

HINTERPOMMERN

Die Alte Wache in Stargard

Immer wieder im Fokus zahlreicher Veranstaltungen – Sogar das Kaiserpaar war da

Unter den historischen Gebäuden der alten Stadt nimmt die „Alte Wache“ an der Ostseite am Stargarder Markt eine besondere Stellung ein. Sie kann sich mit ihren Nachbarn, dem Rathaus und der Marienkirche, weder vom Alter ihrer baulichen Struktur noch historisch auf die gleiche Höhe stellen. Sie wollte sicher auch nicht mit den vielen Toren und Türmen der alten Stadt konkurrieren, sie machte auch den schönen Giebelhäusern der Stadt keine Konkurrenz.

Diese haben in jeder Hinsicht ihre eigene Geschichte. Ihr Geburtsdatum fällt in die Zeit nach dem großen Brand von 1635 und dem Westfälischen Frieden von 1648, als Hinterpommern preußisch und Stargard die Hauptstadt dieses Teils Pommerns wurde.

Der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. war es, der zuerst am jeweiligen Markt in der Mitte seiner Garnisonsstädte solche Wachen oder Wachtgebäude für seine Soldaten errichten ließ. 1720 wurde das Wachtgebäude in Stargard erbaut.

Die Bezeichnung veränderte sich im Laufe der Geschichte von Hauptwachtgebäude über Hauptwache bis zum gängigen Namen „Alte Wache“. Dieses Stargarder Wachtgebäude soll nach Vorgaben des preußischen Landbaumeisters David Gilly errichtet worden sein, just in der Mitte des großen, fast rechteckigen Marktes, der früher von der Radestraße bis zur Großen Mühlenstraße eine Fläche bildete. Durch diesen Bau entstand die spätere historische Südzeile des Marktes. Der Wochenmarkt bekam eine fast quadratische Form, der jetzt abgetrennte Fleisch- oder Fischmarkt war durch einen breiten Durchgang seitwärts der Wache gut zu erreichen.

FOTO MAŁGORZATA JAKUBOWSKA/WIKIPEDIA

Die Alte Wache in Stargard beherbergt heute das Archäologische und Historische Museum der Stadt. Links daneben befindet sich das unlängst renovierte Rathaus der Stadt. Alles überragend: die Marienkirche

Die Alte Wache vor 1945, nach einer Zeichnung von B.Th. Dietrich-Dirschau

Das Wachtgebäude hatte seine Front wie das Rathaus zum Markt hin, im ersten Stockwerk eine Loggia mit hölzernen Säulen, dazwischen kunstvoll geschmiedete Gitter mit dem Preußen-Adler als Insignie. Hier saß der Offizier vom Dienst der Stargarder Garnison. Im Parterre befanden sich Wacht- und Diensträume der Soldaten mit Laubengängen zum Markt hin. Die Unterbringung der Soldaten war mangels eigener Kasernen noch in den Bürgerquartieren geregelt.

1911, als Stargard schon lange Garnisonsstadt war, nahm hier unter den Säulen der Alten Wache Kaiser Wilhelm II. mit der Kaiserin und Gefolge den Vorbeimarsch seiner Truppe ab. Anlass seines Besuches war die Neueinweihung von St. Marien am 30. August 1911, zu der die kaiserliche Familie zwei große Kirchenfenster spendete mit den Motiven Beichte und Abendmahl. Anschließend fand auf dem Markt das „Bad in der Menge“ mit der Stargarder Bürgerschaft statt. Eine Abordnung der Pyritzer Frauen in der herrlichen Weizacker-Tracht überraschte die Kaiserin mit einer Trachtenpuppe, die ihr viel Freude gemacht haben soll.

Das Gebäude der Alten Wache erfüllte auch nach dem Abzug der Offiziere in die festen neuen Garnisonsbauten immer wieder vorzüglich öffentliche Zwecke. Großveranstaltungen der Stadt, der zahlreichen Vereine Stargards, Platzkonzerte der Garnison sowie auch Kundgebungen politischer Art. Hierbei wurde die obere Loggia als Balkon zur eigenen Darstellung sowie als Rednerpult genutzt und auch dementsprechend ausgeschmückt.

1943, zum 700. Stadtjubiläum, war der Marktplatz wieder mit Fahnen und Girlanden geschmückt, das Hauptaugenmerk richtete sich aber zur Alten Wache mit der weit sichtbaren Plakatierung dieses geschichtsträchtigen Tages. Stargard war eine ganze Woche lang so schön geschmückt. Nachdem für einige Zeit auch die Marktpolizei in der Alten Wache ihre Büros hatte, zog auch die Museumsverwaltung – bislang aber noch ohne Museum – hier ein.

Heute hat die polnische Museumsverwaltung neben den zwei Giebelhäusern auch wieder ihre Verwaltung in der früheren Alten Wache, wo das „Archäologische und Historische Museum“ untergebracht ist.

Heinz-Jürgen Torff, Heimatkreis Stargard, www.heimatkreis-stargard.de

ALLES KÄSE KARRIERE

Der Rügener Badejunge ist eigentlich ein Stolper Jungchen

Nach wie vor beliebt – Geschmack der Heimat

Nicht nur allen Pommern wohlbekannt war der Camembert „Stolper Jungchen“. Seit 1921 produzierte der Süddeutsche Heinrich Reimund in Stolp diesen Weichkäse und trat damit erfolgreich der irrigen Ansicht entgegen, dass sich die Milch der norddeutschen Kühe dazu nicht eignen würde. Auf zahlreichen in- und ausländischen Ausstellungen ist die hervorragende Güte der Stolper Molkerei-Erzeugnisse mit ersten Preisen ehrend anerkannt worden. Auch das Leistungsabzeichen für vorbildliche Berufserziehung war im Besitze des Betriebes.

Zahlreiche Preise

Das Einzugsgebiet der Molkerei erstreckte sich über die Kreise Stolp, Rummelsburg, Bütow und Karthaus. In Klein-Gluschen, Hebrondamnitz, Sellin und Wundichow befanden sich Filial-Molkereien. In der Reichshauptstadt wurde eine eigene Verteilungsstelle unterhalten.

Rund 200 Mitarbeiter sorgten täglich für die Herstellung der Molkerei-Erzeugnisse und trugen damit zu dem guten Ruf des Produktes bei. Damals wanderte sogar eine große Anzahl besonders hergestellter „Stolper-Jungchen“ in den Export und wurde weltweit versandt. 1928 sollen zirka 4,4 Millionen Stück produziert worden sein.

1945 endete die Produktion in Stolp, die Russen demontierten die Molkerei. Natürlich wurde versucht, dieses bekannte Markenprodukt, dem sogar ein Gedicht gewidmet worden war, wieder auf den Markt zu bringen. In Berlin-Moabit gab es die Molkerei-Genossenschaft Stolp e.G.m.b.H. Die Milch kam, wie man auf der Verpackung lesen konnte, aus Niedersachsen. In den Pommernbriefen aus der Zeit kann man die Anzeigen sehen. In West-Deutschland war zumindest bis in die 1970-er Jahre hinein unter dieser Firmenbezeichnung der Käse erhältlich. Weitere Produktionsstätten waren auch in Lauenau und Bayern. Bis 1998 lag das Markenrecht bei einem Allgäuer Camembert-Werk, dann übernahm der damalige Stolper Heimatkreisvorsitzende das Patent.

Produktion in Ost und West

Der Rügener Badejunge wurde ebenfalls nach dem Stolper Originalrezept hergestellt, dieses hatte der Käsemeister Karl Wilhelm nach Bergen auf Rügen mitgebracht. Aus markenrechtlichen Gründen war es allerdings nicht möglich, den historischen Namen beizubehalten, denn die Lizenz befand sich bei der Molkerei-Genossenschaft Stolp. Jetzt wurde der „Rügener Badejunge“ geboren.

Für Aufregung sorgte noch die Verpackung des Badejungen. Das Markenlogo auf der Verpackung war ein Junge in roter Badehose mit einem Segelschiff unter dem Arm, im Hintergrund der Rügener Kreidefelsen. Ab Ende der 1960er oder Anfang der 1970er Jahre war der Junge unbekleidet. Das provozierte Experten zu Protesten. Sie wollten „einen nackten Buben“ auf der Käseschachtel aus hygienischen Gründen nicht akzeptieren. Doch schließlich setzte sich auch in der Käseindustrie die damalige FKK-Bewegung der DDR durch. Nach der Wiedervereinigung wurde der Badejunge dann allerdings wieder in Badehose dargestellt. Mittlerweile nimmt er den kleinsten Teil auf der Verpackung ein.

FOTO AUS: OSTDEUTSCHE-HEIMATSAMMLUNGEN.DE

Die Werbefigur für den Camembert aus Stolp kannte damals sicher jeder. Heute erzielen diese Figuren hohe Sammlerpreise. In der Stolper Heimatstube in Bonn kann man das Jungchen sehen

Auch im heutigen Stolp [Słupsk] wurde kurzzeitig das Original „Stolper Jungchen“ – Słupski Chłopczyk” wieder hergestellt. Die Stadt Slupsk hatte die Rechte an der Marke 2007 erworben und an die Besitzerin der kleinen Molkerei in Zielin, früher Sellin, zwischen Stolp und Rummelsburg, weitergegeben. Die deutschen Besucher kauften natürlich mit großer Begeisterung den Käse in ihrer Heimat, auch erzielte die Molkerei 2010 einen Preis. Doch das Interesse war insgesamt zu gering, 2013 wurde die Produktion eingestellt, die Molkerei wurde insolvent und ab 2014 lief auch die Lizenz für die Käseherstellung aus.

Doch den „Rügener Badejungen“ gibt es gottseidank noch, der wird allerdings auch nicht mehr auf Rügen hergestellt, sondern in Thüringen.

So hat das „Stolper Jungchen“, genau wie viele Stolper, eine umfangreiche Reise hinter sich. Denken Sie bitte an Stolp und Pommern, wenn Sie das nächste Mal den Badejungen kaufen.

Brigitte Stramm

Danke schön Herrn Lothar Pigorsch und dem Heimatkreis Stolp

● **Info** der Heimatkreis Stolp hat eine interessante Heimatstube mit Archiv. Internet: www.stolp.de

„Ein Stück Gewaltenteilung wird abgeschafft“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Als Lehrer und Schulleiter einer Förderschule sprechen Sie mir nach 45 Dienstjahren zutiefst aus dem Herzen“

Claus Hörrmann,
Neustadt in Sachsen,
zum Thema: „Die Missachtung der Kinder“ (Nr. 16)

Ausgabe Nr. 17

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ZWEITE CHANCE VERDIENT

ZU: DER „FALL MAASSEN“ SORGT FÜR UNRUHE IM POLITIKBETRIEB (NR. 18)

Der geschasste Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen will mit aller Macht, aber auch mit/unter Protest in den deutschen Bundestag hineinhoppeln, um dort seine allerbesten „christlichen Parteifeinde“ zu treffen. Jeder hat (s)eine zweite Chance verdient, auch ein Ex-Verfassungsschützer, der keinen Hehl daraus macht, dass es sich auch mit der AfD ganz lieb liebäugeln lässt.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

VOM SINN EINES GESETZES

ZU: WIDER DEN ZENTRALISMUS (NR. 17)

Das Infektionsschutzgesetz nimmt Ländern Befugnisse weg und überträgt sie auf den Bund. Künftig bestimmt dieser, was bei welchen Sieben-Tage-Inzidenz-Werten zu lassen ist. Da wird ein Stück Gewaltenteilung abgeschafft. Das kann man gut oder schlecht finden. Ich finde, dass die Übertragung von diesen Rechten auf den Bund von der Sache her nicht gerechtfertigt ist. Was mag dahinterstecken?

Gerhard Wagner, Ratingen

SIE SIND WIEDER DA!

ZU: DAS SCHEIN-DUELL (NR. 16)

Ich bin 30 Jahre lang geduldig CDU-Mitglied gewesen, dankbar dem Helmut Kohl, dass er uns befreit hat. Wenn er wüsste, was aus dieser Freiheit geworden ist, er würde sich im Grab umdrehen und all seine Vorgänger auch. Ich zog deshalb meine Konsequenzen und trat aus.

Als wir 1989 (und einige Zeit davor) unsere Freiheit auf der Straße erkämpften, lief vor mir ein Mensch, der das DDR-Regime nicht abschaffen wollte und nur das Geschehen beobachtete. Er sagte laut und für alle ihn umgebenden Demonstranten: Wir kommen wieder! Richtig war's, sie sind, als „Grüne“ und „Rote“ gut verteilt, langsam, aber sicher wieder an die Macht gekommen.

Stefanie Riedl, Eilenburg

DER DOM DES ROMANTIKERS

ZU: GANZ SCHÖN HOCH HINAUS (NR. 16)

Die Bauarbeiten am Kölner Dom, dessen Grundstein 1248 gelegt wurde, wurden im Jahre 1528 eingestellt. Nach einer Ruhezeit von mehr als 300 Jahren ging es erst unter dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. (dem Romantiker) weiter. Unter dem Preußenkönig Wilhelm I. wurde im Jahre 1880 die Fertigstellung des Doms gefeiert.

Gerd Bandilla, Erftstadt

NACHHILFE IN SKLAVEREI

ZU: ZWEIFELHAFTE LEHRE (NR. 15)

Wenn Afrostämmige, hier ein zitierter Professor, gegen „rassistische und kolonialistische Elemente“ Weißer anrennen, ist das zwar verständliche Interessenbekundung. Doch erwidert der Autor richtig, dass auch Nichtweiße durch „Unterdrückung und Sklaverei ... viele Völker in Bedrängnis gebracht haben“.

Grundsätzlich galt vor und abseits weißer Herrschaft in Afrika angesichts Ressourcenknappheit eher das Recht des besser Organisierten als Völker- oder gar Menschenrecht. Auf solcher Grundlage betrieben dort in vielen Jahrhunderten bis Mitte des 19. Jahrhunderts Araber und ethnisch unterschiedlichste Afro-Völker selbst Kolonialismus, zwangen Dritte zu Wegmaut und Tribut und verübten Vertreibung, Sklaverei und Genozide.

Geschätzt erjagten Vorgenannte in Afrika über Jahrhunderte hinweg 70 Millionen Sklaven, von denen 53 Millionen südlich und neun Millionen nördlich der Sahara sowie acht Millionen im Orient gehalten wurden. Erfahrungsgemäß waren dabei kollateral zusätzliche Menschenverluste – also „anbei“ verursachter Tod – ähnlich hoch. Zudem versklavten Nordafrikaner mittels Überfalls auf Schiffe und Orte entlang europäischer Küsten und Flusstäler jahrhundertelang insgesamt wohl über eine Million Weiße. Zuzüglich der Beute von Córdobas Emiren. Vergleichsweise wurden insgesamt weniger als zwölf Millionen Afrikaner amerikanische Sklaven.

In Südwestafrika verfolgten die ab dem 18. Jahrhundert eingedrungenen Nama, Herero und Ovambo die Urbevölkerung aus Sân alias Buschleute sowie Bergdamara und führten danach gegeneinander Kriege. In Kamerun setzten – oft grenzquerend und Arabern und Berbern zuarbeitend – insbesondere Dualla, Tuareg, Fulbe, Haussa und Bagirmi ihre angestammten Gewohnheiten gegen Eingesessene wie den Fan durch und selbst gegen den von der Kolonialverwaltung erstrebten Landfrieden.

Ebenfalls oft in Kumpanei mit Arabern wie dem omanschen Sultan Britisch-Sansibars litten einschlägig in Ostafrika viele angestammte Dorfgemeinschaften unter Massai, Yao, Watuta und anderen. Mitunter wurden vormalige Jäger selbst als Sklaven verschleppt. Wird also auch mal Wiedergutmachung durch Turban und Black Lives Matter stattfinden?

Hans Lindenmeyer, Heidenheim

VON DER SEITENLINIE AUS

ZU: WAS WILL DIE AFD? (NR. 15)

Es gibt für die AfD ein erreichbares Wählerpotential, und das steht deutlich rechts der CDU. Auf Bundesebene wird dieses schon seit Langem von Politikwissenschaftlern auf 15 bis 20 Prozent verortet, im Osten liegt es etwas höher als im Westen, weil noch das Anti-West-Protestpotential hinzukommt, das nur von der Linken und der AfD abrufbar ist.

Die Wirtschaftsprofessoren-AfD, mit der Lucke gestartet war, ist/war eine Partei, die an der Fünf-Prozent-Marke herumkrebste. Erst die „rechten“ Themen innere Sicherheit und Zuwanderung haben sie zu einem Player im zweistelligen Prozentbereich gemacht. Die AfD-Führung muss das endlich anerkennen. Den Traum von der AfD als einer Art Reform-CDU darf man nicht träumen, denn die CDU tut auch unter Merkel das, was sie schon seit Adenauer immer getan hat: Masseneinwanderung im Interesse der Industrie und die Auflösung deutscher Nationalstaatlichkeit hin zu einem europäischen Bundesstaat. Da gibt es nichts zu reformieren – das ist die CDU-Identität.

In einer Koalition mit den Profipolitikern der CDU würde die AfD aufgerieben werden und lange brauchen, wieder auf die Beine zu kommen. Die AfD muss sein wie Statler & Waldorf, die Figuren aus der Muppet-Show: Sie müssen das Establishment, das noch viel zu stark ist, von der Seitenlinie aus verunsichern, demaskieren, beleidigen, entlarven, bloßstellen. Aus der Opposition heraus lassen sich Sympathien aufbauen, in der Regierungsverantwortung dagegen nur verlieren, wie die FPÖ zeigt. Die AfD braucht noch viel Zeit, bis sie sich politisch professionalisiert und eine feste innere Ausrichtung entwickelt hat.

Personen, die der Meinung des *PAZ*-Kommentators sind, finden eher in der Werteunion eine Heimat. Die AfD dagegen muss das Feld von rechtsaußen aufrollen – das ist ihre einzige Chance.

Stefan Reimer, Augsburg

MINDERHEITENRECHTE FÜR ALLE

ZU: UNGEWOLLTE KINDERLOSIGKEIT WIRD ZUM MASSENPROBLEM (NR. 10)

Das Ausmaß des Überalterungs- und Überfremdungsprozesses der deutschen Gesellschaft hat drastisch zugenommen. Doch die Politik setzt weiter auf Zuwanderung. Ein Gutes hat die aktuelle Bevölkerungsentwicklung. Ab dem Jahr 2046, wenn die Deutschen erstmals in der Minderheit sein werden, genießen sie besondere Minderheitenrechte. Sie können dann auf Förderung ihrer Sprache und auf Schutz vor Überfremdung pochen.

Jürgen Frick, Dessau

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Deutschland auf dem Weg in den Bürgerkrieg

Warum es jetzt zu Gewalt, Aufruhr und Rebellion in unseren Städten kommen wird

Notstandsverordnungen, Hubschrauber, Wasserwerfer, Spezialeinheiten, Polizeihunde, Reiterstaffeln, Schlagstöcke und Pfefferspray: Was man sonst nur von autoritären Regimen kennt, ist unter Angela Merkels Regierung nun auch in Deutschland bittere Realität geworden. Kein Wochenende vergeht, an dem die Polizei nicht von der Politik angewiesen wird, mit brutaler Gewalt gegen »Andersdenkende« vorzugehen. Wohl nicht umsonst warnte der Präsident des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz bereits vor einem »Corona-Sonderrechtsregime«.

Nicht ob, sondern wann gewalttätige Unruhen ausbrechen, ist die Frage!

Hinter vorgehaltener Hand erklären gut informierte Sicherheitsexperten in aller Deutlichkeit: Die Frage ist nicht, ob es in Deutschland zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kommen wird, sondern wann.

Stefan Schubert zeigt unter anderem auch anhand geheimer Dokumente: Die Gemengelage ist vielschichtig. Gefahr geht auch von Araber-Clans und Islamisten aus. Von zwei sich vermischenden Gruppen, die hauptsächlich aus Muslimen bestehen und die die Deutschen als Todfeinde betrachten. Dazu kommen gewaltbereite Rechte, denen eine Linke gegenübersteht, die sich zunehmend radikalisiert.

Migrantenkrawalle: Die SPD spricht von »bürgerkriegsähnlichen Zuständen«

Die SPD im Landtag von Baden-Württemberg sprach bereits Ende Juni 2020 als Reaktion auf die Stuttgarter Krawalle, Plünderungen und Angriffe auf Polizisten von »bürgerkriegsähnlichen Zuständen«.

Politische Risikoanalyse rechnet mit Unruhen in mehr als 30 Ländern

Bis Ende 2022 geht das auf Risikoanalysen spezialisierte Forschungsunternehmen Verisk Maplecroft davon aus, dass sich die Proteste in 75 Ländern verstärken werden. In mehr als 30 Ländern rechnen die Risikospezialisten mit Unruhen.

Allianz vertreibt Anti-Bürgerkriegs-Versicherung

Wie angespannt die Lage mittlerweile ist, verdeutlicht ein besonderes Geschäftsmodell der Allianz-Versicherung. Dort können sich solvente Kunden, Konzerne und Unternehmer gegen den finanziellen Schaden infolge von Terrorismus, Sabotage, organisiertem Aufruhr, Revolution, Rebellion, Staatsstreich, Meuterei und Bürgerkrieg absichern.

Stefan Schubert: Der Bürgerkrieg kommt! • gebunden • 352 Seiten • Best.-Nr. 983 400 • 22.99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

GESUNDHEIT

Storchengang zum Wohlbefinden

Auf Glückswegen zu den Lebensstationen Sebastian Kneipps – Der Seelsorger und Gesundheitsapostel wurde vor 200 Jahren geboren

VON VEIT-MARIO THIEDE

Der deutsche Wellness-Papst wacht über seine Schützlinge: Kneipp-Denkmal in Bad Wörishofen *Foto: Okapia*

Das Allgäu durchzieht ein 876 Kilometer langes Netz von Weitwanderwegen in drei Höhenlagen. Die Etappen der Himmelsstürmer-Route führen durch die Gebirgslandschaft. Die der hügeligen Wasserläufer-Route ziehen sich entlang der Flüsse und Seen.

Am gemütlichsten aber läuft es sich auf den recht flachen Etappen der Wiesengänger Route durchs Voralpenland. Ihr sind die Glückswege zugeordnet. Sie führen zu wichtigen Lebensstationen Sebastian Kneipps, nämlich nach Stephansried, Ottobeuren, Bad Grönenbach und Bad Wörishofen. Allgäu-Tourismus hat den vor 200 Jahren geborenen Heilkundler zum „Helden" der Glückswege ausgerufen, weil „er den Menschen mit seiner Gesundheitslehre den Weg zum individuellen Glück weist".

Der spätere Seelsorger und Gesundheitsapostel wurde am 17. Mai 1821 in Stephansried als Sohn eines armen Heimwebers geboren. Trotz dieser bescheidenen Voraussetzungen hatte Kneipp große Ambitionen: Er wollte katholischer Pfarrer werden. Für die Ausbildung hatte er bereits 70 Gulden gespart. Doch dann ging das Elternhaus mitsamt seinen Ersparnissen in Flammen auf.

An der Stelle des Hauses steht seit 1898 ein acht Meter hoher Obelisk zu Ehren Sebastian Kneipps. Die Vorderseite weist unter seinem Reliefporträt eine Tafel mit dem Hinweis auf: „Dieses Denkmal pflegt die Stadt Bad Wörishofen in Dankbarkeit." Dort trat er 1855 seinen Dienst als Beichtvater im Kloster der Dominikanerinnen an. Der später zum Seelsorger von Wörishofen berufene Kneipp experimentierte nebenher mit Wasserheilverfahren. Allmählich entwickelte sich die Nebensache jedoch zur Hauptaktivität. Der Pfarrer hielt mit Unterstützung von Ärzten Sprechstunden. Seine Bücher „Meine Wasserkur" (1886) und „So sollt ihr leben!" (1889) entwickelten sich zu Bestsellern, die zahlreiche Kurgäste nach Wörishofen zum „Wasserdoktor" lockten. Bis heute ist der Ort das führende „Kneippheilbad".

Alljährlich am 17. Mai wandern die Mitglieder des Kneippvereins Ottobeuren und die Kneippfreunde aus Bad Grönenbach auf den Glückswegen nach Stephansried, um dem Gottesdienst im Gedenken an Kneipp beizuwohnen. Beide Orte weisen reichhaltige Angebote für treue „Kneippianer" und Neueinsteiger auf. Im Jahre 1842 wanderte Kneipp von Stephansried nach Grönenbach, wo er sich die Grundlagen für sein späteres Wirken aneignete. Latein war die Voraussetzung für sein Theologiestudium. Das brachte ihm der katholische Kaplan und spätere Reichstagsabgeordnete Matthias Merkle bei. Kontakt pflegte der junge Kneipp auch zum evangelischen Pfarrer und Botaniker Christoph Ludwig Köberlin, der ihn in die Pflanzenheilkunde einführte.

Auf einem Rundweg durch Grönenbach und Umgebung erfährt man alles Wissenswerte über den Ort und Kneipp. Ein Denkmal vor dem am Marktplatz erbauten „Haus des Gastes" zeigt den jungen Kneipp auf einem Felsen sitzend, Lateinbücher unter den Arm geklemmt, Hand und Fuß von Wasser überspült.

Kneippscher Espresso für die Arme

Erneut begegnen wir ihm an dem in der Nähe des „Hohen Schlosses" angelegten Kneipp-Heilkräutergarten. Dort steht seine mit wirklicher priesterlicher Kleidung lebensecht zurechtgemachte Figur in einem Rundpavillon. Den fülligen Pfarrer umgeben Holzstangen, die den Aufschriften zufolge die fünf Säulen von Kneipps Gesundheitslehre symbolisieren: Wasseranwendungen, ausreichend Bewegung, ausgewogene Ernährung, Heilpflanzen sowie die Balance von Körper, Geist und Seele.

Die populärsten Kneipp-Anwendungen sind das Armbad und das Wassertreten. Entlang der Glückswege stehen die entsprechenden Anlagen zahlreich zur Verfügung. Das Eintauchen der Arme, auch „Kneippscher Espresso" genannt, fördert die Durchblutung des Herzmuskels und regt den Stoffwechsel an. Wer im Wasserbecken richtig treten will, um sich abzuhärten und sein Immunsystem sowie die Selbstheilungskräfte in Schwung zu bringen, hält sich an den „Storchengang". Bei jedem Schritt wird ein Bein vollständig aus dem Wasser gezogen und mit der Fußspitze nach unten wieder eingetaucht.

Knapp 17 Kilometer ist der Glücksweg von Bad Grönenbach nach Ottobeuren lang. Der dort angelegte „Kneipp-Aktiv-Park" lädt mit folgenden Worten zu seinem Besuch ein: „Begeben Sie sich auf Kneippschen Spuren zu sich selbst – wir wünschen Ihnen einen glücklichen Weg."

Das Besondere an dem Park sind seine christlichen Elemente. Ihn durchziehen zwei Pilgerwege und es gibt eine Lourdes-Grotte. Sie ist Ort der Fürbitte und nimmt Bezug auf die zahlreichen Heilungen im französischen Lourdes, dem berühmten christlichen Wallfahrtsort. Neben dem Kneipp-Aktiv-Park erstreckt sich die über 1200 Jahre alte Abtei Ottobeuren. Beim Rundgang durch deren 1737 bis 1766 erbaute Basilika vermittelt die üppige spätbarocke Ausstattung einen überwältigenden Eindruck. In ihr wurde Kneipp getauft, und in ihr zelebrierte er als frisch geweihter Pfarrer seine Primiz genannte erste Heilige Messe. (*Siehe auch Seite 11*)

● **Informationen und Reisetipps** www.allgaeu.de, www.wandertrilogie-allgaeu.de

KRIMINELLE KARRIERE

Lügenbaron mit Stil und Chuzpe

Der Hochstapler Georges Manolescu, der vor 150 Jahren geboren wurde, inspirierte Thomas Mann zu seinem Roman „Felix Krull"

Hochstapler sind zeitlos, diesen Typus des Verbrechers wird es immer geben. In der Regel ist das Publikum jedoch gnädig mit ihnen, weil sie nicht zu Mord und Totschlag neigen.

So wurden Ende 2020 im Manesse Verlag nach über 115 Jahren auch die Memoiren des „Meisterdiebs" Georges Manolescu wieder neu aufgelegt. Zu Lebzeiten war er bereits eine Legende, nämlich der „eleganteste, raffinierteste und bedeutendste Hochstapler der Gegenwart", wie ihn eine US-Tagezeitung betitelte. In seinen Memoiren „Mein abenteuerliches Leben als Hochstapler" stilisierte er sich zu einer Art Über-Hochstapler, zum tollkühnen Abenteurer und formidablen Frauenhelden. Doch der Leser ahnte auch, dass dieser Mensch nur für den Moment lebte und vor allem für den Schein, der stets das Sein verdeckte. Und das war in seinem Fall wohl erblich vorbelastet: Sowohl Mutter als auch Onkel litten an einer Geisteskrankheit.

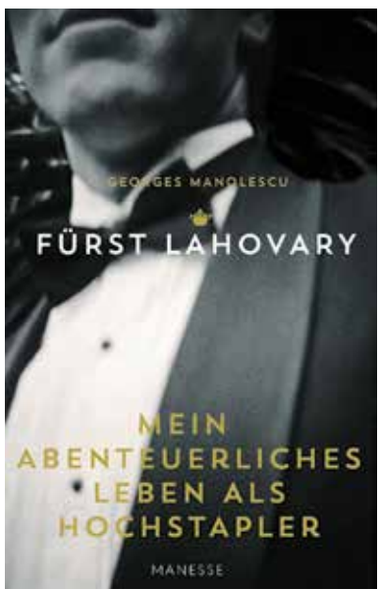
Manolescu kam – laut Memoiren – am 20. Mai 1871 im rumänischen Ploiești zur Welt. Schon als junger Mann erwies er sich als rastlos und abenteuerlustig, strebte gleichzeitig aber auch ein Leben in Reichtum an, wobei ihm jegliches Unrechtsbewusstsein fehlte: „Wenn die Sachen mir gefallen und ich sie liegen sehe, dann nehme ich sie." Sein Leben geriet zu einer extrem schnellen Abfolge von Orts-, Länder- und Kontinentwechseln, zum Eilen von Diebstahl zu Diebstahl.

1899 ging Manolescu eine Ehe ein, vielleicht sogar aus Liebe. Am 18. Juni 1899 heiratete er in Hoyren, heute ein Stadtteil von Lindau, die aus verarmtem Adel stammende Gräfin Angelika Maria Wilding von Königsbrück und zog mit ihr in eine Villa. Für einen kurzen Moment schien er mit der Idee einer bürgerlichen Existenz zu liebäugeln, doch der Freiheitsdrang erwies sich als übermächtig. Am 19. August 1899 kam Tochter Jeanne zur Welt, und nur vier Wochen später verließ er endgültig Heim und Familie.

In die Berliner Charité eingeliefert

„Vom Bahnhof Friedrichstraße ließ ich mich mit meinen Begleitern und meinem umfangreichen Gepäck in drei Landauern in den ‚Kaiserhof' bringen, eines der schönsten und größten Hotels Berlin", heißt es in seinen Memoiren, denn den Kriminellen hatte es auch in die deutsche Reichshauptstadt verschlagen. Dort erlebte er eine „kurze Phase des intellektuellen und psychischen Niedergangs", wie der Dresdner Staatsanwalt Erich Wulffen in seiner kriminalpsychologischen Studie über ihn feststellte. Zunächst erkor Manolescu als „Fürst Lahovary" vier Hotels zu seinem Jagdgebiet und stahl unter anderem im Dezember 1900 aus dem Hotel Bristol Schmuck im Wert von 1600 Mark, woraus in seinen Memoiren auf wundersame Weise 60.000 Mark wurden.

Am 14. Januar 1901 wurde Manolescu, der längst schon wieder Berlin verlassen hatte, in Genua verhaftet – eine eifersüchtige Berliner Büffetdame hatte ihn verraten – und im Mai 1901 nach Deutschland ausgeliefert. Nach wie vor beharrte Manolescu darauf, ein Fürst zu sein, sodass man ihn im Oktober zur Beobachtung seines Geisteszustands in die Charité einlieferte. Das Urteil der Ärzte war vernichtend: Manolescu sei „ausgesprochen geisteskrank". Doch der lachte die Diagnose einfach weg, die Geisteskrankheit sei ja nur gespielt gewesen.



Lohnende Lektüre: Manolescus Erinnerungen sind bei Manesse erschienen (448 Seiten, 24 Euro)

Erfolg mit Memoirenband

Im Mai 1902 wurde Manolescu von der Dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts I als „im hohen Grade gemeingefährlicher Geisteskranker" freigesprochen und im „Irrenhause" von Herzberge untergebracht. Als ihm im Juli 1903 schließlich die Flucht nach Tirol gelang, hatte der seltsam Sorglose nichts Besseres zu tun, als sich dort gut gelaunt in einer zünftigen Ledertracht fotografieren zu lassen.

Im November 1903 schob man ihn schließlich nach Rumänien ab, seine kriminelle Energie schien verbraucht zu sein. „Sie wissen, dass ich nur noch den einen Wunsch hatte, in ehrlicher Weise mir mein Brot zu verdienen und ein ruhiges, friedliches Heim, ein Glück im Winkel zu finden", schrieb er an seinen Verleger Paul Langenscheidt. Und zunächst wähnte er sich auch tatsächlich im Glück: Die Memoiren wurden ein Erfolg, 1905 traf er in Mailand die Französin Pauline Tollet, die er später heiraten sollte.

Doch dann wurde ihm eine alte Verletzung zum Verhängnis, ein Arm, den er sich beim Goldschürfen in Alaska gebrochen hatte, Geschwüre, die sich durch den Körper fraßen. Am 2. Januar 1908 starb Manolescu im Alter von nur 37 Jahren. Ewige Ruhe hat der „Fürst der Diebe" auf dem Friedhof von Trabuquet in Menton an der Côte d'Azur gefunden. Die schlichte Grabplatte passt eigentlich nicht zu dem Mann, welcher der Ansicht war, dass ihm der Reichtum aufgrund seiner bloßen Existenz zustünde. Aber so ist das nun mal: Auch ein Fürst muss sich im Tod fügen, ob er nun will oder nicht.

In gewisser Weise ist Manolescu aber doch unsterblich geworden. Der Literaturnobelpreisträger Thomas Mann ist von dem Erinnerungsbuch Manolescus dermaßen fasziniert gewesen, dass er über Jahrzehnte die Idee mit sich herumtrug, dem Typus des Hochstaplers in einem Roman zu huldigen. Am Ende hat es mit seinem Alterswerk „Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull" nur zu einem unvollendeten Roman gereicht, dessen erster und einziger Teil 1950 erschienen ist. *Bettina Müller/tws*

FÜR SIE GELESEN

Bedeutung des Mittelstands

Der Mittelstand ist der Leistungsträger Nummer Eins hierzulande: 94 Prozent aller Unternehmen gehören dem selbstständigen Mittelstand, und der angestellte Mittelstand umfasst über acht Millionen Beschäftigte in verantwortungsvollen Positionen. Einschließlich der Ehepartner, Kinder und Pensionäre zählen zum Mittelstand in der Bundesrepublik damit rund 40 Millionen Menschen. Das sind immerhin 47 Prozent der Gesamtbevölkerung. Deswegen verdient der Mittelstand auch eine umfassende wissenschaftliche Erforschung. Dieser hat sich insbesondere Eberhard Hamer verschrieben. Von diesem faktischen Begründer der Mittelstandsökonomie in Deutschland und Leiter des 1975 etablierten Mittelstandsinstituts Niedersachsen in Hannover erschien das Buch „Wer ist Mittelstand?“

Selbiges ist im Grunde ein umfassendes Kompendium, welches sich mit der Zusammensetzung sowie der wirtschaftlichen Bedeutung des Mittelstandes befasst. Dabei kommen auch die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Mittelstand und Mittelschicht zur Sprache. Erklärtes Ziel von Hamer und dessen Mitautor Olaf Jörgens ist es, konkrete Argumente dafür zu liefern, dass der Mittelstand heutzutage eine ökonomisch und kulturell führende Rolle spielen und auch mehr politische Macht besitzen sollte.

Wolfgang Kaufmann

Eberhard Hamer/ Olaf Jörgens: „Wer ist Mittelstand? Soziologie der Mittelschicht“, Verlag Arbeit und Wirtschaft, Büsingen 2021, gebunden, 256 Seiten, 19,99 Euro

Gewagter Thriller

Die unter Pseudonym schreibende sowie im Militär- und Geheimdienstwesen bewanderte Claudia Bouvier legt mit „Codename Corvus. Die Iskander-Verschwörung“ den thematisch gewagten Auftaktband einer Thriller-Serie vor, deren Handlung bis in die Schaltstellen der Macht in Washington, Berlin und Paris führt.

Beim Versuch, eine französische Einheit, die in Afghanistan in einen Hinterhalt geraten war, zu befreien, wird der Hubschrauber der Rettungsmannschaft abgeschossen. Überlebende sind die Bundeswehrärztin Carla Rossi und der französische Kampfschwimmer Gwanael Kérmovan. Sie entdecken eine geheime archäologische Grabung, deren Drahtzieher ein Amerikaner ist. Zu Hause angekommen, erfahren sie, dass ihre Entdeckung etwas mit einer CIA-Verschwörung zu tun hat. Ihre abenteuerliche Flucht vor der Verfolgung durch bezahlte Terroristen liest sich sehr spannend. Zum Schluss fällt der Spannungsbogen jedoch deutlich ab. *MRK*

Claudia Bouvier: „Codename Corvus. Die Iskander-Verschwörung“, Europa Verlag, München 2019, broschiert, 560 Seiten, 2019, gebunden, 272 Seiten, 18 Euro

BILDBAND DER WOCHE

FOTO: SHUTTERSTOCK

Bezaubernde Schönheit

Potsdams preußische Geschichte und Gegenwart in Bild und Text stellt Rolf Toman in der Neuauflage seines Bildbands vor

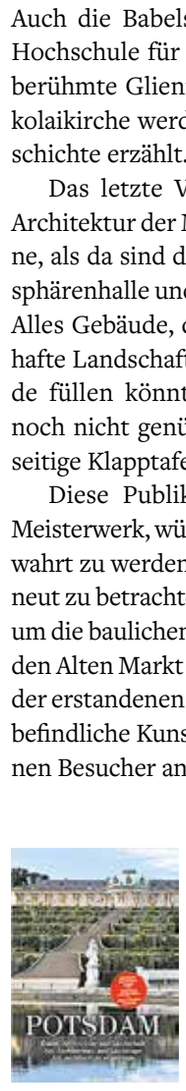
Überwältigende Aufnahmen. Alles an dem Bildband „Potsdam. Kunst, Architektur und Landschaft“ ist riesig. Der Band, herausgegeben von Rolf Toman in der erweiterten Ausgabe, besticht durch seine Optik und die Maße. Die Kunsthistorikerin Barbara Borngässer führt den Betrachter durch die preußische Garnisonstadt, die über 200 Jahre Residenzstadt der Preußen-Könige war, mit viel Fachwissen und Kompetenz. Doch was wären die in drei Sprachen, Englisch, Französisch und Deutsch, gehaltenen Vorträge ohne die überwältigenden Fotos des Kölner Architektur- und Kunstfotografen Achim Bednorz, der die Stadt zu allen Jahreszeiten besuchte, um in den Fotos den sich ändernden Stimmungen gerecht zu werden? Man kann davon ausgehen, diese wunderschöne Stadt noch niemals in derart beeindruckenden Bildwerken gesehen zu haben.

Der Leser kann sich vertiefen in informative Bilder und Texte, so als sei er zu Besuch in den Schlössern und Gärten dieser beeindruckenden Stadt, die zusammen mit der unvergleichlichen Kulturlandschaft seit 1991 Träger des Titels Weltkulturerbe ist.

Die Hälfte des Bandes ist der Kulturlandschaft mit ihren Schlössern und Parklandschaften gewidmet, ein Viertel des Inhalts befasst sich mit dem historischen Stadtkern sowie seiner Entwicklung und Architektur des 20. und 21. Jahrhunderts. Auch die Babelsberger Filmstudios, die Hochschule für Film und Fernsehen, die berühmte Glienicker Brücke und die Nikolaikirche werden besucht und ihre Geschichte erzählt.

Das letzte Viertel dokumentiert die Architektur der Moderne und Postmoderne, als da sind der Einsteinturm, die Biosphärenhalle und das Hans-Otto-Theater. Alles Gebäude, die eingebettet in traumhafte Landschaften, allein ganze Bildbände füllen könnten. Und wem das alles noch nicht genügt, darf sich auf doppelseitige Klapptafeln freuen.

Diese Publikation ist ein kostbares Meisterwerk, würdig ein Leben lang aufbewahrt zu werden, um es immer wieder erneut zu betrachten. Die Neuauflage wurde um die baulichen Veränderungen rund um den Alten Markt erweitert, da dort im wieder erstandenen Palais Barberini das darin befindliche Kunstmuseum jährlich Millionen Besucher anlockt. *Silvia Friedrich*



Rolf Toman (Hg.): „Potsdam. Kunst, Architektur und Landschaft“, Verlag Vista Point, Rheinbreitbach 2020, gebunden, 460 Seiten, 49,90 Euro

GEHEIMDIENSTE

Ehemaliger BND-Chef „will stören“

Gerhard Schindler beklagt in seiner Streitschrift eine fehlende Debatte über unsere Sicherheitsdienste

VON BERND KALLINA

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsschutzes (BND), Gerhard Schindler, der den deutschen Auslandsnachrichtendienst von 2012 bis 2016 führte, hat eine lesenswerte Streitschrift vorgelegt, die sich aus mehreren Gründen zur Lektüre empfiehlt. Zum einen – und so steht es gleich im Vorwort – geht es ihm nicht nur um den Bundesnachrichtendienst (BND), sondern „der BND hat stellvertretend für alle anderen Sicherheitsbehörden seinen Platz im Titel dieses Buches gefunden“.

Warum Streitschrift? Ganz einfach: Weil Schindler einen – bislang weitgehend fehlenden – Diskurs über den Stellenwert von Sicherheit anstoßen und dabei, O-Ton, „stören will“. So problematisiert er schon auf den ersten Seiten seines Werkes das bisweilen mit irritierenden Urteilssprüchen zeitgeistig in Erscheinung getretene Bundesverfassungsgericht, man denke nur an das „Soldaten sind Mörder“-Urteil.

Diesmal mit seiner Entscheidung vom 19. Mai 2020, wonach die strategische Auslands-Fernmeldeaufklärung des BND gegen das Grundgesetz verstoße. Doch mit dieser Entscheidung beeinträchtige Karlsruhe die Aufklärungsarbeit des BND zugunsten der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland erheblich, so Schindler: „Das Gericht stellt damit die ganze Weltbevölkerung von über sieben Milliarden Menschen unter deutschen Grundrechtsschutz. Ein solcher Vorgang ist in der Staatengemeinschaft ohne Beispiel.“ Offenbar eine neue Variante des viel zitierten „deutschen Sonderwegs“. Wem kommt dabei nicht Pierre-Joseph Proudhons abgewandelter Satz in den Sinn: „Wer Menschheit sagt, will betrügen!“

Aber: Wollen „deutsche Gutmenschen“, ob in Richter-Roben, an den Schaltstellen der Mainstream-Medien oder bei den Parteien links der Mitte, in ihrem lautstark geforderten „humanitären Internationalismus“ die Menschheit wirklich betrügen? Natürlich nicht! Sie wollen in ihrem subjektiven Empfinden vielmehr „Mal kurz die Welt retten“.

> „Die NSA-Affäre ... war die größte Krise des BND seit seinem Bestehen“
>
> **Gerhard Schindler**
> BND-Chef von 2012 bis 2016

Zurück zu Schindlers realpolitisch geprägter Berufserfahrung. „Wer einen Auslandsnachrichtendienst – noch dazu einen leistungsfähigen – haben will, sollte wissen, dass dieser im Ausland Rechtsbruch begeht“, so steht es nicht nur im Klappentext des Buches. So funktioniert halt Geheimdienstarbeit – oder es ist keine! Zwar sei Spionage völkerrechtlich nicht verboten, doch werde sie weltweit in den jeweiligen Staaten strafrechtlich verfolgt. Ergo: Mit diesem unauflösbaren Spannungsverhältnis im Sinne von Max Webers „Verantwortungsethik“ einsichtig umzugehen, das müsste die Voraussetzung sein, sich realistisch auf das Phänomen Nachrichtendienste überhaupt einzulassen. Und zwar sowohl aus der Sicht von kritischen Außen-Betrachtern und erst recht natürlich von jenen Innen-Akteuren, die als Mitarbeiter der Dienste fungieren. „Gesinnungsethische“ Musterknaben der „Moral und Hypermoral“ (Arnold Gehlen), die beide Ebenen nicht auseinanderhalten können, sind da offensichtlich fehl am Platze.

In Schindlers Buch werden die Aufgaben, Probleme und Strukturen der deutschen Nachrichtendienste vielfältig beschrieben. Er geht auf deren Sicherheitsarchitektur ein und beklagt ihre Unübersichtlichkeit, die Misserfolge und Minderleistungen begünstigt. Im Kapitel über „Sicherheit und Freiheit“ thematisiert er das streitbare Verhältnis der beiden Staatsziele untereinander, um als Ergebnis zu verkünden: „Die immer wieder in Sonntagsreden gern behauptete These, Freiheit und Sicherheit stünden auf einer Stufe, sie bedingten sich wechselseitig, es bestehe eine Balance zwischen Freiheit und Sicherheit, ist faktisch falsch. Sicherheit ist das höherrangige Bedürfnis der Menschen.“

Auch „Die NSA-Affäre“ wird vom Autor in einem eigenen Kapitel gebührend berücksichtigt. Er sieht in ihr eine „verpasste Chance zum sicherheitspolitischen Diskurs“. Sie war, so Schindler, „politisch und medial ... die größte Krise des BND seit seinem Bestehen“. Allerdings, und das dürfte für viele Beobachter der sich über drei Jahre hinziehenden Verwerfungen vielleicht überraschend erscheinen: „Der BND ging aus der NSA-Affäre gestärkt hervor.“

Da das Buch, dessen ursprüngliche Fassung durch Intervention des Kanzleramtes zunächst nicht erscheinen durfte, dann aber doch noch im Oktober 2020 in veränderter Form herauskam, konnte Schindler die zweite Welle der Corona-Krise nicht berücksichtigen. Doch geht er in einem letzten Kapitel weitsichtig auf die Pandemie-Problematik ein. Zurückhaltend versagt er sich einer Beantwortung von angesprochenen Erwägungen, „ob zum Beispiel die Grenzschließungen zu spät erfolgten; warum der Flugverkehr aus den Hauptrisikogebieten nicht frühzeitiger unterbunden wurde; ob bei Urlaubsrückkehrern aus Risikogebieten konsequenter Quarantäne angeordnet hätte werden müssen; ob die Beschaffung von Schutzkleidung zu nachlässig betrieben worden sei oder wie man die unterschiedlichen Maßnahmen der Bundesländer hätte besser abstimmen können“. Diese Fragen würden später einmal zuständige Gremien zu klären haben, meint der Ex-BND-Chef.

Was ihn jedoch besonders interessiere, sei die Frage, „warum uns die Krise so unvorbereitet getroffen hat“. Und Schindler, dessen sicherheitspolitisches Engagement auch unter die Prämisse von „vorbeugender Gefahrenabwehr“ gestellt werden kann, hat eine einfache Antwort parat, allerdings eine des „gehobenen Unbehagens“, nämlich: „Weil sich vorher niemand ernsthaft dafür interessiert hat.“

Gerhard Schindler: „Wer hat Angst vorm BND? Warum wir mehr Mut beim Kampf gegen die Bedrohungen unseres Landes brauchen – Eine Streitschrift“, Econ-Verlag, Berlin 2020, gebunden, 256 Seiten, 22 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31 / 45 26 50 35
Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Katrin Glesius
Tel. 09 31 / 45 26 50 35
Flechsig Medienvertrieb

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Helga Kutz-Bauer
Königsberger Schnittmuster
Von Glück und Not 1807-1923
Ostpreußischer Familienroman
Gebunden mit SU/385 Seiten
Nr. P 533140 14,95 €

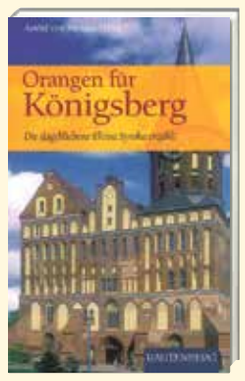
Vier Generationen von Frauen werden in diesem spannenden, vielschichtigen Epos beschrieben. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Marketenderin Carine. Viele Jahre hat sie das Heer Napoleons begleitet. Jetzt ist sie den Krieg leid und beschließt ihr Kind in Königsberg aufzuziehen. Schnell bekommt sie Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung. Ihre Kenntnisse in der Heilkunde und ihre Begabung für Handarbeiten sichern ihren Lebensunterhalt und bringen ihr Freundschaften. Das Land wird Carine zur Heimat. Schnell ist ihr Sohn erwachsen und geht seiner Wege. Einige Jahre später vertraut er seiner Mutter seine Tochter Sophie zur Erziehung an. Mit dem Heranwachsen von Maries Kindern endet dieser erste Band.

Helga Kutz-Bauer
Königsberger Kreuzwege
Von glücklichen Tagen und schrecklichen Zeiten 1923-1945
Ostpreußischer Familienroman
Gebunden mit SU/358 Seiten
Nr. P 533141 14,95 €

Die Fortsetzung des Romans Königsberger Schnittmuster schildert, wie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Diktatur und Krieg in das Leben der Menschen eingreifen. Im Mittelpunkt des 2. Bandes stehen Friede und Trude, die Töchter von Marie. Friede schafft es, eine Ausbildung in einer Handelsschule abzuschließen. Sie lernt den gutsituierten Otto kennen, heiratet ihn gegen den Widerstand seiner Mutter. Am Tag der Geburt seines ersten Kindes muss Otto als Sanitäter zum Wehrdienst einrücken. Trude bekommt zwei Kinder, bevor sie ihren Hans heiraten kann. Unter dramatischen Umständen fliehen beide Frauen am Ende des Krieges in den Westen. Dort treffen sie fast die gesamte Familie wieder.

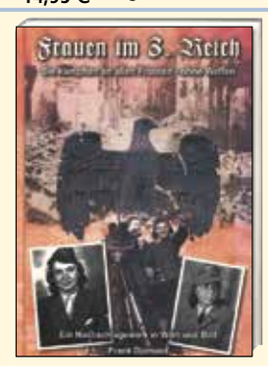
Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 1
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5767 CD 12,95 €

Waltraud Beger
Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 2
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
Nr. P 5769 CD 12,95 €



Astrid von Menges (Hrsg.)
Orangen für Königsberg
Die dagebliebene Elvira Syroka erzählt
Gebunden mit SU/240 Seiten
Nr. P 533143 14,95 €

Über 70 Jahre ist es her, dass der letzte Flüchtlingstransport Königsberg verließ. Was aber geschah mit den Zurückgebliebenen? Wie lebten sie? Elvira Syroka erzählt ihre Erlebnisse stellvertretend für jene, die in ihrer alten Heimat geblieben sind. 1930 in Lichtainen bei Osterode geboren wurde sie mit ihrer Familie 1945 von der Roten Armee nach Königsberg verschleppt. Die nächsten 3 Jahre waren ein Kampf ums Überleben. Mit dem letzten Flüchtlingstransport 1948 gelang es ihren Eltern und ihren beiden Schwestern in den Westen auszureisen. Sie selbst blieb durch unglückliche Umstände zurück und richtete sich in diesem Leben ein.



Frank Djemant
Frauen im 3. Reich
Fast eine halbe Million Frauen zogen für Deutschland in den 2. Weltkrieg. Sie waren als Nachrichtenhelferinnen, Verwaltungskräfte, in Pflege- und Sanitätsdiensten und in der Rüstungsindustrie sowie im öffentlichen Dienst eingesetzt. Dieses Buch zeigt die Frauen in NS-Deutschland im Einsatz für eine vermeintlich gute Sache.
72 Seiten, ca.450 S/W- und Farbbilder
Nr. P A1634 Gebunden 19,90 €

Hans-Joachim Schoeps
Preußen
Geschichte eines Staates
400 Seiten/Gebunden
Nr. P A1478 7,95 €

Preußen als historische Größe des alten Europa ist heute versunken. Seine Staatsidee und sein Stil sind nur noch Reminiszenz. Der 1980 verstorbene Ordinarius für Religions- und Geistesgeschichte an der Universität Erlangen, Hans-Joachim Schoeps, hat sich mit seiner Geschichte Preußens nachdrücklich für eine historische Rechtfertigung dieses Staates eingesetzt. Die Gesamtdarstellung der Geschichte Preußens wird durch einen Anhang ergänzt, der die wichtigsten Zeugnisse preußischen Geistes in charakteristischen Ausschnitten vorführt.

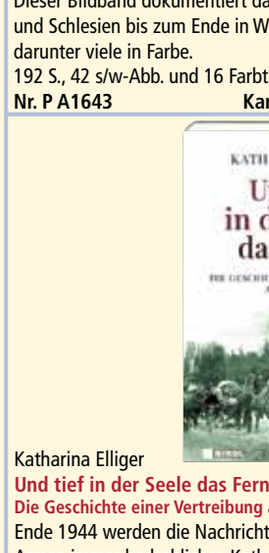
Ludwig Arndt / Nikolaj Müller-Wusterwitz
Die Orden und Ehrenzeichen des Reichskanzlers Fürst Otto von Bismarck
Dieses Buch beschreibt die dem Eisernen Kanzler im Laufe seines langen Lebens verliehenen deutschen und ausländischen Orden und Ehrenzeichen. Die einzelnen Verleihungen werden jeweils in den historischen Zusammenhang gestellt, und, wo vorhanden, durch persönliche Zitate Bismarcks aus Briefen und anderen Quellen erläutert. Die heute noch vorhandenen Stücke, die sich im Bismarck-Museum auf Schloß Friedrichsruh befinden, sind alle in Farbe abgebildet, die vor Jahren in einem spektakulären Einbruch entwendeten und bis heute verschollenen Stücke, in Schwarz-Weiß. Das Buch ist nicht nur ein bedeutender ordenskundlicher Titel, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Bismarck-Forschung und zur Erforschung der Geschichte Preußens.
335 Seiten, 189 meist farbige Abbildungen
Nr. P A1610 Gebunden mit farbigem Überzug 24,80 €

Katja Lipinski
Frauen an die Front
Von 1939 bis Kriegsende 1945
Von 1939 bis Kriegsende 1945. - Die bekannte Autorin beschreibt in ihrem Buch die Flucht einer Luftwaffen-Stabshelferin aus dem Urwald Lapplands, wo man sie buchstäblich beim Rückzug am Inari-See vergessen hat. Ohne Marschbefehl und Unterstützung schlägt sie sich über Narvik in Norwegen bis ins zerstörte Deutschland durch.
160 S., Format, DIN A 5, viele Abbildungen aus Privatarchiven
Nr. P A1628 Kartoniert 10,10 €

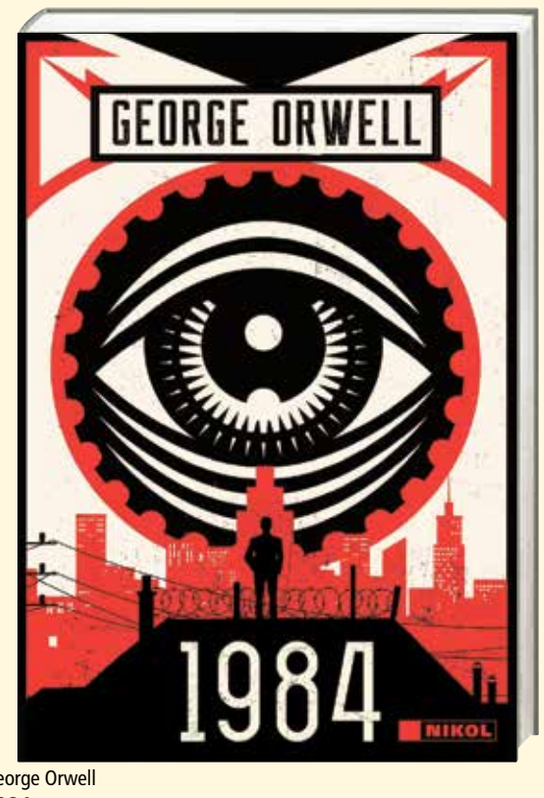
W. Haupt
Königsberg, Breslau, Wien, Berlin 1945
Der Bildbericht vom Ende der Ostfront
Dieser Bildband dokumentiert das militärische Geschehen in Ostpreußen und Schlesien bis zum Ende in Wien und Berlin mit eindrucksvollen Fotos, darunter viele in Farbe.
192 S., 42 s/w-Abb. und 16 Farbtafeln
Nr. P A1643 Kartoniert 14,95 €

Siegfried von Vegesack
Die baltische Tragödie
520 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 9627 19,90 €

Siegfried von Vegesack hat in seiner großartigen Romantrilogie vom Schicksal der Baltendeutschen ein faszinierendes Panorama einer versunkenen Kultur- und Gesellschaftsschicht gezeichnet. Am Beginn entfaltet sich in berührenden Bildern das Leben auf einem großen Gutshof, poetisch, unverkitscht und mit wachem Auge für die soziale Wirklichkeit geschildert. Später treten die politischen und sozialen Spannungen zwischen Deutschen und Russen einerseits, der Herrenschicht und den weitgehend rechtlosen Esten und Letten andererseits immer stärker ins Blickfeld, bis Vegesack schließlich den Untergang der deutschen Kultur im Baltikum in den Wirren des Ersten Weltkriegs, der bolschewistischen Aufstände und der Freikorpskämpfe schildert.



Katharina Elliger
Und tief in der Seele das Ferne
Die Geschichte einer Vertreibung aus Schlesien
Ende 1944 werden die Nachrichten über die heranrückende Rote Armee immer bedrohlicher. Katharina und ihre Mutter schließen sich einem Flüchtlingstreck an, kehren jedoch bald in ihre Stadt zurück. Die Besatzungszeit ist grausam. Doch schlimmer trifft sie ein Jahr später die Vertreibung unter unmenschlichen Bedingungen. 256 Seiten.
Nr. P A1502 Gebunden 6,95 €



George Orwell
1984
Sechs Jahre hinter Stacheldraht
Im Jahr 1984 führt Winston Smith sein Leben im düsteren London, im totalitären Staate Ozeanien, in der alle vom „Großen Bruder" beobachtet von der „Gedankenpolizei" überwacht werden. Winston, ein Mitglied der äußeren Partei, verbringt seine Tage damit, im Ministerium für Wahrheit die Geschichte so umzuschreiben, wie es die Regierung verfügt. Äußerlich angepasst, brodelt in ihm ein tiefer Hass gegen die Partei und das Regime, weil die Kluft zwischen der Propaganda, die er tagtäglich verfassen muss, und Realität, die er erlebt, zu groß ist. Ist er der einzige Mensch in diesem Staat, dessen Gedächtnis noch funktioniert und der bemerkt, dass die Partei alles zu ihren Gunsten manipuliert? 304S.
Nr. P A1649 Kartoniert 7,95 €

Norbert F. Pötzl
Bismarck
Der Wille zur Macht
Norbert F. Pötzl bilanziert kompakt und übersichtlich das Leben des ersten Reichskanzlers. Er zeigt, wer Bismarck war und wie sein Wirken die Geschichte Deutschlands und Europas maßgeblich geprägt hat. Schlaglichtartig und mit leichter Feder werden zentrale Fragen beleuchtet, etwa Bismarcks Machtinstinkt, sein Charakter, seine historische Größe, sein Spagat zwischen Konservatismus und wegweisender Reformpolitik, seine Erfolge und Widersprüche, Stärken und Schwächen. Eine griffige Quintessenz, die Leben und Wirken des „Eisernen Kanzlers" auf den Punkt zu bringen vermag. 304 Seiten
Nr. P A1650 Kartoniert 7,95 €

Ingo von Münch
„Frau, komm!"
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
208 Seiten
Nr. P A0192 Geb. 19,90 €

Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell missbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verlässlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit.

Heinz Nawratil
Die deutschen Nachkriegsverluste – Vertreibung, Zwangsarbeit, Kriegsgefangenschaft, Hunger, Stalins deutsche KZs
Gebunden, 144 Seiten
Nr. P 9918 14,95 €

Gestützt auf amtliche Dokumentationen und internationale Studien belegt der Verfasser die kaum bekannte Tatsache, dass die sogenannte Befreiung in den Jahren 1945–1948 mehr Deutsche das Leben gekostet hat als Diktatur und Krieg in den Jahren 1933–1945. Nawratils kleines, übersichtlich gestaltetes Buch trägt durch seine sachliche, jede Anklage vermeidende Art dazu bei, dass diese Opfer nicht einfach aus dem Bewusstsein verdrängt werden ... Auch der Leser, dem Ereignisse, Umstände und Zahlen durch jahrzehntelange Beschäftigung mit diesem Geschehen vertraut sind und der hier und da Bedenken methodischer Art vorbringen muss, kann das schmale Bändchen nicht ohne Erschütterung aus der Hand legen.

FLECHSIG
MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31/ 45 26 50 35
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email flechsigmedien@web.de
Internet (in Vorbereitung)

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Die Wächter des Guten haben nunmehr die klassischen Spielkarten entdeckt. Susan Arndt, Lehrstuhlinhaberin für Anglistik in Bayreuth und eifrige Missionarin in puncto politischer Korrektheit, hat ein Interview gegeben, das Ende April in mehreren Zeitungen der „CH-Media“ erschien. Dort wurde sie gefragt, ob Jass-Karten – ein nicht nur in der Schweiz verbreitetes Spiel – sexistisch seien. Antwort der Professorin: „Leider ja. Sie sind sexistisch, so wie die meisten historischen Spielkarten.“ Der König sei mehr wert als die Dame, zudem stehe „die Hierarchie, die Adelstiteln den meisten Wert einräumt, für eine längst vergangene politische Ordnung“. Rassismus sei ebenfalls ein Problem der Karten, denn es gehe auch darum, so Arndt, „wer überhaupt nicht repräsentiert ist. Und das sind Menschen, die nicht weiß sind“. Eine aktive Auseinandersetzung solle erfolgen, man müsse sich fragen: „Und finde ich das gut?“ Wenn dem nicht so sei, spreche „nichts gegen Neuerungen bei den Sujets“. *E.L.*

DER WOCHENRÜCKBLICK

Hosen runter

Warum Franz Kafka beim „Palmer-Prozess“ gern dabei gewesen wäre, und wie die Union zu Hilfe eilt

VON HANS HECKEL

Jeder kennt sie, die Plappermäuler, die sich immer im ungünstigsten Moment selbst um Kopf und Kragen reden. Etwa den alten Bekannten, den man vor einem Knöllchen retten wollte: Gerade hat man der Frau in Blau die Legende unter die Weste gejubelt, dass man hier doch nur ganz kurz gehalten habe und niemals „parken“ wollte – da platzt es aus Freund Plappermaul hervor, dass er hier vor einer Stunde ja auch partout keinen Parkplatz gefunden habe. „Vor einer Stunde? So, so! Aber nur kurz hier gehalten, was? Das wird teuer!“ Es ist zum Mäusemelken.

So was haben wir alle mal erlebt und können daher aufrichtig nachempfinden, wie elend und leer sich grünlinks gefärbte Medienmacher derzeit fühlen müssen. Die Legende von den Grünen als der „neuen bürgerlichen Partei der Mitte“, die für alle wählbar sei, die sich nur mal etwas „Frisches“ wünschen, lief so richtig rund. Die Umfragen schossen höher und höher. Selbst Annalena Baerbocks Dummchen-Stigma („Frau Kobold“ und so) hatten sie den Deutschen erfolgreich aus dem Kopf getextet.

Eigentlich war alles geritzt

Dabei folgten die medialen Grünen-Unterstützer einer simplen Strategie: Sie bläuten den Leuten nur immer und immer wieder ein, wie „kompetent“ Frau Baerbock doch sei, und wie „gut vorbereitet“ sie stets auftrete. Beweisen mussten sie das nicht, denn solche Kampagnen leben allein von der Wiederholung. Irgendwann heißt es einfach: „Aber das sagen doch alle“, und selbst Skeptiker, die sonst überall Flunkerei wittern wie die berufsmäßig misstrauische Frau in Blau, kleben am Leim der Legende.

Es war also alles geritzt. Doch dann passierte, was passieren musste, und das auch noch ziemlich früh im Wahlkampf: Die Zunge sitzt zu locker, die Maske verrutscht, und alle können sehen, was sie auf keinen Fall bemerken sollten. Jedenfalls nicht vor dem 26. September, dem Tag der Bundestagswahl.

Schuld ist unter anderem Boris Palmer: Mit einer satirischen Flapsigkeit im Netz kitzelt er aus den Grünen den strammlinken, alles andere als „bürgerlich liberalen“ Kern ihrer Ideologie heraus. Um Palmer als „Rassisten“ aus der Partei zu schmeißen, werden die Grünen ihren linksdoktrinären Charakter enthüllen, dem die Luft von Freiheit oder gar von Satire und bissigem Witz als schlimme Bedrohung gilt. Und der angeklagte Unhold will die Sache auch noch ganz groß aufziehen: Statt kleinlaut um Verzeihung zu flehen, freut sich Palmer diebisch auf ein spektakuläres Parteiausschlussverfahren, das nun mitten in den Wahlkampf plumpst.

Wäre Franz Kafka noch am Leben, er säße begeistert auf der Reporterbank bei diesem „Prozess“. Dort könnte er beobachten, wie die eifernden Ankläger in den Worten, Zitaten und satirischen Zuspitzungen des Angeklagten herumpopeln, um das „Rassistische“ herauszulaborieren.

Baerbocks Kompetenz-Kostprobe

Ein entlarvendes Spektakel wird das, und ganz Deutschland schaut dabei zu, wie die kleinkarierten Dogmatiker und wirren Gespensterseher immer tiefer in ihrem ideologischen Morast versinken. Was für eine Schau! Das sorgsam geformte Image von der angeblich „unideologischen Frische“ und „liberalen Offenheit“ der Grünen wird vom Palmer-Verfahren genauso weit weg sein wie ein Erdpol vom anderen.

Da ein Unglück selten allein kommt, musste Kanzlerkandidatin Baerbock ausgerechnet jetzt eine Kostprobe von ihrer gerühmten „Kompetenz“ unters Volk bringen, als sie der SPD die Urheberschaft für die Soziale Marktwirtschaft zuschrieb. Dass die Sozialdemokraten bis zur Kehrtwende 1959 sturmliefen gegen das Konzept von Ludwig Erhard, hatte man Baerbock vergessen zu erzählen.

Baerbock, die „junge Frische“? Unsereins fühlt sich eher an den Werbeslogan für die britische Agenten-Komödie „Johnny English“ mit Rowan Atkinson („Mr. Bean“) erinnert: „Er hat keine Furcht. Er hat keine Angst. Er hat keine Ahnung.“ Das ist das Geheimnis: Gänzlich unbeleckt lässt es sich gut „frisch und unverbraucht“ auftreten, wie Annalena Baerbock ein ums andere Mal beweist.

Aber immerhin ist man hier nicht bei der Union, sondern bei den Grünen. Daher fallen die anderen Führungsleute der armen Baerbock auch nicht in den Rücken, sondern springen ihr solidarisch ins Klo hinterher. Mit Janine Wissler hat die Linkspartei gerade erst eine Steinzeitkommunistin zur Spitzenkandidatin gekürt und damit die dunkelrote Ursuppe dieser Partei wieder für jedermann sichtbar an die Oberfläche blubbern lassen. Genau jetzt lehnt sich Robert Habeck in die Öffentlichkeit mit der Enthüllung, dass man mit der Kommunistentruppe auch ganz gern koalieren würde, was die umworbenen Wähler aus der bürgerlichen Mitte zusätzlich entzückt haben dürfte. Und um den grünen Kurs in den alten roten Modder zusätzlich für alle sichtbar zu machen, wirbt die Grüne Jugend neuerdings mit einem Plakat, das unverkennbar einem Propagandabild aus Stalins Sowjetunion nachgepinselt ist. Alles klar.

> Ganz Deutschland schaut dabei zu, wie die kleinkarierten Dogmatiker und wirren Gespensterseher in ihrem ideologischen Morast versinken

Aber was soll das alles? Vielleicht ist es zwanghaft. Die Grünen zeigen da einen Trieb, der an Exhibitionismus grenzt. Immer wenn sie in allzu guter Stimmung sind, lassen sie die Hose runter. In grauer Vor-Euro-Zeit schon überraschten sie die deutschen Wähler kurz vor einer wichtigen Wahl mit der Ankündigung, den Preis für einen Liter Benzin auf fünf Mark hochschrauben zu wollen. Die Wirkung auf Umfragezahlen und das Wahlergebnis war durchschlagend.

Später überraschten sie die zuvor perfekt eingewickelten Wähler mit dem Vorschlag, vegetarische Ernährung an zumindest einem Tag pro Woche zur Pflicht zu machen. Geboren war der „Veggy Day“, der die grünen Siegesträume prompt zu Staub zermalmte, so begeistert waren die Deutschen. Nun also Palmer-Prozess, Kommunistennähe und stalinistische Plakate – alles überwölbt von einer Spitzenkandidatin, deren Ahnungslosigkeit nur solange rührend wirkt, solange sie nichts in diesem Land zu sagen hat.

Wie damals werden die grünfreundlichen Medien auch heute wieder viel verkleistern, verschweigen und zurechtdeuten müssen, um den Schaden in Grenzen zu halten.

Die Union lässt die Grünen nicht hängen

Natürlich darf man sie in diesem aufopfernden Kampf nicht allein lassen. Wo bleibe denn sonst die „Gemeinsamkeit der Demokraten“? Aber Hilfe naht: Nachdem Friedrich Merz ein wenig gen CSU gestichelt hatte, keilt Markus Söder giftig zurück, indem er Merz als Mann von Vorgestern und – wirkungsvoller noch – als Fürsprecher einer sinistren Hochfinanz vorführt. Der Streit bei der Union dürfte also weitergehen, und bis zum 26. September wird denen noch einiges einfallen, da sind wir sehr optimistisch.

Vielleicht wirkt das ja: Zerstrittenheit und Ranküne in der Union müssen nur laut, gemein und toxisch genug aussehen, dann könnten die Grünen doch noch eine Chance bekommen, das Land zu führen.

Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Der Aerosolforscher Gerhard Scheuch erneuert im „Hamburger Abendblatt“ (7. Mai) seine Kritik an der Maskenpflicht im Freien. Sie drohe, die Menschen in ihren Wohnungen zu halten:

„Das Frühjahr wird uns enorm helfen – so wie im vergangenen Jahr. Deshalb sinken schon jetzt die Zahlen. Das hat mit der Notbremse wenig zu tun: Auch die Zahl der Intensivpatienten sank bereits, bevor die Notbremse wirken konnte … Eigentlich wissen wir nur eins: Draußen kann man sich kaum anstecken. Also gehen wir raus!“

Barbara Zehnpfennig, Professorin für Politische Ideengeschichte an der Universität Passau, beschreibt in der „Frankfurter Allgemeinen“ (5. Mai), wie linke Sprach- und Denkdiktate den deutschen Wissenschaftsbetrieb in die Enge treiben:

„Für diejenigen, die sich dem geforderten Denk- und Sprachduktus nicht unterwerfen, kann die Lage geradezu aussichtslos werden. Ihre Argumente will man nicht hören, gegen den Vorwurf der moralischen Unanständigkeit können sie sich nicht wehren, weil Argumente nicht gehört werden. Wer einmal als ‚problematisch‘ oder ‚umstritten‘ kategorisiert wurde, ist im Grunde wissenschaftlich erledigt.“

Helmut Markwort entrüstet sich im „Focus“ (8. Mai) über flapsige Bemerkungen von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD):

„Der Zynismus der Woche ist aus Berlin zu hören. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller spricht von einem ‚Windhundrennen‘ zwischen Geimpften und Nichtgeimpften. Sein Spott über die Grundrechte älterer Bürger ist eine eiskalte Unverschämtheit. Wenn die Politik auf die nächste Generation Geimpfter wartet, sind viele Ältere schon gestorben, ohne dass sie ihre Freiheit wieder leben konnten.“

Für Maritta Thalec wirft der Streit um Boris Palmer ein Schlaglicht auf die Grünen und könnte zeigen, wie sie wirklich sind. In der „Berliner Zeitung“ (9. Mai) schreibt sie:

„Mit dem Fall Palmer drängt ein Grollen aus dem Grünen-Untergrund in die Ohren der Wählerschaft, das im Baerbock-Habeck-Wohlfühlsound fast verklungen war: Die Grünen sind eine Partei mit extremen Positionen außerhalb der bürgerliche Hauptströmung. Palmer rührt die Konflikte auf … Womöglich erweist sich der Fall Palmer als gut für die Demokratie, zumal vor den Wahlen: Wir sehen mehr von den Grünen und lernen, was wir von ihnen erwarten dürfen und was nicht.“

WORT DER WOCHE

„Wage niemand noch zu behaupten, dass ‚digitale Wissensvermittlung‘ mehr sei als eine Notlösung … Präsenzunterricht ist nicht zufällig ein seit Jahrtausenden erfolgreiches Prinzip.“

Susanne Gaschke zieht in der „Welt“ (10. Mai) eine historische Lehre aus der Corona-Pandemie, was die Grenzen der Digitalisierung angeht